

# Monatsbericht des BMF September 2013





Monatsbericht des BMF September 2013

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb	6
Schuldenbremse 2012: Auf dem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich	10
Finanzen des Bundes auf solidem Fundament	15
Veräußerung des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG	33
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	36
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2013	43
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013	47
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013	51
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	59
Termine, Publikationen	61
Statistiken und Dokumentationen	63
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und Konjunkturkomponenten	106
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	120

# **Editorial**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten haben sich auf ihrem Gipfeltreffen am 5. und 6. September in Sankt Petersburg deutlich für mehr internationale Steuergerechtigkeit ausgesprochen und sich zu wirksamen Schritten gegen die Steuervermeidung international tätiger Unternehmen verpflichtet. Ausdrücklich haben die Teilnehmer des G20-Gipfels sich dabei hinter den OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) gestellt, den die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure bei ihrem Treffen im Juli 2013 verabschiedet haben.

Der Aktionsplan ist ein Meilenstein in der internationalen Steuerpolitik, für dessen Zustandekommen sich Deutschland mit Nachdruck eingesetzt hat. Diesem Aktionsplan vorausgegangen war ein Analysebericht der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) vom Februar 2013, der eine Vielzahl von Gründen und Möglichkeiten für Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen von multinationalen Unternehmen aufzeigt hatte.

Die steuerlichen Standards, die zum Teil noch zu Zeiten entwickelt worden sind, als Unternehmen in erheblich geringerem Maße grenzüberschreitend und arbeitsteilig tätig waren, müssen angepasst werden. Auch die zunehmende Bedeutung von immateriellen Werten und anderen mobilen Wirtschaftsgütern müssen bei den Regelungen berücksichtigt werden. Der



Aktionsplan umfasst 15 Maßnahmenbereiche, die jetzt angegangen werden.

Deutschland hatte und hat an der Aufarbeitung und Lösung des Themas ein besonderes Interesse. Ziel ist es, den Rahmen für einen fairen Steuerwettbewerb zu definieren und dabei wirtschaftspolitisch wie fiskalisch unerwünschte Effekte zu verhindern. Hierbei setzen wir weiter auf internationale Lösungen. Denn nationale Alleingänge können das Problem der Steuerminderung naturgemäß nicht lösen. Der Zeitplan für die Erarbeitung wirksamer internationaler Steuerstandards ist ehrgeizig: Ende 2015 sollen konkrete internationale Regeln vorliegen, die dann von allen beteiligten Staaten in nationales Recht umgesetzt werden sollen. Die Bundesregierung wird hier weiterhin aktiv für fairen internationalen Steuerwettbewerb und eine gerechte Steuerverteilung eintreten.

L. SU.-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Erholungskurs. Im laufenden Quartal dürfte die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität jedoch geringer ausfallen als im 2. Vierteljahr, das durch witterungsbedingte Nachholeffekte überzeichnet war.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich in saisonbereinigter Betrachtung fort. Die marginale Zunahme der Zahl der arbeitslosen Personen ist auf Sondereffekte zurückzuführen.
- Das Verbraucherpreisniveau nahm im August um 1,5 % zu. Damit hat sich der Preisniveauanstieg auf der Verbraucherstufe deutlich abgeschwächt. Dämpfend wirkte der nur noch geringfügige Anstieg der Energiepreise.

#### Finanzen

- Von Januar bis August liegt das Steueraufkommen insgesamt um 9,1 Mrd. € bzw. 2,6 % über dem Vorjahreswert. Zuwächse konnten die Länder mit 2,6 % und die Gemeinden mit ihrem Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern von 7,1% verzeichnen. Der Bund erreichte im Vergleichszeitraum trotz höherer EU-Abführungen annähernd das Vorjahresniveau. Betrachtet man den Monat August isoliert, liegen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) in diesem Monat gegenüber dem August 2012 um 2,4% niedriger. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf eine Zunahme der Erstattungen für Vorjahre bei der Körperschaftsteuer sowie einen Sondereffekt bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.
- Die Entwicklung der Einnahmen des Bundes verläuft weiterhin positiv. Sie stiegen bis einschließlich August gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,7%. Die Ausgaben verzeichnen für den Vergleichszeitraum einen Anstieg von 0,9 %. Es lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 30,4 Mrd. € eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt mit rund 2,7 Mrd. € um rund 1,9 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.
- Ende August betrug die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe 1,84%, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,23%.

#### Europa

- Die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe trafen sich am 13. September in Vilnius. Im Vordergrund der Gespräche standen die wirtschaftliche Lage im Euroraum und die Lage und das weitere Vorgehen bei den Programmländern Zypern und Portugal.
- Das informelle Treffen des ECOFIN-Rates am 13. bis 14. September in Vilnius diente dem informellen Austausch der Wirtschafts- und Finanzminister zu den Schwerpunkten europäische Bankenunion, Verbesserung der KMU-Finanzierung und Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung.

INITIATIVE FÜR FAIREN INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERB

# Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb

### Der BEPS-Aktionsplan der OECD

- Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure haben im Juli 2013 den Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen multinational tätiger Unternehmen (BEPS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verabschiedet.
- Der BEPS-Aktionsplan beinhaltet einen umfassenden Maßnahmenkatalog zu steuerschädlichem Wettbewerb.
- Ziel ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Staaten bei gleichzeitiger Sicherung der Steuereinnahmen.
- Der vorgeschlagene 15-Punkte-Maßnahmenkatalog fand breite internationale Zustimmung.

1	Einleitung	6
	Grundzüge des OECD-Projekts BEPS	
	Der BEPS-Aktionsplan.	
4	Kernpunkte des BEPS-Aktionsplans	8
	Besteuerung der digitalen Wirtschaft	
	Verhinderung der doppelten Nichtbesteuerung bei hybriden Gestaltungen	
	Abkommensmissbrauch	
4.4	Steuerschädlicher Wettbewerb	8
	Fazit	

# 1 Einleitung

Bei dem Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 19. und 20. Juli 2013 wurde der OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen multinational tätiger Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) verabschiedet. Hiermit wurde eine wichtige Etappe auf dem Weg zu mehr internationaler Steuergerechtigkeit erreicht. Hintergrund der Aktivitäten ist die Beobachtung, dass multinationale Unternehmen unter Ausnutzung von international nicht abgestimmten Steuerregeln ihre Steuerlast kräftig reduzieren. Dadurch entstehen nicht nur

erhebliche steuerliche Mindereinnahmen. sondern ebenso Wettbewerbsverzerrungen zwischen lokal und international agierenden Unternehmen wie auch zwischen Staaten. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sind koordinierte Maßnahmen auf internationaler Ebene notwendig. Denn nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten und Unternehmen erhalten und gleichzeitig die Sicherung der Steuereinnahmen gewährleistet werden. Der jetzt verabschiedete Aktionsplan ist ein Katalog von 15 Maßnahmen, auf dessen Grundlage bis Ende 2015 wirksame und international abgestimmte Regeln gegen BEPS erarbeitet werden sollen. Deutschland hat sich mit Nachdruck für das Zustandekommen des Beschlusses des Aktionsplans eingesetzt und entscheidend an dessen Erarbeitung mitgewirkt.

INITIATIVE FÜR FAIREN INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERB

### 2 Grundzüge des OECD-Projekts BEPS

Bei dem OECD-Projekt BEPS geht es um die Frage der fairen Besteuerung multinational tätiger Unternehmen mit dem Ziel, wirksame international abgestimmte Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen zu vereinbaren.

Das vielschichtige Problem ist grundsätzlich in Deutschland und auch auf internationaler Ebene bekannt: Multinational tätige Unternehmen sind im Gegensatz zu rein national tätigen Unternehmen in der Lage, verschiedene internationale steuerliche Regelungen, auch in Kombination mit nationalen Regelungen und mit dem internationalen Steuergefälle, so zu nutzen, dass ihre effektive Steuerbelastung erheblich sinkt.

Dies erklärt sich auch daraus, dass die derzeitigen Standards des internationalen Steuerrechts mit einigen Bereichen des Wirtschaftslebens nicht Schritt gehalten haben. Diese steuerlichen Standards sind zum Teil noch zu Zeiten entwickelt worden, als wirtschaftliches Handeln in erheblich geringerem Maße grenzüberschreitend und arbeitsteilig in der Wertschöpfungskette organisiert war. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die zunehmende Bedeutung von immateriellen Werten und anderen mobilen Wirtschaftsgütern. Hier muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, welche Form der Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr zur Auslösung einer Besteuerung führen soll.

Vor diesem Hintergrund hat die OECD die BEPS-Initiative ins Leben gerufen, mit der mittels eines Aktionsplans in einem festgelegten Zeitraum die internationalen Besteuerungsstandards um den Aspekt der Vermeidung der Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen gestärkt werden sollen. Die OECD ist als der Standardsetzer im internationalen Steuerrecht anerkannt

und daher die geeignete internationale Organisation, um sich des Themas anzunehmen.

Für die Erarbeitung von Lösungen bedarf es eines koordinierten, ganzheitlichen Vorgehens auf internationaler Ebene, um entsprechende Rahmenbedingungen für leistungsgerechte und faire Besteuerungssysteme zu setzen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten sicherzustellen. BEPS bedeutet daher eine große Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft und erfordert die Einsatzbereitschaft aller davon betroffenen Akteure, auch jenseits der OECD. Die bisherige breite Unterstützung der Initiative, insbesondere von der G8 und der G20, ist daher sehr zu begrüßen. Die OECD bindet darüber hinaus im Rahmen ihrer Global Fora und anderer internationaler Seminare die Entwicklungsländer in die BEPS-Arbeiten ein.

#### 3 Der BEPS-Aktionsplan

Der BEPS-Aktionsplan ist als ein umfassender Katalog von Maßnahmen gegen BEPS zu verstehen, auf dessen Grundlage Arbeiten an wirksamen international abgestimmten Regeln gegen BEPS begonnen werden können. Der Aktionsplan umfasst die folgenden 15 Maßnahmen:

- 1. Besteuerung der digitalen Wirtschaft;
- 2. Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung bei hybriden Gestaltungen;
- 3. Erarbeitung von internationalen Standards für die Hinzurechnungsbesteuerung;
- 4. Verhinderung von Steuerverkürzungen durch Regelungen zur Versagung des Zinsabzugs;
- 5. Umgestaltung der Arbeiten zu steuerschädlichen Regimes;
- 6. Verhinderung von unrechtmäßiger Inanspruchnahme von DBA-Vorteilen;

INITIATIVE FÜR FAIREN INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERB

- 7. Aktualisierung des Betriebstättenbegriffs, um die künstliche Vermeidung des Betriebstättenstatus zu verhindern;
- 8. Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien in Hinblick auf immaterielle Wirtschaftsgüter;
- Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien in Hinblick auf Risiko- und Kapitalzuordnungen;
- 10. Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien in Hinblick auf andere risikobehaftete Transaktionen;
- Entwicklung von Methoden und Regelungen, um Daten über Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen zu erlangen;
- 12. Überarbeitung der Dokumentationsanforderungen für die Verrechnungspreisermittlungen;
- 13. Verbesserung der Transparenz in Hinblick auf aggressive Steuerplanungen;
- 14. Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit in Verständigungs- und Schiedsverfahren:
- 15. Entwicklung einer multilateralen Vertragsgrundlage für die Umsetzung von BEPS-Maßnahmen.

### 4 Kernpunkte des BEPS-Aktionsplans

Deutschland unterstützt alle 15 Maßnahmen. Einige wichtige Punkte sind die Folgenden:

# 4.1 Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Bei digitalen Lieferungen und Leistungen geben die Fälle Anlass zu Besorgnis, bei denen erhebliche gewinnmindernde Betriebsausgaben in Hochsteuerstaaten eine geringe oder keine korrespondierende Besteuerung in anderen Staaten gegenübersteht. Es ist daher zu prüfen, wie die Besteuerung der digitalen Wirtschaft sichergestellt werden kann.

#### 4.2 Verhinderung der doppelten Nichtbesteuerung bei hybriden Gestaltungen

Durch hybride Unternehmensformen oder hybride Finanzierungsinstrumente können in vielfältiger Weise Gewinnkürzungen auftreten. Diese ergeben sich durch die unterschiedliche Qualifikation der betreffenden Staaten für Unternehmensformen oder Finanzierungsinstrumente, Qualifiziert z. B. ein Staat ein Unternehmen als Personengesellschaft und ein anderer als Kapitalgesellschaft, kann ein Abzug von Betriebsausgaben im ersten Staat zu einer fehlenden korrespondierenden Besteuerung im zweiten Staat oder auch zum Betriebsausgabenabzug in beiden Staaten führen. Die OECD hat sich zur Aufgabe gemacht, Standards zur Verhinderung dieser Effekte zu entwickeln.

#### 4.3 Abkommensmissbrauch

Die Doppelbesteuerungsabkommen haben das Ziel, Doppelbesteuerungen grenzüberschreitender Aktivitäten von Steuerpflichtigen zu vermeiden. Durch entsprechende Gestaltungen ist jedoch auch über Doppelbesteuerungsregelungen die Nichtbesteuerung von bestimmten Einkünften aus grenzüberschreitenden Aktivitäten möglich. Die OECD hat sich zum Ziel gesetzt, Schutzmaßnahmen gegen Gestaltungen, die zu Nichtbesteuerung führen, zu erarbeiten.

#### 4.4 Steuerschädlicher Wettbewerb

Die OECD hat bereits im Kampf gegen den steuerschädlichen Wettbewerb

Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb

hervorragende Arbeit geleistet. So mussten viele OECD-Mitgliedstaaten aufgrund von OECD-Feststellungen steuerschädliche Regelungen aufgeben oder ändern. Es ist jedoch festzustellen, dass sich Staaten auf die Kriterien für steuerschädlichen Wettbewerb eingestellt und andere Regelungen eingeführt haben, die ebenfalls dazu geeignet sind, ausländische Steuerbemessungsgrundlage anzuziehen. Aus diesem Grund ist eine Neuausrichtung bei den Arbeiten gegen den steuerschädlichen Wettbewerb erforderlich.

#### 5 Fazit

Der BEPS-Aktionsplan bietet die geeignete Grundlage für die Überarbeitung und Erweiterung der internationalen steuerlichen Standards zu Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen. Aufgrund der breiten Zustimmung von Seiten der G8, der G20 und der OECD für diese Maßnahmen ist mit einem positiven Ausgang des BEPS-Projekts zu rechnen. Dies bedeutet auch für Deutschland die Sicherung von Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Wahrung seiner Wettbewerbsfähigkeit.

SCHULDENBREMSE 2012: AUF DEM WEG ZUM STRUKTURELLEN HAUSHALTSAUSGLEICH

# Schuldenbremse 2012: Auf dem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich

# Endgültige Abrechnung des Haushaltsjahres 2012 auf dem Kontrollkonto

- Bereits im zweiten Jahr der Anwendung der Schuldenbremse des Bundes und damit vier Jahre früher als grundgesetzlich vorgeschrieben konnte die dauerhaft ab 2016 geltende Obergrenze einer strukturellen Nettokreditaufnahme (NKA) von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eingehalten werden.
- Damit ist die Bundesregierung auf gutem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich: Der im Juni vorgelegte Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und der Finanzplan bis 2017 werden nicht nur weiterhin die Schuldenbremse einhalten, sondern bereits im nächsten Jahr ist der Haushalt strukturell ausgeglichen.
- Mit der erneut deutlichen Unterschreitung der zulässigen Neuverschuldung weist das Kontrollkonto mit der positiven Buchung von 30,9 Mrd. € für 2012 nun einen kumulierten Positivsaldo von 56,1 Mrd. € auf. Damit die im Übergangszeitraum angehäuften Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto, nicht in den Dauerzustand übertragen werden, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 auf null gestellt wird.

1	Einleitung	10
	Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012	
3	Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2012	12
4	Aushlick	14

# 1 Einleitung

Der Bundeshaushalt 2012 war der zweite Haushalt, der nach den Vorgaben der seit 2009 im Artikel 115 Grundgesetz (GG) verankerten Schuldenbremse aufgestellt und jetzt – zum 1. September 2013 – endgültig abgerechnet wurde.

Anders als ihre Vorgängerregelung im alten Artikel 115 GG beschränkt sich die Schuldenbremse nicht nur auf die Haushaltsaufstellung, vielmehr wird auch das Ist der Nettokreditaufnahme (NKA) mit der maximal zulässigen NKA eines Haushaltsjahres verglichen. Abweichungen

werden auf einem Kontrollkonto gebucht. Unterschreitet die tatsächliche NKA die zulässige Höchstgrenze, kommt es zu einer Positivbuchung auf dem Konto, im umgekehrten Fall zu einer Negativbuchung. Über die Jahre hinweg werden diese Buchungen kumuliert. Damit stellt das Kontrollkonto ein "Gedächtnis" dar, mit dem die Einhaltung der Schuldenbremse überprüft werden kann. Wenn der Saldo der Buchungen des Kontrollkontos einen bestimmten negativen Schwellenwert unterschreitet, entsteht unmittelbarer haushaltspolitischer Handlungsbedarf. Dadurch trägt die Schuldenbremse maßgeblich zu langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen bei.

SCHULDENBREMSE 2012: AUF DEM WEG ZUM STRUKTURELLEN HAUSHALTSAUSGLEICH

Die Bebuchung des Kontrollkontos erfolgt auf Grundlage des tatsächlichen Vollzugs des jeweiligen Bundeshaushalts – erstmalig zum 1. März des Folgejahres auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Haushaltsjahres und endgültig zum 1. September des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Im folgenden Abschnitt 2 wird am Beispiel der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 die Funktionsweise der Schuldenbremse erläutert. In Abschnitt 3 wird die Bebuchung des Kontrollkontos dargestellt. Abschnitt 4 gibt einen Ausblick.

### 2 Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012

Im Rahmen der Föderalismuskommission II einigten sich Bund und Länder im Jahr 2009 darauf, ab dem Jahr 2011 eine neue Verschuldungsregel anzuwenden Das Grundgesetz wurde dementsprechend geändert und ergänzt. Gemäß dem neuen Artikel 109 GG sind die Haushalte von Bund und Ländern im Grundsatz ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nach dem neuen Artikel 115 GG trägt der Bund diesem Grundsatz Rechnung, wenn seine Einnahmen aus Krediten in der konjunkturellen Normallage 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Grundgesetzänderung krisenbedingt hohen Neuverschuldung sieht Artikel 143d GG Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten der permanent geltenden Obergrenze des strukturellen Defizits der Schuldenbremse vor: Während die Länder nach Maßgabe der geltenden landesrechtlichen Regelungen bis einschließlich 2019 von den Vorgaben des Artikel 109 Absatz 3 GG abweichen dürfen, muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung bis zum

Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf die ab dann für ihn geltende Obergrenze für die strukturelle NKA von 0,35 % des BIP abbauen.

Nach dem Regelwerk der Schuldenbremse setzt sich die maximal zulässige NKA aus drei Elementen zusammen. Von der erlaubten Strukturkomponente (0,35 % des BIP ab dem Jahr 2016) werden der Saldo der finanziellen Transaktionen, d. h. der nicht vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben, sowie die sogenannte Konjunkturkomponente, die das Atmen des Haushalts im Konjunkturverlauf ermöglichen soll, abgezogen (vergleiche Tabelle 1).¹

Der Abbaupfad für die strukturelle NKA des Bundes wurde mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011, also im Sommer des Jahres 2010, festgelegt. Ausgangswert war das zu diesem Zeitpunkt erwartete strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von 53,2 Mrd. € beziehungsweise 2,21% des BIP, das sich aus der erwarteten NKA (65,2 Mrd. €) zuzüglich des erwarteten Saldos der finanziellen Transaktionen (0,0 Mrd. €) und der geschätzten Konjunkturkomponente (-12,0 Mrd. €) errechnete. Unter Zugrundelegung des sechsjährigen Übergangszeitraums bis zum Jahr 2016 verringert sich die maximal zulässige strukturelle NKA um jährlich ein Sechstel der Differenz zwischen dem Referenzwert des Jahres 2010 von 2,21% und der ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze von 0,35 % des BIP, also um 0,31 % des BIP. Demnach lag die Obergrenze für die strukturelle NKA des Haushaltsjahres 2012

<sup>1</sup>Eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise der Schuldenbremse findet sich im "Kompendium zur Verschuldungsregel des Bundes gemäß Artikel 115 Grundgesetz", das auch die zugrundeliegenden Gesetzesund Verordnungstexte enthält: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\_Finanzen/Schuldenbremse/2012-06-14-kompendium-zurverschuldensregel.html.

SCHULDENBREMSE 2012: AUF DEM WEG ZUM STRUKTURELLEN HAUSHALTSAUSGLEICH

#### Tabelle 1: Grundstruktur der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz

Strukturkomponente

maximale strukturelle Nettokreditaufnahme (NKA): 0,35 % des BIP

minus Saldo der finanziellen Transaktionen

in Analogie zum Stabilitäts- und Wachstumspakt

minus Konjunkturkomponente

nach EU-Konjunkturbereinigungsverfahren

minus (gegebenenfalls) Rückführungspflicht aus Kontrollkonto

bei Unterschreitung eines negativen Schwellenwerts von -1% des BIP; maximal 0,35 % des BIP; nur im Aufschwung

= maximal zulässige NKA

bei 1,6 % des BIP. Bezogen auf das für die Haushaltsaufstellung maßgebliche nominale BIP des vorangegangenen Jahres waren dies 39,4 Mrd. €.

Die maximal zulässige NKA zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 (Spätherbst 2011) ergab sich aus der maximal zulässigen strukturellen NKA unter Abzug der veranschlagten finanziellen Transaktionen sowie der gemäß der Herbstprojektion der Bundesregierung für das Jahr 2012 geschätzten Konjunkturkomponente und betrug 40,5 Mrd. € (Position 8 der Soll-Spalte des Jahres 2012 in Tabelle 2). Die im Soll veranschlagte NKA von 26,1 Mrd. € lag somit 14,4 Mrd. € unterhalb des zulässigen Wertes.

### 3 Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2012

Um die Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes im Haushaltsvollzug zu überprüfen, sind die nicht konjunkturbedingten Abweichungen von der Regelobergrenze zu ermitteln. Dazu wird das Ist-Ergebnis der NKA eines Haushaltsjahres mit dem Wert verglichen, der sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen finanziellen Transaktionen und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung als maximal zulässige NKA ergibt. Diese Differenz wird auf einem Kontrollkonto gebucht; über die Jahre werden die Salden kumuliert. Das Kontrollkonto dient der Überprüfung der Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes und dazu, Korrekturen auszulösen, sofern das

Kontrollkonto einen negativen Schwellenwert von - 1% des BIP unterschreitet.

Die ermittelte Abweichung der Ist-NKA von der aktualisierten Regelobergrenze wurde nach § 7 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 GG für das Haushaltsjahr 2012 zum 1. März 2013 vorläufig auf dem Kontrollkonto der Schuldenbremse erfasst und abschließend zum 1. September 2013 gebucht. Die Ist-NKA erfasst dabei sowohl die NKA des Bundeshaushalts als auch – mit umgekehrtem Vorzeichen – die Finanzierungssalden der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse neu errichteten Sondervermögen des Bundes. Für das Jahr 2012 wird somit - wie schon im Vorjahr - zusätzlich der Finanzierungssaldo des im Jahr 2011 errichteten Energie- und Klimafonds berücksichtigt. Die nach der Schuldenbremse maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss ergibt sich als Summe aus der maximal zulässigen strukturellen NKA, die durch den verbindlichen Abbaupfad festgelegt ist (39,4 Mrd. € - dieser Wert bleibt stets unverändert zum Soll), den getätigten finanziellen Transaktionen (Saldo von - 7,4 Mrd. €) und der an die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung angepassten Konjunkturkomponente (- 6,4 Mrd. €).

Die Konjunkturkomponente wird dabei folgendermaßen angepasst: Zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionslücke wird die Differenz zwischen dem im August 2013 vom Statistischen Bundesamt ermittelten und jenem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (Herbst 2011) prognostizierten Zuwachs des

SCHULDENBREMSE 2012: AUF DEM WEG ZUM STRUKTURELLEN HAUSHALTSAUSGLEICH

Tabelle 2: Aufstellung und Abrechnung der Haushaltsjahre 2011 und 2012 gemäß Schuldenbremse

		2	2011	2	012
		Soll	Ist	Soll	Ist
			in M	rd.€	
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)	1,	902	1,591	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2 397,1		2 4	76,8
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) $\times$ (2)	4	45,6		9,4
4	Nettokreditaufnahme (4a) - (4b)	48,4	17,3	26,1	22,3
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	48,4	17,3	26,1	22,5
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,2
5	Saldo finanzieller Transaktionen (5a) - (5b)	-5,0	2,0	4,3	-7,4
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	4,2	4,9	6,9	4,8
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4,2	4,9	6,9	4,8
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	9,3	2,8	2,7	12,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	9,3	2,8	2,7	12,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
6	Konjunkturkomponente  Soll: (6a) x (6c)  Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-2,5	1,1	-5,3	-6,4
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-1	5,5	-3	3,3
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] $\%$ x (6bb)	Х	22,1	х	-6,5
6ba	Nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	3,0	3,9	2,4	2,2
6bb	Nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres	Χ	2495,0	Χ	2609,9
6c	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,160 0,160		160	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto			-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	53,1	42,5	40,5	53,2
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	40,9	20,4	25,0	8,5
	in % des BIP	1,71	0,85	1,01	0,34
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	Х	25,2	х	30,9
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	Х	0,0	Х	25,2
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	Х	25,2	Х	56,1

 $Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundung der Zahlen \ m\"{o}glich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Soll 2012 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2012 vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I, Seite 2 938).

SCHULDENBREMSE 2012: AUF DEM WEG ZUM STRUKTURELLEN HAUSHALTSAUSGLEICH

nominalen BIP für das Jahr 2012 addiert. Da der Zuwachs des nominalen BIP im Jahr 2012 etwas niedriger ausfiel als zur Haushaltsaufstellung im Herbst 2011 prognostiziert, wurde die Konjunkturkomponente für das Haushaltsjahr 2012 im Ist gegenüber dem Soll etwas nach unten angepasst.

Im Vergleich zu den vorläufigen Berechnungen im März dieses Jahres reduziert sich die Positivbuchung für das Haushaltsjahr 2012 infolge eines etwas nach oben revidierten Zuwachses des nominalen BIP im Jahr 2012 auf nunmehr 30,9 Mrd. € (Position 10 der Ist-Spalte 2012 in Tabelle 1). Die strukturelle NKA des Bundes, d. h. die NKA bereinigt um finanzielle Transaktionen und Konjunktureffekte, lag im Jahr 2012 bei 8,5 Mrd. € beziehungsweise 0,34 % des BIP. Damit hielt die strukturelle NKA des Bundes bereits im zweiten Jahr der Anwendung der Schuldenbremse – und damit vier Jahre früher als grundgesetzlich gefordert - die dauerhaft geltende Obergrenze von 0,35 % des BIP ein.

Zusammen mit dem Saldo des Kontrollkontos des Vorjahres in Höhe von 25,2 Mrd. € ergibt sich somit ein kumulierter Saldo von 56,1 Mrd. €.

#### 4 Ausblick

Auch das zweite Jahr unter Anwendung der Schuldenbremse des Bundes wurde mit der endgültigen Buchung auf dem Kontrollkonto erfolgreich abgeschlossen. Aufgrund der nicht zuletzt sehr erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen und geringerer Ausgaben als erwartet konnte die zulässige NKA noch weiter als geplant unterschritten werden, sodass die strukturelle Neuverschuldung bereits 2012 die dauerhaft erst ab 2016 geltende Obergrenze von 0,35 % des BIP einhielt.

Zwar ist die zeitliche Verteilung der Ausgaben des neuen Sondervermögens "Aufbauhilfe" zur Beseitigung der Schäden der Flut im Sommer 2013, das in der Schuldenbremse berücksichtigt wird, noch variabel. Trotzdem wird der Bund auch im laufenden Jahr die Obergrenze der zulässigen Neuverschuldung deutlich unterschreiten.

Dies gilt ebenso für die Finanzplanung:
Sowohl der Regierungsentwurf des
Bundeshaushalts 2014 als auch der Finanzplan
bis 2017 kommen vollkommen ohne strukturelle
Neuverschuldung aus. In den Jahren 2015
bis 2017 kann dabei sogar ein beträchtlicher
Teil der Schulden des Investitions- und
Tilgungsfonds, der zur Finanzierung von
konjunkturstimulierenden Maßnahmen in der
Wirtschaftskrise 2009 aufgelegt worden war,
getilgt werden.

Die Unterschreitung der zulässigen
Neuverschuldung in den vergangenen
beiden Jahren und die sich abzeichnende
Unterschreitung in diesem Jahr und im
gesamten Finanzplanungszeitraum sind ein
Zeichen dafür, dass die Schuldenbremse wirkt
und tatsächlich die Neuverschuldung "bremst".
Hieraus entstehende Positivbuchungen
auf dem Kontrollkonto stellen jedoch kein
"Guthaben" dar, das in der zukünftigen
Haushaltsaufstellung zur Erweiterung des
Kreditspielraums genutzt werden kann.

Mit dem im Juli dieses Jahres in Kraft getretenen Fiskalvertragsumsetzungsgesetz ist unter anderem festgelegt worden, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 gelöscht, d. h. das Konto auf null gestellt wird. Damit wurde sichergestellt, dass im Übergangszeitraum angehäufte Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nicht in den Regelbetrieb übertragen werden.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

# Finanzen des Bundes auf solidem Fundament

# Bundeskabinett beschließt Bericht zur finanziellen Lage des Bundes und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

- Das Kabinett hat am 28. August 2013 den gemeinsam von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler vorgelegten "Bericht zur finanziellen Lage des Bundes und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland" zur Kenntnis genommen.¹ Der folgende Artikel greift die finanzpolitischen Teile des Berichts heraus.
- Deutschland hat in den vergangenen Jahren seine öffentlichen Finanzen auf ein solides Fundament gestellt. Dazu hat der Bund einen maßgeblichen Beitrag geleistet, nachdem sich der Bundeshaushalt infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise tief in den roten Zahlen befand. Deutschland hat sich mit der 2009 in das Grundgesetz aufgenommenen Schuldenregel bewusst einer starken Regelbindung bei der Neuverschuldung unterworfen. Die positive Finanzlage des Bundes im dritten Anwendungsjahr der Schuldenregel zeigt, dass diese wirkt. Für 2014 hat der Bund erstmals seit Jahrzehnten einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt.
- Die Finanzpolitik hat mit der wachstumsfreundlichen Konsolidierung des Bundeshaushalts den Trend steigender Verschuldung durchbrochen. Innerhalb der kommenden vier Jahre wird die Schuldenstandsquote gemäß der aktuellen Projektion um über 10 Prozentpunkte auf 68 ½ % der Wirtschaftsleistung zurückgeführt. Die Konsolidierung der vergangenen Jahre hat zudem das Wachstum gestärkt, indem sie Ausgabendisziplin mit einer wachstumsfreundlichen Gestaltung der Ausgaben verbunden hat. Hand in Hand mit der Konsolidierung wurden die Ausgaben für Zukunftsaufgaben wie zum Beispiel Bildung und Forschung erhöht.

1	Ausgangslage im Sommer 2013: Strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt	16
1.1	Einleitung	16
1.2	Haushaltslage 2013	16
1.3	Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017	18
2	Finanzpolitik in der langen Perspektive: Trendumkehr erreicht	19
2.1	Zur Entwicklung des Bundeshaushalts	19
2.2	Sozialversicherungen mit solider Finanzierungsbasis	
3	Institutionell absichern: Fortsetzung des Konsolidierungskurses	24
3.1	Schuldenregel	25
3.2		
3.3	Stabilitätsrat und unabhängiger Beirat	26
4	Konsolidierung: kein Selbstzweck	
4.1	Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen	26
4.2	Spielräume und Reserven	26
	Verantwortung für den Euroraum	
	Voraussetzung für Wachstum im Euroraum insgesamt	
	Gebot der Generationengerechtigkeit	

 $<sup>^1</sup> http://www.bundes finanz ministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanz politik/2013/08/2013-08-28-PM64.html\\$ 

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

5	Konsolidierung und Priorisierung	29
	Bildung und Forschung	
	Familien	
	Infrastruktur	
5.4	Subventionsabbau und Effizienz in der Bundesverwaltung	30
	Entwicklungszusammenarbeit	
	Entlastung der Kommunen	
	Engit	

# 1 Ausgangslage im Sommer 2013: Strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt

#### 1.1 Einleitung

Die finanzielle Lage des Bundes im Sommer 2013 ist stabil. Die Mehrausgaben zur Bewältigung der Schäden durch die Flutkatastrophe im Frühsommer stellen die Einhaltung der für Deutschland geltenden Fiskalregeln nicht infrage. Während Deutschland zum Zeitpunkt der Hochwasserkatastrophe 2002 ein Maastricht-Defizit von fast 4% der Wirtschaftskraft aufwies, ist im Jahr 2013 – trotz der Hilfen zur Beseitigung der Flutschäden nur ein geringfügiges Defizit von knapp ½% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erwarten, strukturell bleibt der bereits im Vorjahr erzielte gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss erhalten. Jetzt reifen die Früchte einer konsequenten Ausgabendisziplin und einer Politik, die auf Wachstum und Beschäftigung setzt und damit die Steuerbasis stärkt. Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist die strukturelle, um konjunkturelle Einflüsse und finanzielle Transaktionen bereinigte Neuverschuldung des Bundeshaushalts so durchgreifend wie seit Jahrzehnten nicht reduziert worden. 2010 lag das strukturelle Defizit des Bundes noch bei fast 2% des BIP.

Für 2014 hat der Bund erstmals seit Jahrzehnten einen Haushalt aufgestellt, der einen strukturellen Überschuss aufweist (vergleiche Abschnitt 2). Grundlage und Gewähr für die Fortsetzung des Konsolidierungskurses bietet ein starkes institutionelles Regelwerk (vergleiche Abschnitt 3), und gewichtige

Gründe sprechen dafür, auf diesem Weg weiter voranzugehen (vergleiche Abschnitt 4). Hand in Hand mit der Konsolidierung konnten die Ausgaben für Zukunftsaufgaben wie z. B. Bildung und Forschung deutlich gestärkt und erhebliche Mehrausgaben zur finanziellen Entlastung der Kommunen geschultert werden (vergleiche Abschnitt 5), indem die Gesamtausgaben weitestgehend konstant gehalten wurden.

Das im 1. Halbjahr 2013 erzielte
Steueraufkommen entspricht den Erwartungen
der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres.
Diese Perspektive besteht auch für die
zweite Jahreshälfte. Die weiterhin positive
wirtschaftliche Entwicklung lässt erwarten,
dass der Bund 2013 wie prognostiziert einen
erneuten Anstieg der Steuereinnahmen erzielen
wird. Damit dürfte das Rekordergebnis von 2012
leicht übertroffen werden. Steuererhöhungen
kommen für die Bundesregierung unverändert
nicht in Betracht. Vordringlich ist vielmehr
der Abbau der kalten Progression bei der
Einkommensteuer.

#### 1.2 Haushaltslage 2013

Die Bundesregierung hat am 24. Juni 2013 einen Nachtragshaushalt 2013 zur Finanzierung des nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe" für den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Entschädigung von Haushalten und Unternehmen nach dem schweren Hochwasser im Sommer dieses Jahres beschlossen. Der Bund geht in Vorleistung für diese gesamtstaatliche Aufgabe und stattet den Fonds mit einer Summe von 8 Mrd. € aus. Mit dem dazu erforderlichen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013 erhöhte sich die Nettokreditaufnahme für 2013 auf 25,1 Mrd. €.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

Für das für die Schuldenregel relevante strukturelle Defizit des Bundes werden letztlich die tatsächlichen Ausgaben des Aufbauhilfefonds eine Rolle spielen, die sich über mehrere Jahre verteilen. Derzeit ist noch nicht absehbar, in welchem Zeitraum und mit welchen Jahresfälligkeiten die Mittel des Fonds abfließen werden. Doch selbst ein Mittelabfluss in voller Höhe im Haushaltsjahr 2013 würde angesichts des Abstands zu der nach der Schuldenregel im Jahr 2013 maximal zulässigen Nettokreditaufnahme (rund 44,7 Mrd. €) nicht zu einer Verletzung der Schuldenregel führen.

Insgesamt trägt der Bund maßgeblich dazu bei, dass Deutschland auch 2013 alle europäischen Fiskalregeln und internationalen Konsolidierungsziele erfüllt:

- Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo (Maastricht-Defizit) wird sich 2013 entsprechend der mittelfristigen Finanzprojektion des BMF vom 4. Juli 2013 auf - ½% des BIP belaufen. Dies liegt erneut deutlich unter dem im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) verankerten Maastricht-Referenzwert eines Defizits von 3 % des BIP. Das Wirken der automatischen Stabilisatoren infolge der konjunkturellen Abkühlung im zurückliegenden Winterhalbjahr führt in diesem Jahr zu einer leichten Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos gegenüber dem Vorjahr (0,1% des BIP).
- Per gesamtstaatliche strukturelle Finanzierungssaldo wird 2013 der Mittelfristprojektion zufolge erneut ein Plus von rund ½ % des BIP aufweisen und damit deutlich über dem auf Basis des SWP und des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Europäischer Fiskalvertrag) für Deutschland geltenden mittelfristigen Haushaltsziel (medium term objective, MTO) von 0,5 % des BIP liegen.
- Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Dies gilt insbesondere für den Bundeshaushalt und dessen Extrahaushalte (vergleiche Abbildung 1). Zuletzt haben insbesondere die Maßnahmen zur Bewältigung der weltweiten Finanzmarktkrise sowie der europäischen Staatsschuldenkrise die ausgewiesene Bruttoverschuldung ansteigen lassen, wobei hier allerdings gleichzeitig Vermögenswerte in annähernd gleichem Umfang erworben wurden. Der gesamtstaatliche Schuldenstand wird 2013 nach jetziger Einschätzung mit 80 % des BIP infolge der Maßnahmen zur Abwehr der Finanzkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise den Referenzwert des SWP von 60 % zwar weiterhin erheblich überschreiten. Die Entwicklung der Schuldenstandsquote ist jedoch deutlich rückläufig: Bereits in diesem Jahr wird sie 1½ Prozentpunkte unterhalb des Vorjahresniveaus liegen und in den Folgejahren entsprechend der Mittelfristprojektion weiter auf 68 ½ % bis 2017 zurückgehen. Bereinigt um die übernommenen Wertpapiere von Banken sowie die Maßnahmen im Rahmen der Staatsschuldenkrise ist die Schuldenstandsquote bereits seit 2009 rückläufig, sodass Deutschland schon 2017 wieder den Referenzwert von 60 % unterschreiten würde (vergleiche Abschnitt 2.1). Da Deutschland sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung des reformierten SWP im November 2011 noch im Defizitverfahren befand, greift die "1/20-Regel" (Rückführung der Überschreitung des Referenzwertes um jährlich durchschnittlich ein Zwanzigstel) erst drei Jahre nach Beendigung des Defizitverfahrens, für Deutschland also ab 2015. Im Übergangszeitraum muss das strukturelle Defizit in ausreichendem Maße zurückgeführt werden. Diese Bedingung ist in Deutschland mit strukturellen

gesamtstaatlichen Überschüssen im

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

gesamten Finanzplanungszeitraum mehr als erfüllt. Deutschland wird die erforderlichen Abbauschritte in Bezug auf das Schuldenstandkriterium in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums einhalten. Hierzu trägt auch der Bundeshaushalt wesentlich bei.

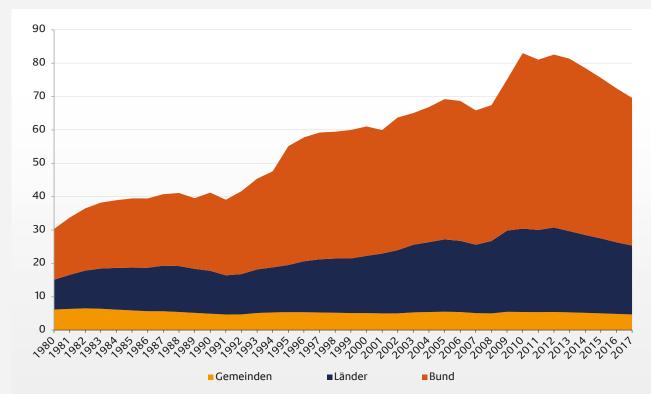
Die beim G20-Gipfel am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto gesetzten Konsolidierungsziele erfüllt Deutschland ebenfalls. Die Vorgabe, das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit gemessen am BIP von 2010 bis 2013 mindestens zu halbieren, wird nach aktueller Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April 2013 von Deutschland eingehalten. Auch die Verpflichtung, bis 2016 den Anstieg des gesamtstaatlichen Schuldenstands gemessen am BIP zu stoppen oder

umzukehren, wird Deutschland dem IWF zufolge ebenso wie die meisten übrigen G20-Industrieländer erreichen.

# 1.3 Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017

Die stabile finanzielle Lage des Bundes im Sommer 2013 bildet ein solides Fundament für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und den Finanzplan bis zum Jahr 2017, die am 26. Juni 2013 von der Bundesregierung beschlossen wurden. Die Bundesregierung hat für das Jahr 2014 einen erstmals seit Jahrzehnten strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Der Haushaltsentwurf weist sogar einen leichten strukturellen Überschuss auf. Ein vergleichbarer Abbau der strukturellen Neuverschuldung in einer Legislaturperiode

Abbildung 1: Schuldenstand nach staatlichen Ebenen in Relation zum BIP in %



Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung, jeweils inklusive ihrer Extrahaushalte. Sozialversicherung (Schulden maximal 0,2 % des BIP in einzelnen Jahren, 2012 ff.: 0,0 % des BIP) nicht gesondert ausgewiesen. 1980 bis 1999 finanzstatistische Abgrenzung, ab 2000 Maastricht-Abgrenzung. 2013 bis 2017 Projektion, Stand Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

ist zuletzt vor zwei Jahrzehnten kurz nach der deutschen Einheit erreicht worden, allerdings war damals immer noch eine strukturelle Nettokreditaufnahme von etwas mehr als 1% des BIP zu verzeichnen. Die Nettokreditaufnahme kann im kommenden Jahr auf 6,2 Mrd. € gesenkt werden, den niedrigsten Wert seit 40 Jahren. Ab dem Jahr 2015 kann der Bund mit dem Schuldenabbau beginnen. Zuletzt hat der Bundeshaushalt 1969 keine neuen Schulden mehr aufgenommen.

### 2 Finanzpolitik in der langen Perspektive: Trendumkehr erreicht

# 2.1 Zur Entwicklung des Bundeshaushalts

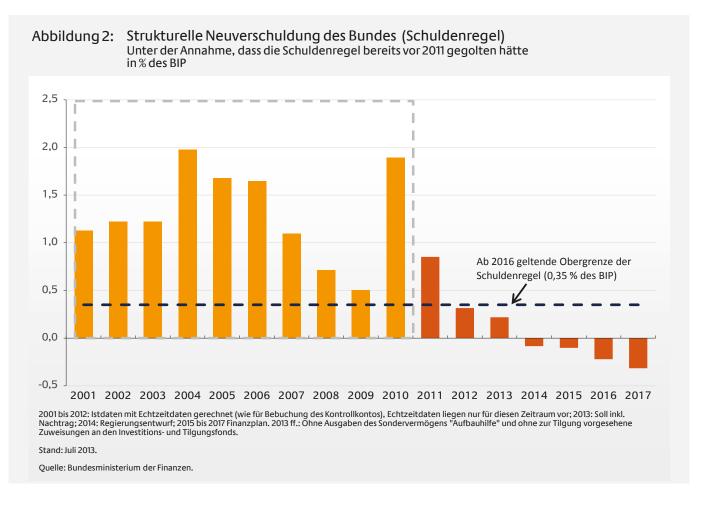
Die Einordnung der aktuellen finanziellen Lage des Bundes ergibt sich aus dem Vergleich mit der Entwicklung der Schlüsselgrößen des Bundeshaushalts in den vergangenen Jahrzehnten. Festzustellen ist, dass Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung des Bundes nach 1980 stark geprägt wurden von der deutschen Einheit im Jahr 1990, dem Eintritt in die dritte Stufe der europäischen Wirtschaftsund Währungsunion im Jahr 1999 und der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009:

- Die Tendenz steigender Neuverschuldung zu Beginn der 1980er Jahre schwächte sich zwar bis zur Mitte des Jahrzehnts ab, nach einem erneuten Anstieg konnte die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben aber erst 1989 zu einem erheblichen Teil geschlossen werden.
- Massive Investitionen des Bundes in den Aufholprozess der neuen Länder nach der deutschen Einheit 1990 führten zu einem sprunghaften Anstieg der Ausgaben. Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine allerdings im Vergleich dazu verhaltenere Zunahme der Einnahmen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Im

- Ergebnis öffnete sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben im Verlauf des Jahrzehnts merklich und klaffte am Ende dieses Zeitraums weit auseinander.
- Zu Beginn der 2000er Jahre legte der Eintritt in die vollendete europäische Wirtschafts- und Währungsunion bestehende Wachstumshemmnisse wie Verkrustungen am Arbeitsmarkt offen. Diese manifestierten sich in einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, die sich auch in einem Rückgang der Steuereinnahmen niederschlug. Im Gegensatz dazu stiegen die Ausgaben weiter, sodass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben noch weiter öffnete. In der zweiten Hälfte der vergangenen Dekade gelang es auch dank der eingeleiteten Strukturreformen, unter anderem am Arbeitsmarkt, und aufgrund der wieder zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik, diese Lücke erheblich zu verringern.
- Nach 2008 führte dann die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die erhebliche steuerliche Mindereinnahmen und durch die umfangreichen Konjunkturpakete zudem massive Mehrausgaben zur Folge hatte, zu einer erneuten kräftigen Ausweitung der Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der Effekt war auch deswegen so stark, weil der Bundeshaushalt am Vorabend der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise anders als heute ein signifikantes strukturelles Defizit aufwies.

Die seither verfolgte Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung hat das Ausgabenniveau über einen längeren Zeitraum konstant gehalten und zur Steigerung der Einnahmen beigetragen. Die Nachhaltigkeit des Konsolidierungskurses, die dabei erreicht wurde, zeigt sich an der Entwicklung der strukturellen Neuverschuldung des Bundeshaushalts (vergleiche Abbildung 2).

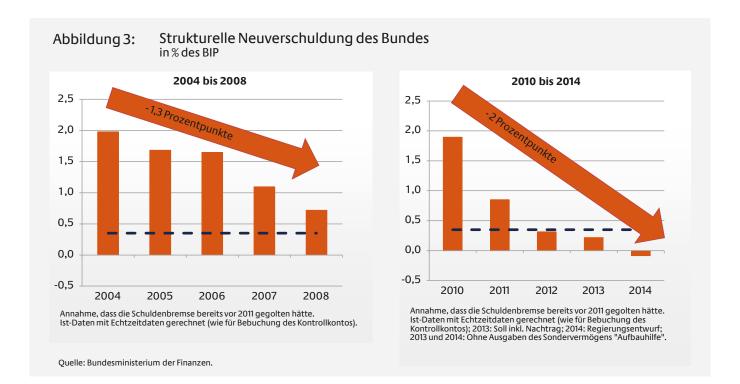
FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT



Ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts konnte die strukturelle Neuverschuldung zurückgeführt werden. Ausschlaggebend dafür war allerdings neben der wieder zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik insbesondere auch die Anhebung des Regelsatzes bei der Umsatzsteuer um 3 Prozentpunkte zu Beginn des Jahres 2007. Es gelang zwar eine Rückführung der strukturellen Neuverschuldung. Sie war jedoch weniger stark als in dieser Legislaturperiode (vergleiche Abbildung 3). Die strukturelle Neuverschuldung sank in den Jahren 2004 bis 2008 um 1,3 Prozentpunkte, das Jahr 2009 wird in diesem Vergleich wegen des starken

wirtschaftlichen Einbruchs aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht betrachtet. Nach Überwindung der Krise 2010 wurde die Konsolidierung dann deutlich verstärkt, dabei wurde der Schwerpunkt nunmehr auf die Ausgabenseite gelegt. 2014 wird die strukturelle Neuverschuldung 2 Prozentpunkte niedriger sein als noch 2010. Für das kommende Jahr wird erstmals ein struktureller Überschuss des Bundeshaushalts (ohne Berücksichtigung der Ausgaben im Sondervermögen "Aufbauhilfe") erwartet. Diese Entwicklung wird sich auf Basis des Finanzplans bis 2017 weiter fortsetzen.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT



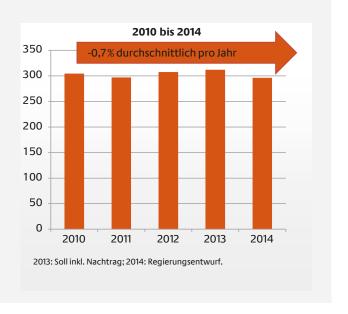
Der Schlüssel für diesen Erfolg liegt insbesondere in einer konsequenten Ausgabendisziplin des Bundeshaushalts:

In den Jahren zwischen 2010 und 2014
 bleiben die Ausgaben annähernd konstant.
 2004 bis 2008 stiegen die Ausgaben

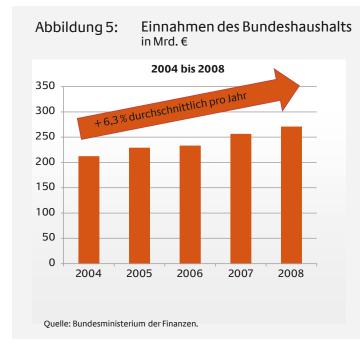
dagegen um durchschnittlich 2,9 % pro Jahr an (vergleiche Abbildung 4).

 Die Mehreinnahmen des Bundeshaushalts werden seit 2010 per saldo vollständig zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt: Der Bund wird 2014 absolut





FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT



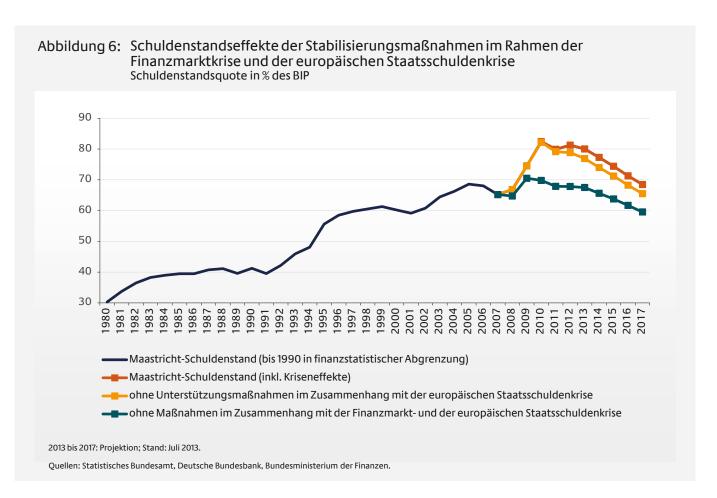


gesehen voraussichtlich rund 30 Mrd. € höhere Einnahmen erzielen als 2010. Die Nettokreditaufnahme wird 2014 dagegen um fast 38 Mrd. € geringer sein als 2010. Dabei ist festzuhalten. dass die Einnahmeentwicklung in den Jahren 2010 bis 2014 mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 2,7 % nicht annähernd so stark ausfällt wie in den Jahren 2004 bis 2008 vor der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 6,3 % (vergleiche Abbildung 5). Im Gesamtvergleich der Jahre 2004 bis 2008 mit den Jahren 2010 bis 2014 erreicht der Bundeshaushalt nun trotz einer schwächeren Entwicklung der Einnahmen eine stärkere Begrenzung der Ausgaben und im Ergebnis einen deutlicheren Rückgang der strukturellen Neuverschuldung.

Die nachhaltige Trendumkehr in Richtung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts konnte dabei trotz erheblicher Ausgaben zur Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise erreicht werden. Die deutsche Beteiligung am einzuzahlenden Kapital des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) in Höhe von insgesamt 22 Mrd. € muss in fünf Raten in den Jahren 2012 bis 2014 entrichtet werden.

Der Bund hat darüber hinaus Gewährleistungen zur Unterstützung europäischer Mitgliedstaaten und der Finanzmarktstabilisierungsfonds hat Ausgaben zu Rekapitalisierungen von Banken in Deutschland übernommen. Diese Verpflichtungen haben nicht zu einer Erhöhung des Maastricht-Defizits oder zu Ausgaben im Bundeshaushalt geführt. Gleichwohl haben sie – ebenso wie die Maßnahmen auf Länder- und Gemeindeebene – die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung rechnerisch erhöht, wobei mit den Mitteln Vermögenswerte in annähernd gleichem Umfang erworben wurden. Abbildung 6 zeigt, dass die Schuldenstandsquote selbst unter Einbeziehung dieser Sondereffekte der weltweiten Finanzmarktkrise sowie der Staatsschuldenkrise im Euroraum mittlerweile wieder deutlich rückläufig ist und zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums voraussichtlich 68 ½ % des BIP betragen wird. Die Entwicklung der Schuldenstandsquote ohne Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT



zeigt aufgrund der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie seit 2009 einen klaren Abwärtstrend. Dieser wird ab 2014 weiter verstärkt, sodass die um Maßnahmen im Zusammenhang mit der Krisenintervention bereinigte Schuldenstandsquote bereits 2017 wieder den Maastricht-Referenzwert von 60 % unterschreiten wird.

Auf nationaler Ebene unterstützt der Bund Länder und Kommunen durch eine Vielzahl von Maßnahmen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und der Konsolidierung ihrer Haushalte. Dazu gehören die an bestimmte Konsolidierungsauflagen geknüpfte Gewährung von Konsolidierungshilfen an fünf Länder in Höhe von insgesamt 800 Mio. € jährlich im Zeitraum 2012 bis 2019, die sich Bund und Länder je zur Hälfte teilen. In der laufenden Legislaturperiode hat der Bund zahlreiche zusätzliche Verpflichtungen zugunsten von Ländern und Kommunen übernommen. Hierzu

zählen beispielsweise Entlastungen der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (20 Mrd. € im Zeitraum 2012 bis 2016), bei den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Bezieher (rund 6 Mrd. € im Zeitraum 2011 bis 2014) und beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (5,4 Mrd. € bis 2014). Mit der Entlastung bei den Kosten für Unterkunft werden u. a. auch die Ausgaben der Kommunen für Bildungsund Teilhabeleistungen ausgeglichen. Für die Exzellenzinitiative, den Hochschulpakt 2020 und den Qualitätspakt Lehre stellt der Bund den Ländern im Zeitraum 2010 bis 2014 insgesamt 8,0 Mrd. € zur Verfügung.

# 2.2 Sozialversicherungen mit solider Finanzierungsbasis

Mit rund 49,5 % aller Ausgaben des Bundes machen die Sozialausgaben auch im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 den mit Abstand größten Block aller Ausgaben

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

aus. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch infolge hoher Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt haben die Sozialversicherungen in den beiden vergangenen Jahren Rekordüberschüsse in Höhe von 0,6 % und 0,7 % des BIP aufgewiesen – soviel wie bislang nur im Boom der deutschen Einheit 1991.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zum großen Teil entflochten worden. Die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung ist mit Wirkung vom 1. Januar 2013 weggefallen; im Gegenzug entfiel auch der von der BA an den Bund abzuführende Eingliederungsbeitrag (Entlastung Bund per saldo 2013: rund 2 Mrd. €; ab 2014 ff.: rund 1 Mrd. €). Die BA bleibt finanziell stabil aufgestellt. Nach einem Defizit im laufenden Haushaltsjahr, das aus der Rücklage gedeckt werden kann, werden für die BA in den kommenden Jahren jährlich zunehmende Überschüsse erwartet, die die Rücklage bis Ende 2017 voraussichtlich auf 10,5 Mrd. € anwachsen lassen werden.

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält seit dem Jahr 2004 einen Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen, der bis zum Jahr 2012 stufenweise auf einen Betrag von 14 Mrd. € angewachsen ist. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung der GKV konnte der Bundeszuschuss in den Jahren 2013 und 2014 gesenkt werden. Ab dem Jahr 2015 beträgt der Bundeszuschuss entsprechend dem Finanzplan bis zum Jahr 2017 wieder 14 Mrd. €.

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) bezieht einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen aus den "großen" regelgebundenen Leistungen des Bundes: allgemeiner Bundeszuschuss, zusätzlicher Bundeszuschuss sowie Beitragszahlungen des Bundes für Kindererziehungszeiten. Diese Leistungen folgen verschiedenen gesetzlich festgelegten Anpassungsmechanismen, u. a. der Bruttolohn- und -gehaltsentwicklung, der Entwicklung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und des Aufkommens der Steuern vom Umsatz. Während sich der allgemeine Bundeszuschuss an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und der Höhe des Beitragssatzes orientiert, partizipiert die GRV über den zusätzlichen Bundeszuschuss – speziell über dessen "Umsatzsteuerkomponente" – an der jeweiligen Einnahmeentwicklung des Bundes. Der Anteil der Bundesleistungen an den gesamten Einnahmen der GRV liegt seit 2006 konstant bei knapp einem Drittel.

Die Höhe des jährlich festzusetzenden Beitragssatzes der GRV folgt gesetzlich festgelegten Vorgaben. Im Umlageverfahren müssen die voraussichtlichen Einnahmen die voraussichtlichen Ausgaben decken. Dabei wird die Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage einbezogen. Insbesondere aufgrund der positiven Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung der vergangenen Jahre ist die Nachhaltigkeitsrücklage kontinuierlich angewachsen. So konnte für die Jahre 2012 und 2013 erstmals seit dem Jahr 2001 wieder eine Absenkung des Beitragssatzes um 0,3 (im Jahr 2012) beziehungsweise 0,7 Prozentpunkte (im Jahr 2013) erreicht werden. Arbeitnehmer und Unternehmen werden so um insgesamt 9 Mrd. € entlastet.

# 3 Institutionell absichern: Fortsetzung des Konsolidierungskurses

In den vergangenen Jahren ist der Grundstein dafür gelegt worden, den langfristigen Trend hoher Neuverschuldung zu durchbrechen und eine nachhaltige Gesundung der öffentlichen Finanzen einzuleiten. Entscheidend dafür war die Verankerung eines klaren und robusten institutionellen Ordnungsrahmens. Bund und Länder haben sich dazu im Rahmen der Föderalismusreform II darauf verständigt,

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

eine Schuldenregel mit dem Grundsatz des strukturellen Haushaltsausgleichs einzuführen und einen Stabilitätsrat zur laufenden Überwachung der Haushalte des Bundes und der einzelnen Länder einzurichten.
Beide Regelungen wurden im Jahr 2009 im Grundgesetz verankert. Der Bund hat zudem sein Haushaltsaufstellungsverfahren grundsätzlich reformiert und das Topdown-Verfahren eingeführt, das für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 erstmals durchgeführt wurde. Diese Reformen haben sich bewährt.

#### 3.1 Schuldenregel

Die bis 2010 geltende Verschuldungsregel (Art. 115 GG alte Fassung, sogenannte Goldene Regel) erlaubte – sofern nicht eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren war – eine Kreditaufnahme in Höhe der im Vorjahr im Bundeshaushalt veranschlagten investiven Ausgaben.

Dagegen verpflichtet die seit 2011 an ihre Stelle getretene Schuldenregel den Bund ab 2016 auf eine strukturelle Kreditaufnahme von maximal 0,35 % des BIP. Die Länderhaushalte sind ab dem Jahr 2020 grundsätzlich ohne Nettokreditaufnahme auszugleichen.

Die neue Schuldenregel hat wesentlich zum Vertrauen von Bürgern, Investoren und Anlegern in die Herstellung langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen nach der sprunghaft gestiegenen Verschuldung infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 beigetragen. Die seit 2011 im Rahmen der Schuldenregel ausgewiesenen strukturellen Defizite des Bundes sind Jahr für Jahr nicht nur spürbar zurückgegangen, sondern auch deutlich kleiner ausgefallen als die für die Übergangsphase zugelassenen Maximalwerte. Die erst ab 2016 geltende dauerhafte Obergrenze von 0,35 % des BIP ist bereits im Haushaltsvollzug 2012 unterschritten worden. Zudem zeigt sich, dass die Anwendung der Schuldenregel nicht zu einer Beschränkung investiver Ausgaben führt. Denn die Schuldenregel verlangt

lediglich einen im Grundsatz strukturell ausgeglichenen Haushalt. Für die Höhe der Ausgaben sowie deren Zusammensetzung macht sie keine Vorgaben. So konnten etwa die Zukunftsausgaben des Bundes für Bildung und Forschung in den vergangenen Jahren deutlich angehoben werden (vergleiche dazu Abschnitt 5.1).

Der durch die Unterschreitungen der zulässigen Obergrenze in einzelnen Jahren nicht ausgeschöpfte strukturelle Verschuldungsspielraum wird rechnerisch auf einem Kontrollkonto festgehalten genauso wie Überschreitungen als Soll auf diesem Kontrollkonto gebucht werden müssten. Die Konsolidierungspolitik dieser Legislaturperiode hat die Einhaltung der dauerhaft geltenden Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des BIP bereits mit dem Haushaltsvollzug 2012 ermöglicht. Die Bundesregierung hat stets erklärt, dass sie Positivsalden dieses fiktiven Kontrollkontos nicht nutzen wird. Dementsprechend ist am 19. Juli 2013 eine gesetzliche Regelung in Kraft getreten, nach der der auf dem Kontrollkonto kumulierte Positivsaldo zum Ablauf der Übergangsphase Ende 2015 gelöscht wird.

#### 3.2 Top-down-Verfahren

Bereits bei der konzeptionellen Entwicklung der neuen verfassungsrechtlichen Schuldenregel war klar, dass diese neue Fiskalregel auch ein geändertes Haushaltsaufstellungsverfahren verlangt. Mit der neuen Schuldenregel steht frühzeitig fest, wie hoch die maximal zulässige Neuverschuldung sein darf. Die innerhalb dieser Obergrenze definierte Höhe der für die nächsten Jahre eingeplanten Neuverschuldung und der Einzelplanbudgets steht jetzt also am Anfang des Verfahrens – und nicht mehr an dessen Ende. Mittlerweile hat die Bundesregierung zum dritten Mal einen Regierungsentwurf vorgelegt, der im Rahmen eines Top-down-Verfahrens aufgestellt wurde. Es ist dabei stets gelungen, die im März

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

beschlossenen Eckwerte einzuhalten oder zu unterschreiten. Dies zeigt, dass dieses wichtige haushaltspolitische Steuerungsinstrument mittlerweile eine hohe Bindungswirkung entfaltet und sich für eine nachhaltige und solide Finanzpolitik bewährt hat.

#### 3.3 Stabilitätsrat und unabhängiger Beirat

Neben der Schuldenregel hat Deutschland mit dem Stabilitätsrat von Bund und Ländern bereits vor einigen Jahren einen weiteren institutionellen Pfeiler zur Sicherung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfassungsrechtlich verankert. Der Stabilitätsrat überwacht regelmäßig die Haushalte von Bund und Ländern. Hierdurch sollen drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig erkannt und durch Sanierungsmaßnahmen der betroffenen Gebietskörperschaft abgewendet werden. Durch das am 19. Juli 2013 in Kraft getretene Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags wird die Rolle des Stabilitätsrats nun weiter gestärkt und dieser explizit damit beauftragt, die Einhaltung der nach den europäischen Vorgaben zulässigen Obergrenze eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von 0,5 % des BIP zu überwachen. Falls notwendig, empfiehlt der Stabilitätsrat Bund und Ländern geeignete Konsolidierungsmaßnahmen.

Bei der Wahrnehmung seiner neuen Aufgabe wird der Stabilitätsrat durch einen unabhängigen Beirat unterstützt, dem neben weiteren Sachverständigen Vertreter der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute angehören. Stellungnahmen und Empfehlungen des Beirats werden – wie die des Stabilitätsratsveröffentlicht. Dadurch werden Glaubwürdigkeit und Transparenz des fiskalpolitischen Regelwerks weiter gestärkt.

### 4 Konsolidierung: kein Selbstzweck

#### 4.1 Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen

Die finanzpolitische Strategie der Bundesregierung hat gezeigt: Konsolidierung und Wachstum gehören zusammen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist ein wichtiges Fundament für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung, steigende Einkommen und solide Steuereinnahmen. Bei der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen geht es nicht um mechanische Defizitreduktion, sondern um klare Prioritätensetzung und das Ausschöpfen von Effizienzreserven, die zu Einsparungen führen und die Wachstumsbedingungen für die Wirtschaft langfristig verbessern. Dazu gehört es, Schwerpunkte bei den zukunftsorientierten Ausgaben zu setzen. So stärkt die Bundesregierung beispielsweise das Wachstumspotential durch steigende Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung sowie Infrastruktur (vergleiche Abschnitt 5). In der Arbeitsmarktpolitik nutzt sie die zur Verfügung stehenden Mittel für die Integration in Erwerbstätigkeit gezielter als in der Vergangenheit. Das hat dazu beigetragen, dass Menschen heute schneller in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden.

#### 4.2 Spielräume und Reserven

Konsolidierung und solide Staatsfinanzen sind Voraussetzung für die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates auch in außergewöhnlichen Situationen. Das hat sich bei der Errichtung des nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe" für die von dem schweren Hochwasser im Sommer 2013 betroffenen Regionen gezeigt. Trotz der für die Ausgaben des Fonds notwendigen

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

zusätzlichen Nettokreditaufnahme trägt der Bund den Erfordernissen der Schuldenregel weiterhin vollständig Rechnung, ohne auf die darin enthaltene Ausnahmeklausel im Falle von Naturkatastrophen zurückgreifen zu müssen.

Mit den Fondsmitteln werden Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur finanziert. Dabei trägt der Bund die Kosten für die Wiederherstellung seiner Infrastruktur in Höhe von voraussichtlich 1,5 Mrd. € allein. Die Finanzierung der restlichen 6,5 Mrd. € verteilt sich je zur Hälfte auf Bund und Länder. Die Länder leisten Zins- und Tilgungsanteile für einen Beitrag in Höhe von 3,25 Mrd. € über 20 Jahre wie folgt: Für die Jahre 2014 bis 2019 wurde das Finanzausgleichsgesetz am 15. Juli 2013 dahingehend geändert, dass jährlich ein zusätzlicher Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 202 Mio. € von den Ländern an den Bund übertragen wird. Nach Außerkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes zahlen die Länder in den Jahren 2020 bis 2033 jährlich einen Betrag in Höhe von 202 Mio. € direkt an den Bund. Weitere Mittel kommen aus dem EU-Solidaritätsfonds. Zur Verteilung und Verwendung der Mittel und zur näheren Durchführung des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes wurde mit den Ländern gemeinsam eine Rechtsverordnung der Bundesregierung abgestimmt.

Anders als bei der Flut im Jahr 2002 hat sich die Bundesregierung dagegen entschieden, den Fonds durch steuerliche Maßnahmen zu finanzieren, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen können. Dass der Bund heute trotz der Ausgaben des Fonds alle Fiskalregeln weiterhin uneingeschränkt einhält, zeigt, wie handlungsfähig die Bundesregierung gerade auch in kurzfristig auftretenden Notsituationen ist. Das ist ein Ergebnis der konsequenten Sanierung des Bundeshaushalts in dieser Legislaturperiode.

#### 4.3 Verantwortung für den Euroraum

Die Handlungsfähigkeit Deutschlands ist nicht nur national wichtig, sie ist auch ein entscheidender stabilisierender Faktor im Euroraum. Die Glaubwürdigkeit und Finanzierbarkeit der Stützungsmaßnahmen für den Euroraum hängen wesentlich vom Vertrauen in ein starkes und solides Zentrum des Euroraums ab. So werden die gute Bonität und damit die Refinanzierungskosten des ESM maßgeblich begünstigt durch die hervorragende Bewertung Deutschlands auf den internationalen Finanzmärkten. Deutschland wird der Verantwortung als Stabilitätsanker des Euroraums gerecht; dies hat der IWF in seiner Abschlusserklärung der diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen vom 6. August 2013 hervorgehoben. Die Rolle als Stabilitätsanker geht dabei weit über die unmittelbare Bedeutung für die Unterstützungsmaßnahmen im Euroraum hinaus. Mit gesunden öffentlichen Haushalten und einer relativ geringen Verschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat kann Deutschland laut dem IWF wirtschaftliche Einbrüche seiner Handelspartner gut absorbieren und andere Handelspartner von solchen Entwicklungen abschirmen, statt sie zu verstärken oder weiterzugeben. Deutschlands solide finanzielle Lage und seine Funktion als sicherer Hafen für die europäischen Finanzmärkte tragen damit wesentlich dazu bei, Ansteckungsgefahren im Euroraum vorzubeugen und aufzuhalten.

# 4.4 Voraussetzung für Wachstum im Euroraum insgesamt

Günstige Finanzierungsbedingungen, solide Unternehmensbilanzen, gesunde öffentliche Haushalte und eine moderate Abgabenlast verbessern die Bedingungen für private Investitionen in Deutschland. Eine Belebung der Investitionstätigkeit hängt aber auch davon ab, dass sich die erreichten Erfolge bei

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

der Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Ländern des Euroraums festigen und fortsetzen.

Die in vielen Mitgliedstaaten des Euroraumes voranschreitende Korrektur hoher Haushaltsdefizite und struktureller Fehlentwicklungen erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und verbessert die Wachstumsgrundlagen. Die durch strukturelle Fehlentwicklungen hervorgerufene Krise kann nicht durch expansive Fiskalpolitik überwunden werden. Vielmehr bedarf es solider Staatsfinanzen und grundlegender Strukturreformen in den besonders von der Krise betroffenen Ländern, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren. Auch Erwartungen an einen Wachstumsschub in den Reformländern durch einen fiskalischen Stimulus in Deutschland halten einer Überprüfung nicht stand. Die Effekte wären vernachlässigbar, zudem würde ein Abweichen Deutschlands vom Stabilitätspfad die Glaubwürdigkeitsrisiken für den Euroraum und sein fiskalisches Regelwerk erhöhen.

Der wichtigste Grund dafür, dass in den Krisenländern neben grundlegenden Strukturreformen auch eine fiskalische Konsolidierung unausweichlich ist, liegt in der Tatsache begründet, dass Länder nicht auf längere Sicht hohe Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite aufbauen können. Defizite und damit steigende Schulden wirken sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Insbesondere die Verdrängung privater Investitionen sowie die Effekte einer steigenden Unsicherheit über die zukünftige Abgabenlast und die makroökonomische Stabilität auf das langfristige Investitionsklima führen zu einem vergleichsweise niedrigeren und in seiner Struktur verzerrten Kapitalstock. Nach einem Überblick des IWF in seinem aktuellen "Fiscal Monitor" zu den zu dieser Frage vorliegenden Analysen kommt die

Mehrzahl der Studien zu dem Schluss, dass eine hohe Verschuldung das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.

#### 4.5 Gebot der Generationengerechtigkeit

Wachstumsorientierte Konsolidierung ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn hinterlassen wir künftigen Generationen einen hohen Schuldenberg, schränken wir ihre wirtschaftlichen und sozialen Startchancen und ihre politischen Gestaltungsspielräume massiv ein.

Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist eine Fortsetzung des bisherigen finanzpolitischen Kurses erforderlich. Durch die demografische Entwicklung wird sich der Druck auf die öffentlichen Finanzen langfristig deutlich erhöhen. Das BMF legt regelmäßig einen Tragfähigkeitsbericht vor, der die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland abschätzt. Die jüngsten Ergebnisse zeigen, dass nach den hohen Belastungen aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise langfristige Tragfähigkeitsrisiken nunmehr reduziert werden konnten.

Die Verbesserung ist insbesondere ein Erfolg der Konsolidierungspolitik in Deutschland. Auch die umfassenden Strukturreformen der vergangenen Jahre zur Dämpfung der alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben – wie beispielsweise die Rente mit 67 – tragen wesentlich zu einer Verringerung der Tragfähigkeitsrisiken bei. Die Ergebnisse des dritten Tragfähigkeitsberichts verdeutlichen, dass die langfristige Einhaltung der Schuldenregel selbst bei moderaten Wachstumsannahmen zu einer nachhaltigen Rückführung der Schuldenstandsquote führt.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

### 5 Konsolidierung und Priorisierung

#### 5.1 Bildung und Forschung

Die Bundesregierung hat in der 17. Legislaturperiode einen politischen Schwerpunkt auf die Themen Bildung und Forschung gelegt. Sie wurden bewusst von der Konsolidierung ausgenommen, um diejenigen Bereiche zu stärken, die Innovationen und damit künftiges Wachstum schaffen. Das Ziel, die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung in den Jahren 2010 bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € zu erhöhen, hat die Bundesregierung umgesetzt. Im Ergebnis wurde die Zielsetzung sogar übertroffen. In der Umsetzung der Bildungs- und Forschungsoffensive sind bereits mehr als 13 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt worden. Während die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts zwischen 2010 und 2014 insgesamt sinken, steigt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2014 weiter auf rund 14 Mrd. € an. Dies sind 3,4 Mrd. € mehr als 2010.

Ein erheblicher Teil der Bildungsausgaben wurde unter anderem für Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung, zur Förderung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung und zur Förderung von Hochschulen und Studierenden (Stichworte: Hochschulpakt, Qualitätspakt Lehre, Verbesserung der Studienfinanzierung etc.) bereitgestellt. Darüber hinaus konnten neue Schwerpunktsetzungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich gestärkt werden. So wurden unter anderem die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation fortgeführt sowie die Hightech-Strategie der Bundesregierung weiterentwickelt. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die privaten und staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland im Jahr 2011 bei 2,9 % des BIP. Damit wurde das Ziel der EU, die nationalen Ausgaben für Forschung

und Entwicklung auf 3 % des BIP zu steigern, bereits nahezu erreicht. Deutschland gehört in Europa und im Vergleich der OECD-Staaten zur Spitzengruppe.

#### 5.2 Familien

Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer sind ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Dabei erkennt sie an, dass die Wünsche und Lebensentwürfe von Familien in Deutschland sehr vielfältig sind, und richtet die Instrumente der Familienpolitik daran aus.

Ein wichtiges und bewährtes Instrument ist das Elterngeld, das Eltern in der Frühphase der Elternschaft die Möglichkeit geben soll, sich selbst um ihr Kind zu kümmern, ohne finanzielle Einbrüche zu erleben. Zudem wird über die sogenannten Vätermonate die partnerschaftliche Beteiligung der Väter an der Fürsorge ihrer Kinder gefördert. Hierfür stellt die Bundesregierung jedes Jahr circa 5 Mrd. € zur Verfügung.

Seit dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege: Jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr hat einen Anspruch auf diese Förderung. Der Bund hat den Ausbau der für den Rechtsanspruch zusätzlich notwendigen U3-Plätze sowohl finanziell als auch qualitativ erheblich unterstützt. Der Bund stellt für den U3-Ausbau bis 2014 insgesamt 5,4 Mrd. € zur Verfügung. Anschließend erhalten die Länder für den Betrieb der Kitas und Tagespflegestellen vom Bund jährlich 845 Mio. € Betriebskostenzuschüsse zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Qualität. Zudem hat die Bundesregierung gleich zu Beginn der Legislaturperiode die finanzielle Grundlage für Familien verbessert. Die steuerlichen Freibeträge für Kinder wurden von 6 024 € auf 7 008 € angehoben, und das Kindergeld wurde um 20 € monatlich beziehungsweise 240 € jährlich erhöht.

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

Um die Wahlfreiheit der Eltern bei der Betreuung ihrer ein- bis dreijährigen Kinder zu erhöhen, wurde zum 1. August 2013 stufenweise das Betreuungsgeld eingeführt. Es soll diejenigen Eltern unterstützen, die die Betreuung ihres Kindes ohne Inanspruchnahme eines staatlich bereitgestellten Betreuungsplatzes organisieren. Für das Jahr 2013 sind im Bundeshaushalt insgesamt 55 Mio. € für das Betreuungsgeld vorgesehen.

#### 5.3 Infrastruktur

Im Verkehrsbereich liegt der Ausgabenschwerpunkt im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung bei den klassischen Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene, Wasserstraße, Kombinierter Verkehr), die im Jahr 2014 rund 10,1 Mrd. € betragen und im weiteren Finanzplanzeitraum bis 2017 durchgängig auf einem Niveau von über 10 Mrd. € stabilisiert werden. Sie liegen damit deutlich oberhalb des Niveaus der letzten Legislaturperiode vor den konjunkturellen Ausgleichsmaßnahmen im Zuge der Finanzund Wirtschaftskrise. Im Rahmen der Bundeshaushalte der Jahre 2012 und 2013 hat der Deutsche Bundestag zur zusätzlichen Finanzierung der Verkehrsbereiche Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen und Bundesschienenwege die sogenannten Infrastrukturbeschleunigungsprogramme I und II mit Gesamtvolumina von 1 Mrd. € beziehungsweise 750 Mio. € beschlossen. Schwerpunktmäßig entfallen die Ausgaben auf die Haushaltsjahre 2012 und 2013; in den Folgejahren werden die Programme ausfinanziert.

# 5.4 Subventionsabbau und Effizienz in der Bundesverwaltung

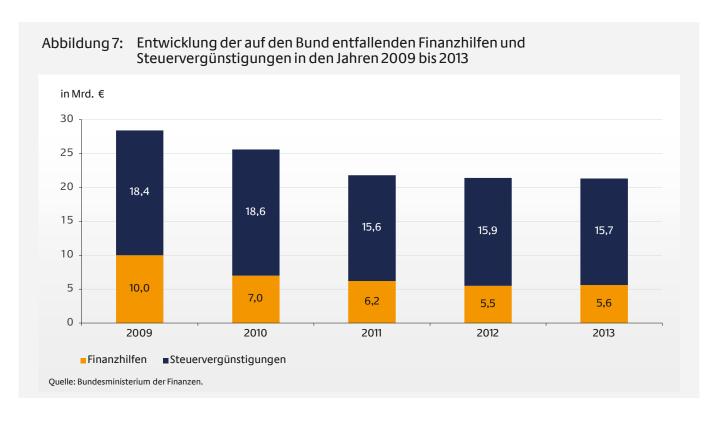
Die Subventionspolitik der Bundesregierung hat ihren Beitrag dazu geleistet, dass der Bundeshaushalt in nur einer Legislaturperiode nachhaltig saniert werden konnte: Zum einen hat die Bundesregierung die zur Krisenbekämpfung kurzfristig erforderlichen Stabilisierungsmaßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 konsequent und zügig wieder zurückgeführt. Zum anderen hat sie die Subventionen seit 2011 – trotz notwendiger Hilfen zur Umstellung auf eine klima- und umweltverträgliche Energieversorgung – auf moderatem Niveau gehalten. So konnte das Subventionsvolumen des Bundeshaushalts nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in dieser Legislaturperiode von 28,4 Mrd. € im Jahr 2009 um ein Viertel auf 21,3 Mrd. € im Jahr 2013 abgesenkt werden (vergleiche Abbildung 7).

Der Anteil des Subventionsvolumens des Bundes am Bruttoinlandsprodukt ging von 1,2 % im Jahr 2009 auf 0,8 % im Jahr 2011 und in den Folgejahren zurück. Damit liegt die Subventionsquote zum Ende dieser Legislaturperiode auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zwei Jahrzehnten.

Die Finanzhilfen des Bundes konnten nach der Rückführung der krisenbedingten Hilfen auf dem Niveau von rund 6 Mrd. € ungefähr konstant gehalten werden. Zusätzlich erforderliche Hilfen im Rahmen der Energiewende wie die Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms sind damit im Volumen durch die Verringerung von Finanzhilfen an anderer Stelle nahezu kompensiert worden. Die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen liegen nach der Krise auf einem Niveau von knapp 16 Mrd. €. Der Anteil der Steuervergünstigungen an den Steuereinnahmen des Bundes ist in dieser Legislaturperiode kontinuierlich zurückgegangen und liegt auf dem niedrigsten Niveau seit 1999. Der Anteil der Finanzhilfen an den Ausgaben des Bundes hat sich seit 1999 mehr als halbiert.

Auch die Bundesverwaltung selbst hat durch eine Verringerung des Personalbestands zur Konsolidierung beigetragen. Der Stellenbestand des Bundes verringerte sich in dieser Legislaturperiode von über 262 000 Stellen im Jahr 2010 um mehr als 11 000 Stellen auf rund 251 000 Stellen im Jahr 2013. Die Bundesregierung hat damit

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT



schon mit dem Haushaltsjahr 2013 die im Kabinettbeschluss zum Bundeshaushalt 2011 beschlossene Einsparung von mehr als 10 000 Stellen bis 2014 erfolgreich umgesetzt. Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 wird der Personalbestand des Bundes gegenüber dem Jahr 2013 um weitere knapp 3 000 Stellen auf dann deutlich unter 249 000 Stellen verringert. Diese erfolgreiche Konsolidierung des Stellenbestandes zeigt, dass neue Stellen äußerst restriktiv gewährt wurden. Für erforderliche neue Aufgaben konnten und können, nicht zuletzt wegen der erfolgten Einsparungen, die erforderlichen Stellen weiterhin ausgebracht werden. Im Regierungsentwurf 2014 waren dies über 400 neue Stellen.

#### 5.5 Entwicklungszusammenarbeit

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert. Nach der vorläufigen OECD-Statistik hat Deutschland im Jahr 2012 insgesamt rund 13,1 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt.

#### 5.6 Entlastung der Kommunen

Die Kommunen insgesamt wiesen in finanzstatistischer Abgrenzung im Jahr 2012 einen Überschuss aus (+1,8 Mrd. €). Diese positive Entwicklung wurde nicht zuletzt von der kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung getragen, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Der Bund entlastet im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzkommission 2010/2011 der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags die Kommunen als örtliche Sozialhilfeträger bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von der erhöhten Erstattung durch den Bund (von ursprünglich 16 % auf 45 % im Jahr 2012, 75 % im Jahr 2013 und 100 % ab dem Jahr 2014) und der Umstellung des Erstattungsmodus von den Ausgaben des Vorvorjahres auf die Ausgaben des laufenden Kalenderjahres (ab 2013) profitieren insbesondere die finanzschwachen Kommunen. Die Entlastung durch den Bund

FINANZEN DES BUNDES AUF SOLIDEM FUNDAMENT

beträgt allein im Zeitraum 2012 bis 2016 insgesamt fast 20 Mrd. €.

Die Projektion des Bundesministeriums der Finanzen für den Stabilitätsrat geht für die Jahre 2013 bis 2017 jeweils von Überschüssen der Kommunen von insgesamt zwischen 4 Mrd. € und 5 Mrd. € aus. Diese Einschätzung wird von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt. Die positive Entwicklung der kommunalen Finanzsituation insgesamt stärkt die Kommunen als wichtigsten öffentlichen Investor.

#### 6 Fazit

Deutschland hat in den vergangenen Jahren seine öffentlichen Finanzen wieder auf ein solides Fundament gestellt. Dazu hat der Bund einen maßgeblichen Beitrag geleistet. 2010 lag das strukturelle Defizit des Bundes noch bei fast 2% des Bruttoinlandsprodukts. Für 2014 hat der Bund erstmals seit Jahrzehnten einen Haushalt aufgestellt, der einen strukturellen Überschuss aufweist. Dies konnte erreicht werden, obwohl der Bundeshaushalt nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise tief in den roten Zahlen stand.

Alle Fiskalregeln – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene – werden eingehalten, und zwar mit deutlichem Sicherheitsabstand. Deutschland hat sich mit der 2009 in das Grundgesetz aufgenommenen Schuldenregel bewusst einer starken Regelbindung bei der Neuverschuldung unterworfen. Die Finanzlage des Bundes im dritten Anwendungsjahr der Schuldenregel zeigt, dass diese wirkt. Dies festigt das Vertrauen nationaler und internationaler Anleger in die Bonität Deutschlands. Auch auf gesamtstaatlicher Ebene wird die Regelbindung weiter gestärkt. Ein unabhängiger Beirat wird künftig ergänzend zum Stabilitätsrat die Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels für Deutschland überwachen.

Die in dieser Legislaturperiode erreichte
Sanierung des Haushalts ist keine Laune
der Konjunktur. Sie ist das Ergebnis
einer Finanzpolitik, die Solidität und
Zukunftsorientierung zur Richtschnur
ihres Handelns macht. Durch konsequente
Ausgabendisziplin und konsequente
Verwendung von Mehreinnahmen zur
Reduzierung der Neuverschuldung hat der
Bund die Trendumkehr zu einer nachhaltigen
Konsolidierung geschafft. Dies ist ein
grundlegender Politikwechsel gegenüber den
vergangenen Jahrzehnten.

Wachstum und Beschäftigung entstehen in einem stabilen und verlässlichen Umfeld, das Zukunftsvertrauen erzeugt. Ohne solide Finanzen ist dies nicht zu erreichen, das zeigen die Erfahrungen der europäischen Krisenländer. Die Konsolidierung der vergangenen Jahre hat das Wachstum gestärkt, indem sie Ausgabendisziplin mit einer wachstumsfreundlichen Gestaltung der Ausgaben verbunden hat. So setzt die Bundesregierung gezielt Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Forschung, Familien und Infrastruktur bei gleichzeitig moderater Entwicklung der Gesamtausgaben.

Deutschland steht an der Schwelle zum Abbau des jahrzehntelang immer weiter gewachsenen Schuldenbergs. Innerhalb der kommenden vier Jahre ist eine Rückführung der Schuldenstandquote um über 10 Prozentpunkte auf 68 ½ % der Wirtschaftsleistung realistisch. Der Bund wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die erforderliche Trendumkehr bei den Ausgaben und bei der Neuverschuldung ist erreicht. Diese Strategie konsequent fortzuführen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Nur so können dauerhaft tragfähiges Wachstum gesichert und die demografischen Herausforderungen gemeistert werden.

VERÄUSSERUNG DES BUNDESANTEILS AN DER DUISBURGER HAFEN AG

# Veräußerung des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG

- Der Bund hat seinen 33,33 %igen Anteil an der Duisburger Hafen AG im Einvernehmen mit allen Verfahrensbeteiligten an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen verkauft.
- Der festgelegte Kaufpreis für den Drittelanteil des Bundes in Höhe von rund 47,7 Mio. € basiert auf einem unabhängigen Wertgutachten.
- Mit der Veräußerung zeigt der Bund, dass er seine Politik der verantwortungsvollen und erfolgreichen Veräußerung von Beteiligungen, an denen kein wichtiges Bundesinteresse mehr besteht, konsequent fortsetzt.

1	Einleitung	33
2	Beteiligung des Bundes an der Duisburger Hafen AG	33
3	Veräußerungsprozess des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG	
4	Fazit	3 5

### 1 Einleitung

Anfang September 2013 konnte die Veräußerung des von der Bundesrepublik Deutschland gehaltenen 33,33 %igen Anteils an der Duisburger Hafen AG an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (BVG) abgeschlossen werden. Die BVG hält damit zwei Drittel der Anteile am Unternehmen, zu einem weiteren Drittel ist die Stadt Duisburg beteiligt. Seit Frühjahr 2012 verhandelte der Bund - vertreten durch den Bundesfinanzminister – exklusiv mit dem Land Nordrhein-Westfalen über den Verkauf seiner Beteiligung, für die kein wichtiges Bundesinteresse mehr bestand. Der Veräußerungsprozess wies einige Besonderheiten auf. Hierüber und über die wichtigsten Etappen der Transaktion wird im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben.

# 2 Beteiligung des Bundes an der Duisburger Hafen AG

#### Duisburger Hafen AG

Die Duisburger Hafen AG ist die Eigentumsund Managementgesellschaft des Duisburger Hafens. Das Unternehmen bietet mit seinen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften für den Hafen- und Logistikstandort sogenannte Full-Service-Pakete im Bereich Infra- und Suprastruktur inklusive Ansiedlungsmanagement an. Ferner ist die Duisburger Hafen AG als Logistik-Dienstleister in den Bereichen Schienengüterverkehr, Transportkettenaufbau, Gebäude- und Produktmanagement sowie Verpackungslogistik tätig.

Der Duisburger Hafen ist eine der großen Handels- und Verkehrsdrehscheiben der Rhein-Ruhr-Region und als weltgrößter Binnenhafen

VERÄUSSERUNG DES BUNDESANTEILS AN DER DUISBURGER HAFEN AG

ein Zentrum der nordrhein-westfälischen Binnenwirtschaft. Mehr als 300 Firmen haben sich im Bereich des Hafens angesiedelt. Jedes Jahr fahren den Duisburger Hafen mehr als 20 000 Schiffe und etwa 20 000 Züge an. Per Schiff, Bahn und Lastwagen wurden in den Duisburger Häfen im vergangenen Jahr rund 110 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen. Aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen kommt dem Duisburger Hafen vor dem Hintergrund des zu erwartenden weiter stark wachsenden Verkehrsaufkommens eine immer größere verkehrspolitische Bedeutung zu. Gleichzeitig ist der Hafen ein bedeutender Arbeitgeber der Region.

#### Historisch bedingte Beteiligung des Bundes

Bei der Gründung der Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG 1926 waren das Land Preußen mit zwei Dritteln und die Stadt Duisburg mit einem Drittel Eigentümer der Duisburger Hafen AG. Durch das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der Preußischen Beteiligungen (Reichsvermögens-Gesetz) vom 16. Mai 1961 ist der Anteil des ehemaligen Landes Preußen an der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG auf den Bund übergegangen. Der Bund wiederum hat Anfang 1962 die Hälfte seines Anteils auf das Land Nordrhein-Westfalen übertragen. Seit diesem Zeitpunkt sind der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Duisburg jeweils zu einem Drittel Eigentümer der Duisburger Hafen AG.

#### Kein wichtiges Bundesinteresse gemäß Bundeshaushaltsordnung

Haushaltsrechtlich setzt die Beteiligung des Bundes an privaten Unternehmen das Bestehen eines wichtigen Bundesinteresses voraus (§ 65 Abs. 1 Nr. 1 Bundeshaushaltsordnung). Der Bund stellt hierzu seine Beteiligungen regelmäßig auf den Prüfstand. Das BMF berichtet dem Kabinett turnusmäßig mit dem "Bericht zur Verringerung von Beteiligungen des Bundes" über das Ergebnis der fortlaufenden Überprüfung des wichtigen Bundesinteresses. Für die Beteiligung des Bundes an der

Duisburger Hafen AG besteht ein solches wichtiges Bundesinteresse seit Längerem nicht mehr. "Der Betrieb von Häfen einschließlich aller Nebenanlagen und Bahnanlagen sowie die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, baulichen Anlagen und die Bestellung von Erbbaurechten" - so § 2 Abs. 1 der Satzung der Duisburger Hafen AG zum Gegenstand des Unternehmens - ist nicht durch den Bund zu gewährleisten. Die Beteiligungsverwaltung für den Bundesanteil am Hafen wurde deshalb vom Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen, Städtebau und Raumwesen auf das BMF übertragen. Auch der Bundesrechnungshof hatte den Bund zur Veräußerung der Beteiligung aufgefordert. Das BMF hat Anfang 2009 das Veräußerungsverfahren eingeleitet und mit der Umsetzung der dafür erforderlichen Verfahrensschritte begonnen.

### 3 Veräußerungsprozess des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG

#### Rahmenbedingungen für die Veräußerung des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG

Nach § 3 Nr. 2 der Satzung der Duisburger Hafen AG bedarf die Übertragung von Anteilen am Unternehmen der Zustimmung der Gesellschaft (vertreten durch den Vorstand) sowie einer Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats des Unternehmens. Diese Regelung stellte eine besondere Herausforderung für das angestrebte Verkaufsverfahren des Bundesanteils dar und machte ein konsensuales Vorgehen zwischen den Verfahrensbeteiligten erforderlich.

#### Wettbewerbliches Verfahren versus Vermögensübertragung der öffentlichen Hand

Der Bund strebte zunächst einen Verkauf seiner Anteile an der Duisburger Hafen AG im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsund Bietverfahrens an und leitete die hierzu erforderlichen Verfahrensschritte und

#### Analysen und Berichte

VERÄUSSERUNG DES BUNDESANTEILS AN DER DUISBURGER HAFEN AG

Abstimmungen mit den Mitgesellschaftern ein. Dieser Ansatz erwies sich aber vor dem Hintergrund der bestehenden satzungsmäßigen Zustimmungsvorbehalte als nicht durchsetzbar. Sowohl die Gesellschaft als auch die Mehrheit des Aufsichtsrates der Duisburger Hafen AG hatten im Verlauf des Veräußerungsprozesses signalisiert, dass die vollständige öffentliche Anteilseignerstruktur der Gesellschaft auch nach Veräußerung des Bundesanteils beibehalten werden solle. Im Januar 2012 haben Bund und Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam entschieden, Verkaufsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Anteile an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen zu veräußern, die sämtliche Beteiligungen des Landes verwaltet. Die Option eines öffentlichen Ausschreibungsund Bietverfahrens wurde somit nicht weiter verfolgt.

#### **Neutraler Gutachter**

Im Falle von Vermögensübertragungen der öffentlichen Hand ohne ein öffentliches Ausschreibungs- und Bietverfahren muss der Marktwert des Vermögenswertes durch Bewertungsgutachten nachgewiesen werden. Dies ergibt sich aus haushalts- und europarechtlichen Vorgaben. Bund und Land Nordrhein-Westfalen haben daher gemeinsam eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Erstellung eines Gutachtens zur Ermittlung des Unternehmenswertes der Duisburger Hafen AG beauftragt. Der Wert wurde - wie üblich - auf der Grundlage anerkannter Verfahrens- und Bewertungsregeln (IDW S1-"Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen" des Hauptfachausschusses des Instituts für Wirtschaftsprüfer in der Fassung vom 2. April 2008) ermittelt und war verbindliche Basis für den Kaufpreis des Bundesanteils. Im Rahmen des Wertgutachtens wurden zusätzliche Prüfungsschwerpunkte - insbesondere zur Beteiligungs- und Finanzierungsstruktur sowie zu den gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen des Unternehmens - vertieft behandelt.

Auf Basis des gutachterlich ermittelten Gesamtunternehmenswerts für die Duisburger Hafen AG zum Bewertungsstichtag 31. Dezember 2012 ergibt sich ein Kaufpreis für den Drittelanteil des Bundes in Höhe von rund 47,7 Mio. €.

#### Übertragung der Anteile

Die BVG und die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das BMF, haben am 19. Juli 2013 einen Aktienkaufvertrag über den Erwerb des Drittelanteils des Bundes an der Duisburger Hafen AG durch die BVG unterzeichnet. Die satzungsrechtlich erforderlichen Zustimmungen von Vorstand und Aufsichtsrat der Duisburger Hafen AG waren bereits vor der Unterzeichnung erteilt worden. Nach der Zustimmung des Bundeskartellamts zum Kauf und mit Eingang des Kaufpreises wurde der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Duisburger Hafen AG Anfang September 2013 auf die BVG übertragen (Closing). Die BVG hält nunmehr zwei Drittel der Anteile am Unternehmen, die Stadt Duisburg wird weiterhin zu einem Drittel an der Duisburger Hafen AG beteiligt sein.

#### 4 Fazit

Die Veräußerung des 33,33 %igen Anteils der Bundesrepublik Deutschland an der Duisburger Hafen AG an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Einvernehmen mit allen Verfahrensbeteiligten durchgeführt worden. Basis für den Kaufpreis war ein unabhängiges Wertgutachten. Im Rahmen des Verkaufsverfahrens wurden die berechtigten Belange und Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen und des betroffenen Unternehmens berücksichtigt. Der Bund folgt mit dem Verkauf haushaltsrechtlichen Vorgaben und zeigt, dass er seine verantwortungsvolle und erfolgreiche Politik der Veräußerung von Beteiligungen, an denen kein wichtiges Bundesinteresse mehr besteht, konsequent fortsetzt.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Wirtschaftswachstum im 2. Quartal wurde vor allem von der inländischen Nachfrage getragen. Eine wichtige Stütze war dabei der private Konsum. Auch die Ausrüstungsinvestitionen stiegen wieder an.
- Die "harten" Industrieindikatoren sind durch Sonderfaktoren bedingt weniger günstig in das
   3. Quartal gestartet.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich in saisonbereinigter Betrachtung fort. Die marginale
   Zunahme der Zahl der arbeitslosen Personen ist auf Sondereffekte zurückzuführen.
- Die jährliche Teuerungsrate auf der Konsumentenstufe hat sich vor allem aufgrund eines geringeren Anstiegs der Energiepreise mit 1,5 % deutlich abgeschwächt.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf Erholungskurs. Zwar ist die Industrie ungünstig in das 3. Quartal gestartet. Dafür waren aber teils Sondereffekte verantwortlich. Der Aufwärtstrend der Auftragseingänge und vor allem die mehrmalige Verbesserung der Stimmung in den Unternehmen (ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft) signalisieren, dass sich die konjunkturelle Erholung im 2. Halbjahr fortsetzen wird. Im laufenden Quartal dürfte die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität jedoch geringer ausfallen als im 2. Vierteljahr, das durch witterungsbedingte Nachholeffekte überzeichnet war.

So war im 2. Quartal das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kalender-, saison- und preisbereinigt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal angestiegen, nachdem zuvor wegen des langen und kalten Winters die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten – insbesondere im Baubereich – gedämpft waren. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wurde vor allem von positiven Impulsen der inländischen Verwendung getragen (+ 0,5 Prozentpunkte). Aber auch die Nettoexporte trugen rein rechnerisch leicht zum BIP-Anstieg bei (+ 0,2 Prozentpunkte). Der Konsum der privaten Haushalte erwies sich wiederum als eine wichtige Wachstumsstütze. Der Anstieg

um 0,5% (kalender-, saison- und preisbereinigt gegenüber dem Vorquartal) ist der höchste seit dem 3. Vierteljahr 2011. Der private Konsum profitierte dabei von der günstigen Arbeitsmarktsituation sowie Lohn- und Einkommenssteigerungen, die die Kaufkraft der privaten Haushalte begünstigten. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im 2. Quartal um nominal 0,8% gegenüber dem Vorquartal an. Aber auch eine spürbare Zunahme der Vermögens- und Gewinneinkommen der privaten Haushalte (+2,6% gegenüber dem Vorquartal) trug zur Expansion der verfügbaren Einkommen bei. Die Lohnsteigerungen sowie der Beschäftigungsaufbau schlugen sich auch in einer Erhöhung der Einnahmen aus Lohnsteuern nieder. Im Zeitraum Januar bis August 2013 weist das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) einen Anstieg um 4,9% auf.

Neben dem privaten Konsum trugen auch die Bruttoanlageinvestitionen zum BIP-Anstieg bei. Dabei haben die Investitionen in Bauten den witterungsbedingten Rückgang zum Beginn dieses Jahres im 2. Quartal mehr als aufgeholt (+2,6% nach -2,2% im 1. Quartal). Die Investitionen in Ausrüstungen konnten nach Rückgängen in sechs Quartalen in Folge erstmals wieder ansteigen (+0,9%). Nach

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Sektoren betrachtet stellt sich die Situation etwas differenzierter dar. So kam der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen ausschließlich aus den nichtstaatlichen Sektoren (+1,3%). Die Ausweitung der Bauinvestitionen ist vor allem auf den Staatssektor zurückzuführen. Der vergleichsweise deutliche Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im nichtstaatlichen Sektor könnte ein Beleg dafür sein, dass die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung allmählich aufgeben. Dabei sind die Rahmenbedingungen für Investitionen wie die expansive Geldpolitik und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für Investitionen weiterhin vorteilhaft.

Hinzu kommt, dass für die zweite Jahreshälfte mit einer moderaten weltwirtschaftlichen Aufhellung vor allem in den Industrieländern zu rechnen ist, die die Absatzperspektiven der Unternehmen im Ausland wieder verbessert. Darauf deuten vorlaufende Indikatoren wie der Anstieg des OECD Composite Leading Indicator und der globale Einkaufsmanagerindex, der deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle lag, hin. Auch eine Verbesserung der ifo-Exporterwartungen sowie ein deutlicher Aufwärtstrend der Auslandsnachfrage in der Industrie signalisieren eine günstigere Entwicklung der Ausfuhren. Vor diesem Hintergrund sind die Exportperspektiven für den weiteren Jahresverlauf als günstig einzustufen.

Zu Beginn des 3. Quartals neigten die nominalen Warenexporte jedoch zunächst noch zur Schwäche. Mit dem Rückgang im Juli sind sie in saisonbereinigter Betrachtung im Zweimonatsvergleich abwärtsgerichtet. Dies dürfte insbesondere auf die derzeit etwas geringere Dynamik des Wirtschaftswachstums in einigen Schwellenländern wie China und Brasilien sowie die immer noch schwache Entwicklung im Euroraum zurückzuführen sein, wenngleich hier eine anderthalbjährige Rezession zu Ende gegangen sein dürfte. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 lag das nominale Ausfuhrergebnis leicht unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus (Ursprungswerte - 0,5%). Dabei gingen die

Exporte in den Euroraum deutlich zurück (-2,9%), während die Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Euroraums (+1,5%) und in Drittländer zunahmen (+0,7%).

Die nominalen Warenimporte stiegen im Juli leicht gegenüber dem Vormonat an (saisonbereinigt). Im Zweimonatsvergleich zeigten sie eine Seitwärtsbewegung. Im Zeitraum Januar bis Juli gingen die Einfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr hingegen zurück (-1,3%). Am stärksten war der Importrückgang aus Drittländern (-3,7%), während Importe aus dem Euroraum nur leicht nachgaben (-0,4%). Einfuhren aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums wurden dagegen ausgeweitet (+1,4%).

Aus der Differenz der Ausfuhren und Einfuhren (nach Ursprungswerten) ergibt sich für den Zeitraum von Januar bis Juli ein Handelsbilanzüberschuss von 114,0 Mrd. €, der damit um 3,7 Mrd. € über dem entsprechenden Vorjahresniveau liegt. Auch der Leistungsbilanzüberschuss stieg im gleichen Zeitraum auf insgesamt 105,3 Mrd. € an. Im 1. Halbjahr betrug der Leistungsbilanzüberschuss 6,8 % des BIP (2012: 7,0%). Die in der ersten Jahreshälfte spürbare Verbilligung von Rohstoffen insbesondere von Rohöl – und der damit einhergehende deutliche Rückgang des Importpreisniveaus (1. Halbjahr - 2,2%) führte dazu, dass die Warenimporte in nominaler Rechnung niedriger ausgefallen sind (-1,6% gegenüber Vorjahr). Dies spiegelt sich auch in dem Importrückgang aus Drittländern wider. Insgesamt sanken die Importe damit stärker als die Exporte, was zu dem obengenannten Leistungsbilanzüberschuss beitrug.

Die "harten" Industrieindikatoren scheinen einen ungünstigen Start des Verarbeitenden Gewerbes in das 3. Quartal 2013 zu zeigen. Die Industrieproduktion wurde im Juli spürbar zurückgefahren (saisonbereinigt - 2,1% gegenüber dem Vormonat). Dabei ist jedoch etwa die Hälfte des Rückgangs der Industrieproduktion Brückentagseffekten geschuldet, die das Ergebnis im Juni

### $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	aaii Mari in %	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13	4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,1	+0,7	-0,5	+0,0	+0,7	+0,0	-1,6	+0,9		
jeweilige Preise	2 666	+2,2	+0,0	+0,7	+1,6	+1,8	+0,4	+3,4		
Einkommen										
Volkseinkommen	2 054	+2,1	-0,1	+1,0	+2,3	+1,5	+0,4	+3,9		
Arbeitnehmerentgelte	1 378	+3,9	+0,8	+0,5	+0,6	+3,8	+3,1	+2,5		
Unternehmens- und										
Vermögenseinkommen	677	-1,4	-1,9	+2,0	+5,9	-4,0	-4,2	+6,9		
Verfügbare Einkommen										
der privaten Haushalte	1 680	+2,3	+0,9	+0,1	+0,9	+1,9	+0,5	+2,4		
Bruttolöhne ugehälter	1 127	+4,2	+0,8	+0,7	+0,8	+4,0	+3,3	+2,7		
Sparen der privaten Haushalte	176	+1,6	-0,8	-0,8	+0,8	-1,1	-3,2	-2,2		
		2012			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd 6	aaü Vari	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	orjahr <sup>1</sup>		
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jun 13	Jul 13	Zweimonats- durchschnitt	Jun 13	Jul 13	Zweimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 097	+3,4	+0,6	-1,1	-1,0	-2,1	-0,0	-1,1		
Waren-Importe	909	+0,7	-1,0	+0,5	-0,0	-1,3	+0,9	-0,2		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,8	-0,4	+2,0	-1,7	+0,5	+0,1	-2,2	-1,1		
Industrie <sup>2</sup>	106,8	-0,6	+1,9	-2,1	+0,2	+0,5	-2,6	-1,0		
Bauhauptgewerbe	105,9	-1,0	+1,1	+2,7	+1,9	-1,5	+0,5	-0,5		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>2</sup>	105,8	-0,6	-0,7	-0,9	-1,6	-1,3	-2,6	-1,9		
Inland	104,8	-1,6	-0,9	+0,1	-0,4	-2,7	-3,4	-3,1		
Ausland	107,0	+0,4	-0,5	-1,8	-2,7	+0,1	-1,8	-0,9		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>2</sup>	103,2	-3,8	+5,0	-2,7	+3,3	+5,6	+2,0	+3,8		
Inland	100,8	-5,6	+3,5	-0,3	+2,4	+1,5	+0,6	+1,0		
Ausland	105,1	-2,3	+6,1	-4,5	+3,9	+8,6	+3,2	+5,9		
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+5,3		+3,3	+10,3		+7,2		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,2	-0,8	-1,4	-1,1	-2,4	+2,3	-0,0		

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorp	eriode saison	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.	ggu. voij. iii /s	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	-13	-7	+7	+56	+38	+41		
Erwerbstätige, Inland	41,61	+1,1	+12	+21		+233	+218			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,01	+1,9	+18			+348				
		2012	Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in %		Vorperio	le	Vorjahr				
	Index	ggu. vorj. III %	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13		
Importpreise	119,4	+2,1	-0,8	+0,3		-2,2	-2,6			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	+0,0	-0,1		+0,6	+0,5			
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	104,1	+2,0	+0,1	+0,5	+0,0	+1,8	+1,9	+1,5		
ifo Geschäftsklima			saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13		
Klima	+1,4	+7,3	+6,0	+1,5	+4,1	+4,5	+5,0	+7,6		
Geschäftslage	+5,0	+9,1	+8,5	+3,5	+8,7	+7,6	+8,9	+12,5		
Geschäftserwartungen	-2,2	+5,6	+3,6	-0,5	-0,3	+1,4	+1,1	+2,9		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, \ Deutsche \ Bundesbank, \ ifo \ Institut.$ 

überzeichnet haben. So ging die industrielle Erzeugung auch in allen drei Gütergruppen – Vorleistungs-, Konsum- und Investitionsgüter – zurück. Dabei verringerte sich die Herstellung von Investitionsgütern besonders deutlich (saisonbereinigt - 3,4 % gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsvergleich stieg die industrielle Erzeugung insgesamt jedoch gegenüber der entsprechenden Vorperiode marginal an. Die Produktion von Vorleistungsund Konsumgütern war dabei leicht aufwärtsgerichtet, und die Herstellung von Investitionsgütern stagnierte nahezu.

Der Umsatz in der Industrie war dagegen im Juli den dritten Monat in Folge rückläufig. Damit zeigte sich im Zweimonatsvergleich ein Abwärtstrend, der vor allem auf eine deutliche Verringerung der Auslandsumsätze zurückzuführen war, während die Inlandsumsätze nur leichte Einbußen verzeichneten. Der Abwärtstrend der Umsätze bei einem marginalen Anstieg der Industrieproduktion signalisiert einen Lageraufbau.

Auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe verringerten sich im Juli gegenüber dem Vormonat, nachdem die Nachfrage im vorangegangenen Monat stark angestiegen war. Eine Abschwächung der Auftragseingänge war angesichts des überdurchschnittlich hohen Volumens an Großaufträgen im Juni erwartet worden. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich bleibt die Entwicklung des Ordervolumens deutlich aufwärtsgerichtet. Sowohl das inländische als auch das ausländische Bestellvolumen werden dabei spürbar ausgeweitet. Insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern zeigt weiterhin einen Aufwärtstrend.

Die Erholung in der Industrie dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Dafür

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

 $<sup>^{3}</sup>$  Index 2010 = 100.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

sprechen zum einen die weiterhin deutlich aufwärtsgerichteten Auftragseingänge in der Industrie. Zum anderen signalisieren auch die Stimmungsverbesserungen im Verarbeitenden Gewerbe eine Fortsetzung der Produktionsausweitung im laufenden Quartal. Dabei verbesserte sich im August die ifo Geschäftslage den vierten Monat in Folge, und auch die Einschätzungen hinsichtlich der Produktionspläne, insbesondere im Investitionsgüterbereich, waren wesentlich optimistischer als vor einem Monat. Darüber hinaus stieg der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt (August) weiter an und erreichte den höchsten Wert seit Juli 2011.

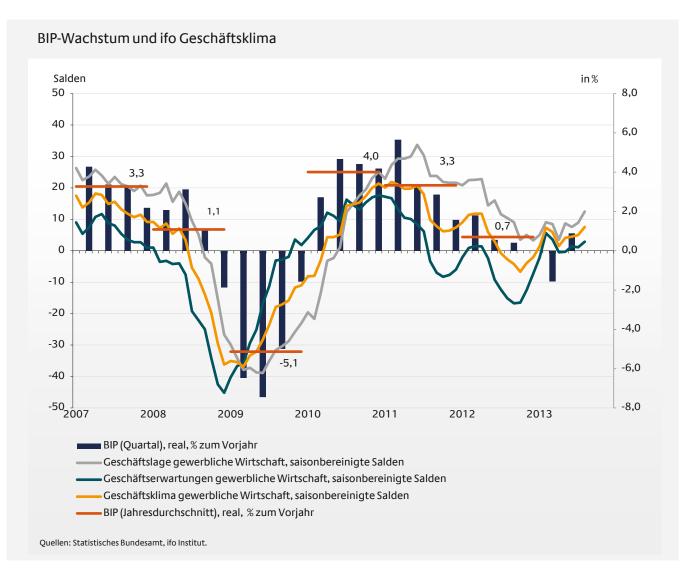
Die Bauproduktion setzte mit einem spürbaren Anstieg im Juli ihren Aufwärtstrend fort (saisonbereinigt + 2,7% gegenüber dem Vorquartal). Im Zweimonatsvergleich wurde nun der Rückgang vom Winterhalbjahr wieder nahezu aufgeholt. Dabei zeigen alle drei Sparten - Hochbau, Tiefbau und Ausbaugewerbe – in der Tendenz deutliche Verbesserungen. Die weitere Entwicklung lässt sich nur schwer einschätzen, da die vorlaufenden Indikatoren ein eher gemischtes Bild zeichnen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die bis Juni vorliegen, zeigen eine leichte Aufwärtsbewegung. Dabei verringerte sich der Neuzugang an Aufträgen im Tiefbau deutlich, während im Hochbau ein spürbarer Aufwärtstrend zu beobachten ist. Das ifo Geschäftsklima im Baugewerbe trübte sich bereits seit mehreren Monaten ein. Jedoch liegen die Ergebnisse – auch bei den Einschätzungen zur Lage und den Erwartungen – noch sehr deutlich über dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre. Insgesamt könnten die vorlaufenden Indikatoren damit eine moderate Ausweitung der Bautätigkeit im weiteren Jahresverlauf signalisieren. Zudem dürfte der Bau von der weiteren Belebung der Ausrüstungsinvestitionen profitieren.

Der Konsum der privaten Haushalte wird auch im 3. Quartal eine wichtige Stütze der

Konjunktur bleiben. So verbesserte sich das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel im Juli spürbar und lag im August nur marginal unter dem Vormonatsniveau. Dies signalisiert, dass die Einzelhändler von günstigeren Geschäften im Verlauf des 3. Quartals ausgehen. Auch die Stimmung der Konsumenten ist als sehr günstig einzuschätzen. Der Indikator GfK-Konsumklima hat sich im August weiter aufgehellt. Für den Monat September wird ein hohes Stimmungsniveau erwartet, das nur geringfügig unter dem Vormonatswert liegen dürfte. Damit übertrifft der Indikator insgesamt im 3. Quartal das Vorquartalsergebnis um 0,7 Prozentpunkte. Zuletzt (im August) stieg die Anschaffungsneigung deutlich auf ihr höchstes Niveau seit Ende 2006 an, während die Teilkomponenten Einkommens- und Konjunkturerwartungen etwas zurückgenommen wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese beiden Komponenten bereits hohe Niveaus erreicht haben. In der Tendenz sind beide Teilindikatoren gemessen an der saisonbereinigten Entwicklung – aufwärtsgerichtet. Das hohe Verbrauchervertrauen dürfte insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen (2. Quartal: +2,4% qeqenüber dem Vorjahr) zurückzuführen sein. Bei einer jährlichen Inflationsrate im 2. Quartal von im Durchschnitt 1,5% trug dies zu einer Erhöhung der Kaufkraft bei, die sich auch in dem deutlichen Anstieg der Anschaffungsneigung widerspiegelt.

Zudem ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin günstig. Der Beschäftigungsaufbau hat sich in saisonbereinigter Betrachtung im Juli gegenüber dem Vormonat leicht beschleunigt. Nach Ursprungswerten stieg die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) um 218 000 Personen gegenüber dem Vorjahr auf ein Niveau von 41,91 Millionen Personen an (+ 0,5 %). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde im Juni um saisonbereinigt 18 000 Personen gegenüber dem Vormonat leicht ausgeweitet (nach Hochrechnung

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



der Bundesagentur für Arbeit). Damit übertraf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Durchschnitt des 1. Halbjahrs 2013 das Niveau der letzten sechs Monate des vergangenen Jahres deutlich um 0,7% (rund + 200 000 Personen). Nach Ursprungswerten waren in der ersten Jahreshälfte 365 000 Personen beziehungsweise 1,3 % Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei war der Beschäftigungsaufbau bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) am höchsten, gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen und vom Verarbeitenden Gewerbe. Im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen wurde Personal reduziert.

Die Zahl der arbeitslosen Personen nahm saisonbereinigt marginal zu. Dies ist auf einen Sondereffekt zurückzuführen. So haben laut der Bundesagentur für Arbeit (BA) die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weniger entlastet als einen Monat zuvor. Im bisherigen Jahresverlauf zeigt sich insgesamt eine Seitwärtsbewegung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl. Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungswerten) lag im August bei 2,95 Millionen Personen, wobei das Vorjahresniveau um 41 000 Personen überschritten wurde. Die entsprechende Arbeitslosenquote blieb mit 6,8 % auf Vorjahresniveau.

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt sind gut. Die konjunkturelle Erholung nach der

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

vorangegangenen Schwächephase wird sich aller Voraussicht nach positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken. Darauf deuten die vorlaufenden Indikatoren hin. So stieg das ifo Beschäftigungsbarometer im August den zweiten Monat in Folge an. Insbesondere Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs wollen mehr Personal einstellen. Auch die mit dem Stellenindex der BA ermittelte Arbeitskräftenachfrage bleibt weiterhin sehr hoch. Allerdings ist wegen der bereits erreichten sehr hohen Beschäftigungsniveaus mit einer weiteren Verlangsamung des Erwerbstätigenanstiegs zu rechnen.

Der Preisniveauanstieg auf der Konsumentenstufe hat sich im August im Vorjahresvergleich deutlich abgeschwächt. So überschritt der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland das Vorjahresniveau um 1,5 %, nachdem der VPI zuvor um 1,9 % angestiegen war. Für die geringere Zunahme des Preisniveaus im Vorjahresvergleich sind die nur noch wenig angestiegenen Preise für Energiegüter (Haushaltsenergie und Kraftstoffe + 0,5%) verantwortlich. Belastend wirkt dagegen immer noch die Preisniveauentwicklung für Nahrungsmittel, wenngleich hier das Preisniveau im Vorjahresvergleich mit +4,9% etwas schwächer zunahm als im Vormonat (+5,7%).

Der Energiepreisanstieg wurde insbesondere durch die moderate Preisniveauentwicklung der Mineralölprodukte gedämpft. Dies ist vor allem auf einen Rückgang der Rohölpreise auf dem Weltmarkt im August im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen (-1,2% Ölpreis in USDollar pro Barrel der Sorte Brent). Der Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen dürfte noch mit witterungsbedingten Ernteverlusten im Zusammenhang stehen. Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel sind im Vorjahresvergleich eher abwärtsgerichtet, wie der Rückgang des Welt-Nahrungsmittelindex von Reuters (August: rund - 12% gegenüber dem Vorjahr auf Basis US-Dollar) zeigt.

Auch für den weiteren Verlauf dieses Jahres ist mit einem ruhigen Preisklima zu rechnen. Der Preisauftrieb für Konsumgüter bleibt voraussichtlich gedämpft, weil auf den vorgelagerten Stufen die Preisniveauentwicklung sehr moderat verläuft. So sind bei den Erzeugerpreisen bereits seit dem Frühjahr nur geringfügige Steigerungsraten im Vorjahresvergleich zu verzeichnen. Die Importpreise sind bereits seit Jahresanfang deutlich rückläufig. Dabei wirkt vor allem der Preisniveaurückgang bei Energieprodukten dämpfend. Die Erwartung einer weiterhin ruhigen Preisniveauentwicklung in Deutschland steht im Einklang mit den Einschätzungen der Konsumenten in der jüngsten GfK-Umfrage zum Konsumklima.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2013

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Monat August 2013 im Vergleich zum August 2012 um 2,4% gesunken. Dieser leichte Aufkommensrückgang ist zum überwiegenden Teil auf zwei Sondereffekte zurückzuführen: auf einen durch Einmaleffekte erhöhten Basiswert bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag aufgrund einer besonderen Dividendenausschüttung im Jahr 2012 sowie auf gestiegene Erstattungen für Vorjahre bei der Körperschaftsteuer. Die gemeinschaftlichen Steuern unterschritten das Vorjahresniveau damit insgesamt um circa 0,8 Mrd. € (-2,4%). Auch die Bundessteuern (-2,5%) und die Ländersteuern (-2,0%) hatten leichte Rückgänge aufzuweisen. Beim Bund (-4,6%) wirkten zusätzlich auch die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum höheren Abführungen an den EU-Haushalt einnahmemindernd. Die Kommission hat in diesem Monat von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, die ihr zustehenden Gelder wesentlich stärker auszuschöpfen als noch im gleichen Monat des Vorjahres. Das ist bedingt durch den höheren Mittelabfluss bei den Strukturfondsmitteln, der üblicherweise zum Ende einer auslaufenden Förderperiode (hier: Mehrjähriger Finanzrahmen 2007 bis 2013) auftritt. Die Länder blieben mit - 2,6% unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Betrachtet man den Gesamtzeitraum von Januar bis August 2013, stiegen die kumulierten Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) dagegen im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,6 % beziehungsweise 9,1 Mrd. € an. Sie liegen damit bezogen auf die Erwartungen der Steuerschätzung unverändert im Plan und spiegeln die weiterhin günstige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider. Die Einnahmen des Bundes konnten im Zeitraum Januar bis August 2013 die Einnahmen des Vorjahresniveaus fast erreichen (-0,1%). Der leichte Rückgang ist zum größten Teil auf die höheren EU-Abführungen zurückzuführen. Wie

hoch die jährlichen Eigenmittelabführungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt tatsächlich sind, lässt sich erst am Ende des Haushaltsjahres beziffern. Bei den Ländern wurde das Ergebnis des Vorjahres im Zeitraum Januar bis August 2013 um 2,6 % übertroffen. Zu dieser günstigeren Entwicklung trug auch der erhebliche Anstieg der Einnahmen aus den reinen Ländersteuern wesentlich bei. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+7,1%).

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im August 2013 um 3,5 % über dem Ergebnis vom August 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 0,6 %) blieben unter dem Niveau des Vorjahresvergleichsmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 3,3 % auf. Nach wie vor begünstigen das hohe Beschäftigungsniveau sowie Tariflohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen. Die gegenüber dem Durchschnitt der abgelaufenen Monate des Jahres 2013 relativ niedrige aktuelle Veränderungsrate im Vorjahresvergleich könnte auf die üblichen Schwankungen im Jahresverlauf zurückgeführt werden. Im Zeitraum Januar bis August 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,0%.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer ging im August 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat geringfügig um rund 0,1 Mrd. € zurück. Dies trifft aufgrund des sehr geringen Änderungsvolumens bei den Abzugsbeträgen (Investitionszulage, Eigenheimzulage und Arbeitnehmererstattungen) auch auf die veranlagte Einkommensteuer brutto zu. Sowohl die Vorauszahlungen als auch die Nachzahlungen und

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2013

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2013	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
2015	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	12 355	+3,5	101 429	+6,0	157 150	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	- 398	X	21 097	+19,3	40 400	+8,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	991	-40,0	13 748	-16,3	15 835	-21,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	511	-22,1	6 5 2 6	+4,6	8 3 6 0	+1,5
Körperschaftsteuer	- 555	Х	10 830	-1,3	18 860	+11,4
Steuern vom Umsatz	17 256	+3,4	129 511	+1,2	198 200	+1,8
Gewerbesteuerumlage	194	+9,4	2 070	+1,6	3 8 6 0	+0,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	77	+27,8	1 729	-0,6	3 2 7 9	-0,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 431	-2,4	286 940	+2,9	445 944	+2,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 255	-1,2	20 708	+0,1	39 500	+0,5
Tabaksteuer	1 263	-2,0	8 209	-1,9	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	157	-2,4	1 3 7 8	-1,9	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	1 166	+2,5	9214	+3,6	11350	+1,9
Stromsteuer	558	+9,1	4877	+4,4	7 000	+0,4
Kraftfahrzeugsteuer	662	-1,3	6 0 2 5	+0,4	8 500	+0,7
Luftverkehrsteuer	91	-3,3	596	-0,8	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	566	-49,6	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	785	-8,3	9019	+3,7	14000	+2,8
übrige Bundessteuern	113	-4,3	973	-3,5	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	8 050	-2,5	61 565	+0,2	100 282	+0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	395	-26,6	3 028	+3,1	4235	-1,6
Grunderwerbsteuer	766	+14,9	5 5 9 4	+15,2	8 260	+11,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	122	+6,3	1 108	+18,2	1 560	+9,0
Biersteuer	72	+12,6	447	-3,7	665	-4,5
Sonstige Ländersteuern	19	+2,0	290	+2,9	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 375	-2,0	10 467	+10,4	15 102	+6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	397	-4,3	2715	-6,7	4500	+0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	170	+5,9	1 709	+19,3	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 713	+22,9	17 696	+26,5	23 960	+20,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 281	+15,8	22 119	+20,7	30 610	+16,3
Bund <sup>3</sup>	18 741	-4,6	160 680	-0,1	258 709	+0,9
Länder <sup>3</sup>	17 032	-2,6	157 140	+2,6	241 917	+2,4
EU	2 281	+15,8	22 119	+20,7	30 610	+16,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 199	+1,9	21 747	+7,1	34 592	+5,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	40 253	-2,4	361 686	+2,6	565 828	+2,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup>Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2013.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM AUGUST 2013

die Erstattungen veränderten sich gegenüber dem Vorjahresmonat kaum. Bei den Arbeitnehmererstattungen nach § 46 EStG ergab sich eine leichte Zunahme um 0,5 %. In kumulierter Betrachtung für den Zeitraum Januar bis August 2013 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um beachtliche 19,3 %.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im Berichtsmonat August 2013 einen Rückgang um 0,9 Mrd. € auf nunmehr - 0,6 Mrd. € auf. Aus der Veranlagung der Vorjahre ergaben sich im Vergleich zum Vorjahresmonat niedrigere nachträgliche Vorauszahlungen. Auch die Nachzahlungen, die im Vorjahreszeitraum noch durch Nachzahlungen für frühere Jahre (insbesondere Betriebsprüfungsfälle) getrieben wurden, fielen im aktuellen Monat geringer als im Vergleichsmonat des Vorjahres aus. Bei den Erstattungen war hingegen eine Zunahme aus der laufenden Veranlagungstätigkeit zu verzeichnen. Das Aufkommensniveau der Körperschaftsteuer ist im Zeitraum Januar bis August 2013 um 1,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gesunken. Größeren Aufschluss über die weitere Entwicklung der Körperschaftsteuer wird allerdings erst der Monat September mit der Kassenwirksamkeit der dritten Rate der Vorauszahlungen bringen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto lagen im August durch einen statistischen Sondereffekt niedriger als im August des Vorjahres. Im Vorjahr hatte im August eine besondere Dividendenausschüttung stattgefunden, die bei der Kapitalertragsteuer zu Mehreinnahmen in Höhe von circa 1,0 Mrd. € führte. Durch Anrechnung im Rahmen der Körperschaftsteuer zu einem späteren Zeitpunkt ergab sich insgesamt kein Steuermehraufkommen aus diesem Vorgang. Im aktuellen Vorjahresvergleich ist damit allerdings bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag die Basis überhöht. Bei bereinigter Vorjahresbasis ergäbe sich dagegen ein Zuwachs im Bruttoaufkommen um circa 25%. Auch beim Kassenaufkommen der nicht

veranlagten Steuern vom Ertrag war das Aufkommen im Vorjahreszeitraum durch Sonderfälle insgesamt um mehr als 3,2 Mrd. € überzeichnet. Ohne diese Sonderfälle ergibt sich ein Zuwachs des Kassenaufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum von rund 4%.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge hat sich nach den deutlich beschleunigten Zuwächsen in den beiden Vormonaten im aktuellen Monat August um 22,1% verringert. In kumulierter Rechnung (Januar bis August 2013) wurde jedoch noch ein Aufkommenszuwachs von 4,6% erreicht. Dazu trug auch das Aufkommen aus der EU-Zinsrichtlinie (Quellensteuer) in Höhe von 255 Mio. € bei.

Die Steuern vom Umsatz stiegen im Berichtsmonat August 2013 um 3,4% gegenüber dem Vorjahresmonat an. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich nicht weiter fort. Hier wurde ein leichter Zuwachs um 2,4% gemeldet. Das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer stieg in Verbindung mit der positiven Entwicklung des inländischen Konsums um 3,8 %. Somit sind die Einnahmen der Steuern vom Umsatz - nachdem in den ersten vier Monaten des Jahres noch negative Zuwachsraten zu verzeichnen waren – in den vergangenen vier Monaten kontinuierlich angestiegen. Sie lagen im Zeitraum Januar bis August 2013 damit um 1,2 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Aufgrund der für das Gesamtjahr erwarteten Zunahme der aufkommensrelevanten Aggregate der Inlandsnachfrage kann auch für den weiteren Jahresverlauf von einer insgesamt positiven Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz ausgegangen werden.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im August 2013 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen von 2,5 %. Zum überwiegenden Teil ist dies auf den Rückgang bei der Kernbrennstoffsteuer zurückzuführen. Sie erzielte lediglich ein Aufkommen von 45 000 € (Vorjahresmonat: 120 Mio. €). Hier liegen jedoch bereits Informationen über

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM AUGUST 2013

den Austausch von Kernbrennstoffstäben im Rahmen von Revisionen vor, die voraussichtlich in den Folgemonaten aufkommenswirksam werden. Auch die Energiesteuer (-1,2%), die Tabaksteuer (-2,0%), der Solidaritätszuschlag (-8,3%), die Kraftfahrzeugsteuer (-1,3%) und die Luftverkehrsteuer (-3,3%) hatten in diesem Monat Mindereinnahmen gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zu verzeichnen. Von den großen Bundessteuern konnten im Monat August lediglich die Versicherungsteuer (+2,5%) und die Stromsteuer (+9,1%) das Vorjahresniveau übertreffen. Die Bundessteuern insgesamt erreichten im Zeitraum Januar bis August 2013 einen geringen Aufkommensanstieg von 0,2%.

Die reinen Ländersteuern unterschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 2,0%. Die Grunderwerbsteuer konnte ausgehend von einem hohen Vorjahresstand nochmals einen Zuwachs von 14,9 % verzeichnen. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer ging hingegen von einem ungewöhnlich hohen Vorjahresniveau um 26,6 % zurück. Die hieraus resultierenden Mindereinnahmen konnten auch durch die positive Entwicklung bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 6,3%), der Feuerschutzsteuer (+3,5%) und der Biersteuer (+12,6%) nicht kompensiert werden. Im Zeitraum Januar bis August 2013 verzeichnen die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Anstieg von 10,4%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013

#### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August 2013 beliefen sich auf 206,8 Mrd. € und lagen damit um 1,9 Mrd. € (+ 0,9 %) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Mehrausgaben insbesondere wegen der auf Grundlage des ESM-Vertrags im Mai erfolgten Bereitstellung einer weiteren Rate (4,3 Mrd. €) des deutschen Anteils am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus stehen Minderausgaben in anderen Bereichen gegenüber.

#### Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 176,3 Mrd. € im Betrachtungszeitraum Januar bis August 2013 um 1,2 Mrd. € (+ 0,7%) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen lagen mit 160,1 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Betrachtungszeitraum um 1,2 Mrd. € (+ 7,9%) gegenüber dem Ergebnis bis einschließlich August 2012 auf 16,2 Mrd. € an.

#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen ist hinsichtlich der voraussichtlichen Neuverschuldung dieses Jahres noch mit Unwägbarkeiten behaftet. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungssaldo in Höhe von -30,4 Mrd. € ableiten.

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> August 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	206,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,9
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	176,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	160,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-30,4
Finanzierung durch:	22,8	25,4	30,4
Kassenmittel (Mrd. €)		-	23,3
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,5	25,1	7,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	II <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung
	20	13	Januar bis August 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	46 270
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	3 718
Verteidigung	32 807	10,6	20772
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	9 2 2 3
Finanzverwaltung	3 878	1,3	2 49
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	11 72
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	1 886
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	5 630
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	102 585
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	71 92
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 1
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	21 85
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	13 29
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,5	3 340
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	4 42
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	1 60
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	93
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	1 37.
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	0,6	1 22
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	33
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,	4 589	1,5	2 61
Dienstleistungen Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	37
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und			
Baugewerbe	1 576	0,5	131
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	8 78
Straßen	7 196	2,3	3 86
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	2 38
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	32 41
Zinsausgaben	31 596	10,2	27 94
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	206 80

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	ll <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis August 2012	Januar bis August 2013	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	191 546	189 566	-1,0
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	19 279	19 611	+1,7
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	14017	14218	+1,4
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	5 263	5 3 9 4	+2,5
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	13 761	13 449	-2,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	772	864	+11,9
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10396	3,4	5 735	4 621	-19,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	7 254	7 964	+9,8
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	27 522	27 941	+1,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	130 659	128 182	-1,9
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	11 574	12 228	+5,7
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	119 127	115 968	-2,7
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	16 241	17 215	+6,0
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,5	18 135	18 493	+2,0
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	80 327	74 955	-6,7
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	325	383	+17,8
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	13 341	17 236	+29,2
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	9 466	13 597	+43,6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,7	8 189	8 188	-0,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	1 278	1 010	-21,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	4 400	>
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	3 875	3 638	-6,1
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	3 285	3 086	-6,1
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	448	425	-5,
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	141	128	-9,2
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	204 887	206 802	+0,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

### $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2013

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Sol	l <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	201	2	201	3	Januar bis August 2012	Januar bis August 2013	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	160 108	160 112	+0,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	131 202	134 806	+2,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	62 818	65 608	+4,
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	38 877	41 481	+6,
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	7514	8 965	+19,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10028	3,5	7 742	2,7	8 196	6 8 7 6	-16,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	2 745	2 871	+4,
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	5 486	5 415	-1,
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	67 540	68 341	+1,
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	844	858	+1
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	20 696	20 708	+0,
Tabaksteuer	14 143	5,0	14450	5,1	8 3 6 8	8 209	-1,
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	8 696	9019	+3,
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	8 894	9214	+3,
Stromsteuer	6 9 7 3	2,5	6 400	2,2	4673	4877	+4,
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 3 0 5	2,9	6 0 0 2	6 025	+0,
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	1 122	566	-49,
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1 406	1 380	-1,
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	685	660	-3,
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	601	596	-0,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10 842	-3,8	-5 671	-5317	-6
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-13 989	-17 696	+26,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 432	-1 709	+19,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-4723	-4794	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6744	-6744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	15 010	16 190	+7,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 0	1,6	5 5 1 1	1,9	3 064	3 3 3 8	+8,
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	202	101	-50
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	2 074	3 137	+51
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	175 118	176 302	+0,

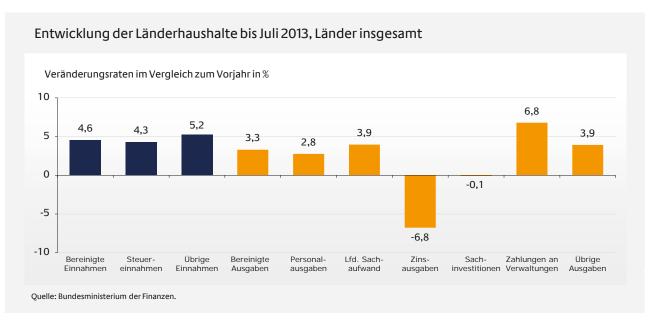
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2013.

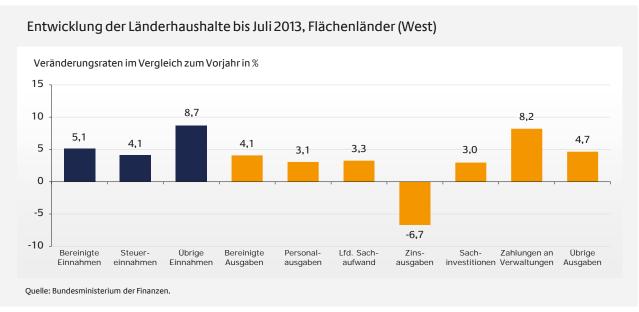
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013

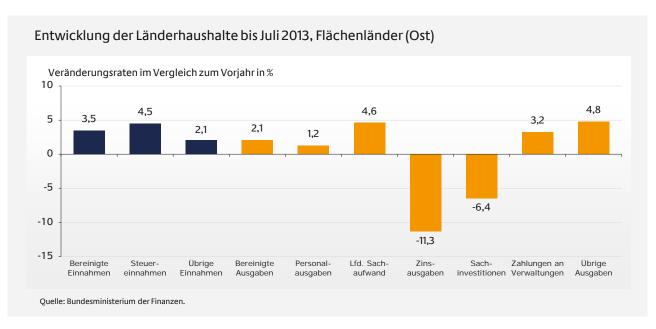
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juli 2013 vor.

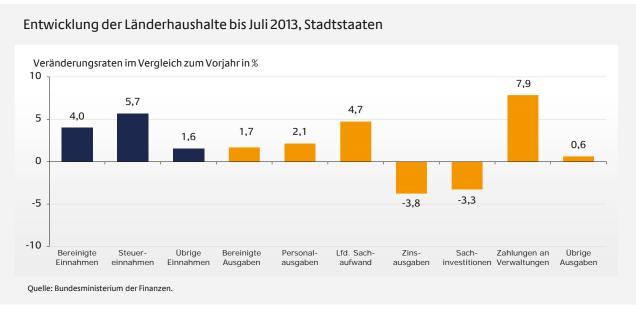
Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 %, während die Einnahmen um 4,6 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,3 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt mit rund 2,7 Mrd. € um rund 1,9 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 3,02 % (2,99 % im Juli).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende August 1,84% (1,67% Ende Juli).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende August auf 0,23 % (0,23 % Ende Juli).

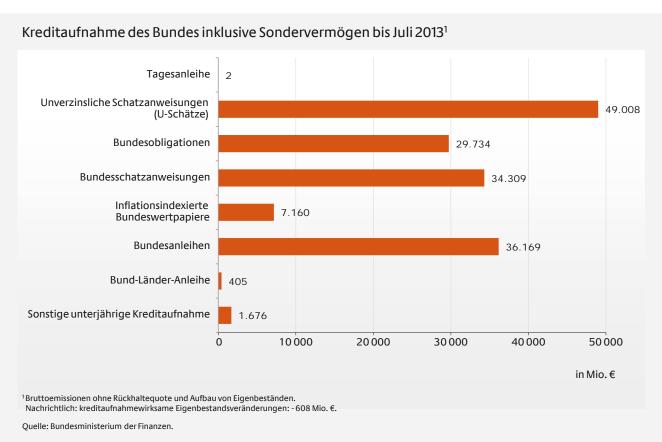
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 5. September 2013 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,50 %, 1,00 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 8 103 Punkte am 30. August (8 276 Punkte am 31. Juli). Der Euro Stoxx 50 fiel von 2 768 Punkten am 31. Juli auf 2 721 Punkte am 30. August.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli bei 2,2 % nach 2,4 % im Juni und 2,9 % im Mai. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Mai bis Juli 2013 bei 2,5 %, verglichen mit 2,8 % in der Vorperiode.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Euroraum belief sich im Monat Juli auf - 1,2% gegenüber - 1,1% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,10 % im Juli gegenüber 1,69 % im Juni.

#### Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Juli 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 158,5 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 150,4 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 7,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 1,7 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf von

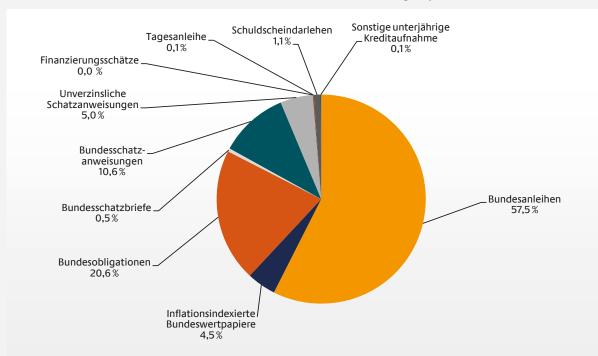
Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 0,6 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 182,4 Mrd. € (davon 154,5 Mrd. € Tilgungen und 27,9 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 23,9 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 149,2 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes, von 6,6 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 2,6 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.





 $Kreditmarktmittel\ des\ Bundes\ einschließlich\ der\ Eigenbestände: 1136,5\ Mrd.\ \in;\ darunter\ Eigenbestände: 41,9Mrd.\ eigenbestände: 41,9Mrd.\$ 

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	11,0	-	-	-						11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	22,0						46,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-						17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	-						35,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	7,0						41,0
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3						1,3
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,1
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0						0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	-						2,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	29,4						154,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	12,3						27,9

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	3. Juli 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Aufstockung	10. Juli 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	17. Juli 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	31. Juli 2013	30 Jahre fällig/4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	7. August 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	14. August 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN 113743	Neuemission	21. August 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114164	Neuemission	4. September 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE00011002325 WKN 110232	Neuemission	11. September 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	ca. 5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN113743	Aufstockung	18. September 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	ca. 5 Mrd. €	
			3. Quartal 2013 insgesamt	ca. 43 Mrd. €	

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119865 WKN 111986	Neuemission	8. Juli 2013	6 Monate/fällig 15. Januar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119873 WKN 111987	Neuemission	22. Juli 2013	12 Monate/fällig 23. Juli 2014	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119881 WKN 111988	Neuemission	12. August 2013	6 Monate/fällig 12. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119899 WKN 111989	Neuemission	26. August 2013	12 Monate/fällig 27. August 2014	ca.3 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119907 WKN 111990	Neuemission	9. September 2013	6 Monate/fällig 12. März 2014	ca.3 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119915 WKN 111991	Neuemission	23. September 2013	12 Monate/fällig 24. September 2014	ca.3 Mrd.€	
			3. Quartal 2013 insgesamt	ca. 20 Mrd. €	

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 1030534	Aufstockung	9. Juli 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			3. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 13. und 14. September 2013 in Vilnius

Die Eurogruppe billigte die Auszahlung der zweiten Tranche des Hilfskredits für Zypern in Höhe von 1,5 Mrd. €, nachdem die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) in ihrem Bericht die planmäßige Umsetzung des makroökonomischen Anpassungsprogramms bestätigt hatte. Zypern habe entscheidende Schritte zur Finanzsektorstabilisierung, zur Erreichung der Fiskalziele und zur Umsetzung der Strukturreformen unternommen.

Die Troika berichtete außerdem über die aktuelle Lage in Portugal. Die nächste Überprüfungsmission durch die Troika hat Mitte September begonnen.

Die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen im Euroraum wurden insgesamt positiv bewertet. Die wirtschaftliche Situation habe sich verbessert, und das Vertrauen der Marktteilnehmer kehre zurück. Um die wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden, gelte es weiterhin, die beschlossenen Strukturreformen konsequent umzusetzen.

Das informelle Treffen des ECOFIN-Rates am 13. und 14. September in Vilnius diente dem informellen Austausch der Wirtschafts- und Finanzminister zu den Schwerpunkten europäische Bankenunion, Verbesserung der KMU-Finanzierung und Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Formelle Beschlüsse oder Ratsschlussfolgerungen können bei informellen Tagungen nicht gefasst werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion zum Thema Bankenunion stand der jüngste Vorschlag der EU-Kommission für einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus.

Hierzu fand ein erster Austausch auf Ministerebene statt. Insbesondere zu der gewählten Rechtsgrundlage und zur Rolle der EU-Kommission zeichnete sich weiterer Beratungsbedarf ab. Ein weiterer Diskussionsgegenstand waren die Stresstests und Bilanzbewertungen für Finanzinstitute, die 2014 im Zusammenhang mit der Errichtung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus bei der EZB geplant sind. Aus Sicht der Bundesregierung ist es wichtig, dass die Stresstests glaubwürdig sind. Die Kriterien müssen klar, eindeutig und streng sein. Sollten sich bei einzelnen Banken Kapitallücken zeigen, sind diese zunächst durch die Eigentümer und die Gläubiger zu schließen. Die Vorgaben des EU-Beihilfenrechts sind einzuhalten.

Die Minister haben sich außerdem eingehend mit Möglichkeiten zur Verbesserung der KMU-Finanzierung befasst. In einigen Mitgliedstaaten haben kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Schwierigkeiten, bei den Geschäftsbanken die für die Aufrechterhaltung und den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit erforderlichen Kredite zu erhalten. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU-Kommission hatten daher in ihrem gemeinsamen Bericht für den Europäischen Rat am 27. und 28. Juni 2013 verschiedene Optionen vorgeschlagen, um über Garantien beziehungsweise Verbriefungen die KMU-Darlehensversorgung zu verbessern.

Um die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung voranzutreiben, haben die ECOFIN-Minister ein politisches Bekenntnis zu einem weltweit einheitlichen Standard für den automatischen Informationsaustausch im Bereich der

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

direkten Steuern abgelegt. Der OECD-Standard, der aktuell entwickelt wird, soll bei den laufenden Arbeiten zur Revision der EU-Amtshilferichtlinie berücksichtigt werden. Die sogenannte G5 (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien und Spanien) hatten vorab ein entsprechendes Positionspapier eingebracht.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

10./11. Oktober 2013	TreffenderG20-Finanz ministerund-Notenbank gouverneureinWashington
11 13. Oktober 2013	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington
14./15. Oktober 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
24./25. Oktober 2013	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. November 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. Dezember 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. Dezember 2013	Europäischer Rat in Brüssel

## Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013	
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013	
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

#### Publikationen des BMF

#### Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes (im Jahr 2012)

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	65
1	Kreditmarktmittel	65
2	Gewährleistungen	66
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	67
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2012 bis 2017	71
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2012 bis 2017	72
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013	74
0	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
8 9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
9 10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
10	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Steder- und Abgabenquoten	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	99
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	99
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Juli 2013	. 100
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2013	. 102
Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	106
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	. 107
2	Produktionspotenzial und -lücken	. 108
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 109
4	Bruttoinlandsprodukt	
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
Q	Proise and I öhne	110

Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	120
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	120
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	122
4	Einkommensverteilung	123
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	124
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	125
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	126
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	127
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	128
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	129
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	130
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	134

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:			
	30. Juni 2013	Zunanne	Abhanne	31. Juli 2013			
Gliederung nach Schuldenarten							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	50 000	1 000	0	51 000			
Anleihen <sup>1</sup>	671 000	4 000	22 000	653 000			
Bund-Länder-Anleihe	0	405	0	405			
Bundesobligationen	230 000	4 000	0	234 000			
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	5 890	0	332	5 557			
Bundesschatzanweisungen	116 000	5 000	0	121 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	57 221	6 999	7 002	57217			
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	103	0	18	85			
Tagesanleihe	1 516	0	17	1 499			
Schuldscheindarlehen	12 022	0	30	11 992			
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 125	0	0	1 125			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 144 877			1 136 882			

	Stand:		Stand:
	30. Juni 2013		31. Juli 2013
Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	205 135		207 948
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	366 991		366 074
langfristig (mehr als 4 Jahre)	572 752		562 859
Kreditmarktmittel insgesamt	1 144 877		1 136 882

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $<sup>^2</sup> Bundess chatzbriefe \, der \, Typen \, A \, und \, B.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 30. Juni 2013	Belegung am 30. Juni 2012
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	131,1	122,1
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	41,7	41,4
FZ-Vorhaben	12,5	5,6	4,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,4	108,2
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	95,3

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

		Central Government Operations							
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme		
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
				in Mio	. €/€ m				
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-		
	November	-	-	-	-	-	-		
	Oktober	-	-	-	-	-	-		
	September	-	-	-	-	-	-		
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050		
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954		
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7		
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176		
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213		
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780		
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168		
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222		
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480		
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749		
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178		
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697		
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379		
	Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408		
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515		
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195		
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298		
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406		
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254		
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250		
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343		
2011	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280		
	Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712		
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244		
	August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851		
	Juli	185 285	150 535	-34709	-4344	162	-30 202		
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335		
		129 439	102 355	-27 051	9300	94	-36 257		
	Mai	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544		
	April	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554		
	März	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841		
	Februar								
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861		

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governm	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
<b>2010</b> Deze	ember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
Nove	ember	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Okto	ber	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
Sept	ember	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
Augi	ust	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli		188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni		155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai		129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April		107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	Z	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Febr	uar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Janu	ar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
<b>2009</b> Deze	ember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
Nove	ember	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Okto	ber	243 983	204784	-39 150	-14675	188	-24 287
Sept	ember	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
Augi	ust	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli		176 517	148 441	-28 039	-9391	134	-18 514
Juni		141 466	126776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai		120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April		101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März		78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Febr		57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Janu		39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen <sup>1</sup>
			Gewanneistungen			
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
2311	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	_
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	_
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	_
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	_
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
		234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Februar Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		Central Government Debt					
	Kr	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten Outstanding debt					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed		
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt			
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn		
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343		
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-		
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-		
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336		
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-		
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-		
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335		
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-		
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-		
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311		
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-		
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-		
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341		
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-		
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-		
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328		
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-		
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-		
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325		
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-		
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-		
März	214171	306 352	482 537	1 003 060	319		
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-		
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017 Gesamtübersicht

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll <sup>1</sup>	Entwurf		Finanzplan	
			Mr	d <b>.</b> €		
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+1,1	-4,7	+1,4	+2,9	+3,0
2. Einnahmen <sup>2</sup>	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+2,0	+0,2	+1,5	+3,6	+2,9	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,2	+1,8	+3,1	+4,0	+4,9	+2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+43,0	-4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Gem.\,BHO\,\S\,13\,Absatz\,4.2\,ohne\,M\"unzeinnahmen.}$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll <sup>1</sup>	Entwurf		Finanzplan	
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20619	20 825	20624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 2 8 9	10 501	10561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10 324	10063	9719	9515	9 3 3 7
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7774	7861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2 716
Militärischer Bereich	4889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	10396	10 174	10 143	10 279	10395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14158	14318	14595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 6 2 6	6 747	11828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	170 644	162 852	164203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26307	26 456	26 492	26 885	27 114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1874	1 878
an Ausland	5 017	5 372	5 792	5 307	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll <sup>1</sup>	Entwurf		Finanzplan	
			in Mi	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5917	5 7 7 6	5719	5 5 6 2
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14692	16 019	16 150	15 982	15 799
an Verwaltungen	5 789	4800	4788	4761	4712	4 651
Länder	5 152	4737	4709	4 676	4624	4 566
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85
Sondervermögen	581	1	1	1	1	
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148
Sonstige - Inland	6 2 3 4	6396	6379	6 550	6 475	6 362
Ausland	3 501	3 497	4851	4839	4 795	4786
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129
Ausland	348	424	449	447	449	450
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1744	1 773	1 668	1 629
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 735	3 001	1744	1 772	1 668	1 629
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 3 3 0	1384	1 269	1 204
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 8 6 2	4486	1	1	95
Inland	0	175	143	1	1	95
Ausland	10 304	8 687	4343	0	0	(
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340
Darunter: Investive Ausgaben	36324	34804	29 658	25 153	24871	24731
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013<sup>1</sup>

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				n Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	-	7 900
02	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4885	541	183	-	4161
03	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16 244	-	1 036
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4039	2 470	1 235	-	334
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2 614	597	-	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165
13	Hochschulen	4794	3 880	11	10	-	3 859
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dql.	2 675	2 672	-	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	-	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 5	485	854	-	6976
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	805	-	2	-	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	_	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013<sup>1</sup>

Fuel No.	Aurobarana	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	1.002	2.000		14.076	14.040
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie		905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung		585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung		411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52		411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	_	3	3

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013<sup>1</sup>

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1810	407	722	-	681
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013<sup>1</sup>

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen		30	1 350	1 380	1380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4396	25	4 421	4421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 0 6 2
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen		38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.		-	-	-	-
88	Globalposten		-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes Antoil am Finanziorungdaaldo dos	/0	0,1	111,2	00,2	07,0	·	7.5,5	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

·									
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1</sup>
				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 25
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12
öffentl. Gesamthaushalts <sup>4</sup>		14,5	14,0	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	- 4
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38
Steuereinnahmen <sup>2</sup>	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	- 68,8	-2 254,1	-111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	- 84,9	- 126
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>4</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2013.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

 $<sup>^4</sup>$  Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	776,2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,2
davon:							
Bund <sup>2</sup>							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	63,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	1,3
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	353,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-21,4
Länder <sup>3</sup>							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-5,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	48,4	44,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-0,4	0,6
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	-	-	-	-	-	319,6	323,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	308,9	317,9
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-10,6	-5,6
Gemeinden <sup>4</sup>							
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,3	12,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	-	-	_	-	-	-1,2	-0,9
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>						-,-	-,0
Ausgaben	-		_	-	-	194,2	196,6
Einnahmen		_	_		_	191,3	197,5
Finanzierungssaldo	_	_	_		_	-2,9	0,9

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Veränderung	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,5
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-15,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,1
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	_	-	-	-	-	-	3,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Seit\,dem\,Jahr\,2011\,werden\,die\,Extrahaushalte\,nach\,dem\,Schalenkonzept\,finanzstatistisch\,dargestellt.$ 

Stand: September 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^3\,\</sup>text{Kernhaushalte:}\,\text{bis}\,2010\,\text{Rechnungsergebnisse.}\,\text{Kern-und}\,\text{Extrahaushalte:}\,2011\,\text{und}\,2012\,\text{Kassenergebnisse.}$ 

 $<sup>^4\,</sup>Kernhaushalte: bis\,2011\,Rechnungsergebnisse; 2012\,Kassenergebnisse.\,Extrahaushalte: 2011\,und\,2012\,Kassenergebnisse.$ 

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

	Steueraufkommen											
			dav	on								
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern							
Jahr		in Mrd. €		in	%							
	Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990											
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4							
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7							
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2							
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7							
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4							
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2							
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5							
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7							
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2							
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3							
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1							
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0							
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7							
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9							
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6							
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5							
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3							
		Bundesrepublil	Deutschland									
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1							
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0							
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8							
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7							
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2							
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8							
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6							
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0							
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1							

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steueraufl	kommen		
	inagaaamt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 <sup>2</sup>	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 <sup>2</sup>	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9
2014 <sup>2</sup>	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2
2015 <sup>2</sup>	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4
2016 <sup>2</sup>	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9
2017 <sup>2</sup>	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgre	enzung der Finanzst	atistik <sup>3</sup>
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquot
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,3
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,7	37,7	22,0	15,8
2012	40,0	23,2	16,8	38,4	22,5	15,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jaili	ilisgesallit	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11
1965	37,1	25,4	11
1970	38,5	26,1	12
1975	48,8	31,2	17
1980	46,9	29,6	17
1985	45,2	27,8	17
1990	43,6	27,3	16
1991	46,2	28,2	18
1992	47,1	27,9	19
1993	48,1	28,2	19
1994	48,0	28,0	20
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	20
1995	54,9	34,3	20
1996	49,1	27,6	21
1997	48,2	27,0	21
1998	48,0	26,9	21
1999	48,2	27,0	21
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	21
2000	45,1	23,9	21
2001	47,6	26,3	21
2002	47,9	26,2	21
2003	48,5	26,4	22
2004	47,1	25,8	21
2005	46,9	26,0	20
2006	45,3	25,4	19
2007	43,5	24,5	19
2008	44,1	25,0	19
2009	48,3	27,2	21
2010	47,9	27,5	20
2011	45,2	25,7	19
2012	44,7	25,3	19

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 <sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $<sup>^4 {\</sup>it Ohne Schulden "ubernahmen"} (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der {\it DDR}).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte		-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	2082
Kassenkredite		-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 767	1 454 116	1 524 802	1 573 816	1 583 661	1 652 598	1 768 91
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-			-			7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0
nachrichtlich:							0,
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	68,0	65,2	66,8	74
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.\\$ 

 $\label{thm:quellen:Quellen:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$ 

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		in Mic	o. €		in	% der Schulden insgesamt	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 677	2 025 438	2 068 289	100,0	100,0	100,0
Bund							
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583	1 287 517	64,0	63,2	62,3
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270	1 273 179	63,2	62,8	61,6
Kassenkredite		16 256	7313	14338	0,8	0,4	0,7
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401	1 072 882	51,5	51,5	51,9
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088	1 058 939	50,8	51,2	51,2
Kassenkredite		13 454	7313	13 943	0,7	0,4	0,7
Extrahaushalte		251 813	236 181	214635	12,5	11,7	10,4
Wertpapierschulden und Kredite	62 531	249 012	236 181	214 240	12,4	11,7	10,4
Kassenkredite	2 998	2 802	-	395	0,1	0,0	0,0
im Einzelnen:							
Entschädigungsfonds	0	-	-	-	-		
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	15 500	14 500	11 000	11 000	0,7	0,5	0,5
SoFFin (FMS)	36 540	28 552	17 292	20 450	1,4	0,9	1,0
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991	21 232	21 265	0,7	1,0	1,0
FMS-Wertmanagement	0	191 968	186 480	161 520	9,5	9,2	7,
Sonstige Extrahaushalte des Bundes		-	177	5	-	0,0	0,
Kassenkredite		2 802	-	395	0,1	0,0	0,0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		2 802		395	0,1	0,0	0,0
Länder							
Kern- und Extrahaushalte	526357	600 110	615 399	644 929	29,8	30,4	31,2
Wertpapierschulden und Kredite		595 180	611 651	638 626	29,6	30,2	30,
Kassenkredite		4930	3 748	6 3 0 4	0,2	0,2	0,
Kernhaushalte		524 162	532 591	538 389	26,1	26,3	26,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371	535 322	25,8	26,1	25,
Kassenkredite		4835	3 220	3 067	0,2	0,2	0,
Extrahaushalte		75 948	82 808	106 541	3,8	4,1	5,
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280	103 303	3,8	4,1	5,0
Kassenkredite		95	528	3 237	0,0	0,0	0,2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		in Mic	o. €		ir	n % der Schulden insgesamt	
Gemeinden							
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte	82 787	123 569	129 633	135 178	6,1	6,4	6,5
Wertpapierschulden und Kredite		84363	85 613	87 758	4,2	4,2	4,2
Kassenkredite		39 206	44 020	47 419	1,9	2,2	2,3
Kernhaushalte		115 253	121 092	126 331	5,7	6,0	6,1
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 283	79 169	3,8	3,8	3,8
Kassenkredite		38 927	43 808	47 162	1,9	2,2	2,3
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602	1675	1680	0,1	0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626	1 632	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52	49	48	0,0	0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6867	7 166	0,3	0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6322	6 486	6704	6 9 5 7	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227	163	210	0,0	0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung							
Kern- und Extrahaushalte	567	539	823	665	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite		539	765	661	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	58	4	0,0	0,0	0,0
Kernhaushalte		506	735	627	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735	627	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	0	0	0,0	0,0	0,0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32	88	38	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30	34	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	58	4	0,0	0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)							
je Einwohner		24 607	24771	25 725			
Maastricht-Schuldenstand	1 768 919	2 056 089	2 085 181	2 166 278			
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2374,2	2495,0	2609,9	2666,4			
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	80 233 104	80 399 253			

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup> Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extrahaushalte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz} \mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozial versicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{auf sicht}.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012
		in% d	es BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		80,6	77,6	77,6
Bund				
Kern- und Extrahaushalte		51,6	49,0	48,3
Wertpapierschulden und Kredite	43,5	51,0	48,7	47,7
Kassenkredite		0,7	0,3	0,5
Kernhaushalte		41,5	40,0	40,2
Wertpapierschulden und Kredite	41,0	41,0	39,7	39,7
Kassenkredite		0,5	0,3	0,5
Extrahaushalte		10,1	9,0	8,0
Wertpapierschulden und Kredite	2,6	10,0	9,0	8,0
Kassenkredite		0,1	0,0	0,0
im Einzelnen:				
Entschädigungsfonds	0,0	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		0,6	0,4	0,4
SoFFin (FMS)		1,1	0,7	0,8
Investitions- und Tilgungsfonds		0,6	0,8	0,8
FMS-Wertmanagement		7,7	7,1	6,1
Sonstige Extrahaushalte des Bundes		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0,1	0,0	0,0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		0,1	0,0	0,0
Länder				
Kern- und Extrahaushalte	22,2	24,1	23,6	24,2
Wertpapierschulden und Kredite		23,9	23,4	24,0
Kassenkredite		0,2	0,1	0,2
Kernhaushalte		21,0	20,4	20,2
Wertpapierschulden und Kredite	21,0	20,8	20,3	20,1
Kassenkredite		0,2	0,1	0,1
Extrahaushalte		3,0	3,2	4,0
Wertpapierschulden und Kredite	1,2	3,0	3,2	3,9
Kassenkredite		0,0	0,0	0,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012
		in%d	es BIP	
Gemeinden				
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte	3,5	5,0	5,0	5,1
Wertpapierschulden und Kredite		3,4	3,3	3,3
Kassenkredite		1,6	1,7	1,8
Kernhaushalte		4,6	4,6	4,7
Wertpapierschulden und Kredite	3,2	3,1	3,0	3,0
Kassenkredite		1,6	1,7	1,8
Zweckverbände <sup>3</sup>		0,1	0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	0,1	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		0,0	0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		0,3	0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		0,0	0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung				
Kern- und Extrahaushalte		0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0,0	0,0	0,0
Kernhaushalte		0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0,0	0,0	0,0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0,0	0,0	0,0
Maastricht-Schuldenstand	74,5	82,4	79,9	81,2

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup> Z weckverbände des Staatssektors \, unabhängig \, von \, der \, Art \, des \, Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extrahaushalte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz} \mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozialver} \mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes} \mathrm{aufsicht}.$ 

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	iftlichen Gesam	trechungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt³
		in Mrd.€		i	n Relation zum BIP i	า%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 <sup>4</sup>	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,1	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26,2	-1,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebniss; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $<sup>^{\</sup>rm 5}$  Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>3</sup>	2014 <sup>3</sup>	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	-0,2	0,0	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,6	-3,8	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,2	-0,3	-0,3	0,2	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,8	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,5	-4,5	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,7	-3,6	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,2	-5,9	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,4	-6,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	-0,4	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,3	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,3	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 $<sup>^2 \, \</sup>text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Prognosewerte.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land		in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,4	80,4	81,9	81,1	78,6		
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,6	101,4	102,1		
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,2	10,1	10,2	9,6		
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,3	156,9	175,2	175,0		
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	84,2	91,3	96,8		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,4	85,8	90,2	94,0	96,2		
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,8	92,1	106,4	117,6	123,3	119,5		
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,3	120,8	127,0	131,4	132,2		
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	85,8	109,5	124,0		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	20,8	23,4	25,2		
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,4	67,4	70,3	72,1	73,9	74,9		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	71,2	74,6	75,8		
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,5	73,4	73,8	73,7		
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,7	94,0	108,3	123,6	123,0	124,3		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	52,1	54,6	56,7		
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,1	61,0	66,5		
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,0	56,2	57,7		
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	80,0	85,6	88,0	92,7	95,5	96,0		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	18,5	17,9	20,3		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,7	42,7	46,4	45,8	45,0	46,4		
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,9	44,4	41,9	40,7	43,2	40,1		
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	40,7	40,1	39,4		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6	57,5	58,9		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	34,7	37,8	38,6	38,5		
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,4	38,4	38,2	40,7	39,0		
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,8	48,3	50,1		
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	79,2	79,7	78,9		
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	67,8	79,4	85,5	90,0	95,5	98,7		
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,1	86,9	89,8	90,6		
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	210,2	215,0	232,0	237,5	243,6	242,9		
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	89,5	98,7	103,1	107,6	110,6	111,3		

 $Quellen:\ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$ 

1 Prognosewerte Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $<sup>^{1}</sup>$  Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011				
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1				
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1				
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4				
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2				
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2				
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2				
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9				
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0				
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2				
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1				
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-				
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-				
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5				
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5				
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8				
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8				
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6				
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3				
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5				
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	ısgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>2</sup>	2014 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4
Malta	-	-	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9
Zypern	_	_	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8
Polen	_	_	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0
Rumänien	_	_	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8
Schweden	_	_	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8
Euroraum	-	_	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Prognosewerte.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		EU-Hausl	nalt 2011 <sup>1</sup>		EU-Haushalt 2012 <sup>2</sup>					
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen		
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1		
4. EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1		
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4		
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

# noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	-215,8
4. EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

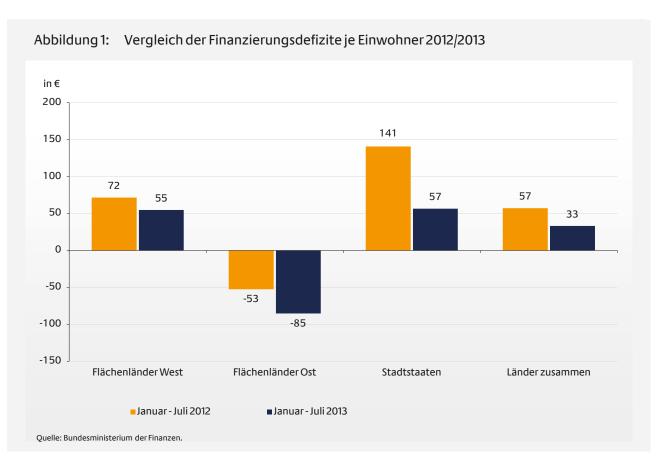
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	ider (Ost)	Stadtsta	aaten	Länder zus	ammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist			
		in Mio. €									
Bereinigte Einnahmen	213 620	125 912	52 488	29 714	36 915	22 208	296 403	173 58			
darunter:											
Steuereinnahmen	167 466	97 564	30 145	17 241	23 565	13 341	221 176	128 14			
Übrige Einnahmen	46 154	28 348	22 343	12 473	13 350	8 867	75 227	45 44			
Bereinigte Ausgaben	224 382	129 325	52 944	28 644	38 531	22 533	309 237	176 2			
darunter:											
Personalausgaben	87 640	51 504	13 032	7372	11 146	7 186	111819	66 0			
Lfd. Sachaufwand	14 449	7 9 5 4	3 808	2 041	8 3 3 4	5 3 7 4	26 591	1530			
Zinsausgaben	12 852	8 140	2 635	1516	3 948	2 296	19 435	119			
Sachinvestitionen	4 401	1 660	1 755	578	799	310	6 955	2 5			
Zahlungen an Verwaltungen	65 320	36 655	18 220	10307	814	514	77 733	43 23			
Übrige Ausgaben	39 720	23 412	13 495	6830	13 489	6 853	66 704	370			
Finanzierungssaldo	-10 762	-3 414	- 456	1 070	-1 605	- 325	-12 823	-2 6			



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2013

						in Mio.€				
			Juli 2012			Juni 2013			Juli 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	153 957	166 025	308 083	132 239	150 902	273 365	156 321	173 588	317 846
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	151 850	159 292	311 142	129 947	145 263	275 210	153 089	166 570	319 659
111	Steuereinnahmen	140 815	122 847	263 662	120 691	111 972	232 663	141 617	128 145	269 762
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 590	29 699	31 289	1 057	27 121	28 179	1319	31 025	32 344
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 427	1 427	-	1 398	1 398	-	1 3 9 8	1 398
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 106	6734	8 840	2 292	5 639	7 931	3 232	7 018	10 250
121	Veräußerungserlöse	853	603	1 456	1 486	171	1 658	1 749	188	1 93
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	742	380	1 121	1 397	69	1 466	1 645	69	1 715
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	354	3 914	4267	288	2 877	3 165	497	3 822	4319
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	184 344	170 626	343 071	150 687	150 808	291 719	185 785	176 257	349 978
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	172 618	157 190	329 808	137 596	139 362	276 958	170 077	162 353	332 430
211	Personalausgaben	16818	64 285	81 103	14904	56 569	71 473	17 271	66 062	83 333
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4943	18 948	23 892	4 433	16 835	21 268	5 117	19872	24989
212	Laufender Sachaufwand	11 381	14786	26 166	9 2 2 4	12 846	22 070	11 114	15 3 6 9	26 483
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	5 989	9 569	15 558	5 606	8 211	13 817	6 686	9877	16 563
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	28 129	12 820	40 949	15 776	10918	26 694	27 822	11 952	39 77
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 225	36 076	46 301	9321	33 560	42 881	10857	38 488	49 346
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	32	32	-	- 167	- 167	-	- 98	- 98
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6	33 491	33 496	4	31 646	31 650	4	36 107	36 11
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	11 726	13 436	25 162	13 091	11 446	24 537	15 708	13 903	29 61
221	Sachinvestitionen	3 104	2 550	5 654	2 142	1 992	4134	2 8 7 9	2 547	5 42
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 681	4411	7 092	1 842	3 9 7 6	5 818	2 593	4743	7 33!
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	11 412	13 101	24513	12 829	11 126	23 955	15361	13 425	28 78

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2013

		in Mio. €									
			Juli 2012			Juni 2013			Juli 2013		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-30 335 <sup>2</sup>	-4 601	-34 936	-18 410 ²	94	-18 316	-29 418 ²	-2 668	-32 087	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	154 793	44 27 1	199 064	119 219	38 709	157 928	147 230	46 058	193 288	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	149 385	56 985	206 370	120 586	54922	175 508	148 184	60 970	209 15	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	5 408	-12 714	-7 306	-1 367	-16213	-17 580	- 954	-14912	-15 86	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	5 438	6511	11 948	-3 439	5 224	1 785	15 688	6 162	21 85	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	20 054	20054	-	19 758	19 758	-	20 310	2031	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-5 378	-6 781	-12 159	3 449	-2 677	771	-15 687	-7 054	-22 74	

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>{}^2</sup> Einschlie {\tt Blich} \ haus haltstechnische \ Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2013

						in Min. C				
Lfd.	Danalahawan	Baden-	p 3	Branden-		in Mio. € Mecklbg	Nieder-	Nordrh	Rheinl	C
Nr.	Bezeichnung	Württ.	Bayern <sup>3</sup>	burg	Hessen	Vorpom.	sachsen	Westf.	Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	22 470	28 174 ª	5 983	12 428	3 909	15 863	32 286	7 626	1 94
11	Einnahmen der laufenden Rechung	21 823	27 074 b	5 456	12 087	3 625	15 364	31 137	7 322	191
111	Steuereinnahmen	16913	21 720	3 432	9 928	2 115	12 041 4	25 795	5 563	1 35
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 777	2 597	1 625	1 446	1 273	1 934	3 695	1 229	48
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	110	-	88	92	- 22	44	2
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	259	-	267	167	79	113	4
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	648	1 100 °	527	341	284	499	1 149	304	3
121	Veräußerungserlöse	0	0	4	8	3	3	5	57	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	3	-	57	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	383	606	135	292	110	415	650	142	2
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	23 308	26 289 <sup>d</sup>	5 602	13 405	3 954	15 490	34 829	8 599	2 33
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	21 580	23 980 <sup>d</sup>	5 0 1 1	12 398	3 459	14711	31 977	7 808	2 17
211	Personalausgaben	9 809	11 631	1 426	4782	1 005	5 8 5 5 <sup>2</sup>	12 771 <sup>2</sup>	3 5 1 0	90
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 3 1 2	3 450	131	1 587	72	1 944	4 493	1 145	36
212	Laufender Sachaufwand	1 049	1 934 <sup>e</sup>	326	1 065	257	1 033	1 908	581	10
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	976	1 536 <sup>e</sup>	279	857	226	801	1 411	490	8
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 191	723 <sup>f</sup>	304	1 001	210	1 027	2 648	697	35
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 343	7 097	2 001	3 562	1 289	4368	8 256	1 834	34
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	1 265	2 347	-	994	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5 001	4677	1 701	2 524	1 094	4 2 3 6	8 078	1 795	34
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1728	2 309	591	1 007	495	779	2 853	792	16
221	Sachinvestitionen	276	711	32	294	101	122	154	34	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	752	765	181	410	148	151	1184	287	4
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 618	2 248	591	977	495	779	2 694	747	15

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2013

			•			in Mio. €	•			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 837	1 885 <sup>g</sup>	381	- 977	- 45	373	-2 543	- 974	- 391
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 551	1 251 <sup>h</sup>	1 603	2 890	778	1 209	10 798	4116	996
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 277	2 684 <sup>i</sup>	3 451	4 4 9 1	754	3 240	11 306	5 772	977
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 726	-1 433 <sup>j</sup>	-1 848	-1 601	24	-2 031	- 509	-1 656	19
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	230	1 415	-	-	-	964	88
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 114	6396	88	1 171	437	2 253	2 266	4	613
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 989	-	- 745	-1 407	602	140	751	- 964	241

 $<sup>^{1}</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 254,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 254,1 Mio. €, g 475,9 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2013

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	9 381	5 323	5 577	5 118	13 614	2 410	6 184	173 588		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	8 729	5 007	5 404	4799	13 093	2 357	6 084	166 570		
111	Steuereinnahmen	5 714	2 936	4 2 4 9	3 045	7 137	1 267	4937	128 145		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 651	1816	779	1516	4757	849	597	31 025		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	200	110	51	110	532	89	- 26	1 398		
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	543	317	58	318	2 286	250	5			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	652	316	172	319	521	53	100	7 018		
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	4	91	0	6	188		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	69		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	417	127	92	145	166	43	73	3 822		
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	8 688	5 363	5 526	5 037	12 951	2 784	6 798	176 257		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	7 673	4 985	5316	4683	12 379	2 593	6332	162 353		
211	Personalausgaben	2 2 1 0	1 385	2 248	1 3 4 6	4 2 6 7	839	2 080	66 062		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	135	119	825	101	1 150	289	759	19 872		
212	Laufender Sachaufwand	549	567	285	343	3 107	449	1818	15 369		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	395	187	236	204	1 331	204	656	987		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	205	407	498	390	1 386	432	478	11 952		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 828	1 536	1 655	1 721	172	86	95	38 488		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	- 98		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 374	1 252	1 532	1 477	5	7	12	36 10		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 015	378	210	354	572	191	466	13 903		
221	Sachinvestitionen	255	93	47	97	97	21	192	2 54		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	366	136	57	102	44	76	40	4 74:		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 015	378	209	354	519	185	466	13 42		

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	693	- 40	51	81	663	- 373	- 615	-2 668
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 366	1 296	963	4 235	6 491	2517	46 058
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	752	2 943	1 804	1 097	6 209	6 773	2 440	60 970
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 752	423	- 508	-134	-1 974	- 282	77	-14912
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 852	-	-	551	734	327	6 162
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 460	75	-	100	433	524	1 377	20 310
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 004	- 435	435	- 543	- 599	- 538	-7 054

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 254,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 254,1 Mio. €, g 475,9 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013

#### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmenund Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (s. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die

- gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn\_123210/DE/BMF\_\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?\_\_nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)		badgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 791,4	-22,3	0,210	-4,7
2015	2 890,7	2 875,0	-15,7	0,210	-3,3
2016	2 968,3	2 961,1	-7,2	0,210	-1,5
2017	3 049,8	3 049,8	0,0	0,210	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken			
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3
1981	1 413,9	+2,2	889,2	+6,5	9,4	0,7	5,9	0,7
1982	1 442,2	+2,0	948,5	+6,7	-24,5	-1,7	-16,1	-1,7
1983	1 470,7	+2,0	994,5	+4,8	-30,8	-2,1	-20,8	-2,1
1984	1 500,7	+2,0	1 034,9	+4,1	-20,1	-1,3	-13,9	-1,3
1985	1 531,7	+2,1	1 078,8	+4,2	-16,7	-1,1	-11,8	-1,1
1986	1 566,6	+2,3	1 136,4	+5,3	-16,9	-1,1	-12,3	-1,1
1987	1 603,4	+2,4	1 178,0	+3,7	-32,0	-2,0	-23,5	-2,0
1988	1 643,4	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,8	-0,8	-10,3	-0,8
1989	1 689,4	+2,8	1 298,5	+5,8	3,8	0,2	2,9	0,2
1990	1 739,8	+3,0	1 382,6	+6,5	42,4	2,4	33,7	2,4
1991	1 793,2	+3,1	1 469,1	+6,3	80,0	4,5	65,5	4,5
1992	1 847,7	+3,0	1 595,5	+8,6	61,3	3,3	52,9	3,3
1993	1 896,3	+2,6	1 702,7	+6,7	-6,4	-0,3	-5,8	-0,3
1994	1 936,2	+2,1	1 781,8	+4,6	0,4	0,0	0,4	0,0
1995	1 970,8	+1,8	1 850,2	+3,8	-1,8	-0,1	-1,7	-0,1
1996	2 002,2	+1,6	1 891,7	+2,2	-17,6	-0,9	-16,7	-0,9
1997	2 031,8	+1,5	1 924,6	+1,7	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,7	-0,2	-4,4	-0,2
1999	2 093,3	+1,5	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1
2000	2 126,7	+1,6	2 016,6	+0,9	32,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 159,6	+1,5	2 070,9	+2,7	32,3	1,5	31,0	1,5
2002	2 190,7	+1,4	2 130,8	+2,9	1,5	0,1	1,4	0,1
2003	2 2 1 9, 1	+1,3	2 182,1	+2,4	-35,2	-1,6	-34,6	-1,6
2004	2 247,2	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7
2005	2 274,6	+1,2	2 274,6	+1,8	-50,2	-2,2	-50,2	-2,2
2006	2 304,2	+1,3	2 311,4	+1,6	2,5	0,1	2,5	0,1
2007	2 334,2	+1,3	2 379,6	+3,0	47,9	2,1	48,9	2,1
2008	2 362,4	+1,2	2 427,1	+2,0	45,5	1,9	46,7	1,9
2009	2 384,0	+0,9	2 478,0	+2,1	-99,5	-4,2	-103,5	-4,2
2010	2 408,3	+1,0	2 526,5	+2,0	-28,9	-1,2	-30,3	-1,2
2011	2 438,1	+1,2	2 578,4	+2,1	13,4	0,6	14,2	0,6
2012	2 472,4	+1,4	2 648,8	+2,7	-4,6	-0,2	-4,9	-0,2
2012	2 506,4	+1,4	2 731,5	+3,1	-27,4	-1,1	-29,9	-1,1
2013	2 539,8	+1,4	2 813,7	+3,0	-20,2	-0,8	-23,3	-0,8
2014	2 568,9	+1,1	2890,7	+2,7	-14,0	-0,5	-15,7	-0,8
2015	2 597,1		2 968,3		-6,3		-7,2	-0,5
2016	2 627,1	+1,1	3 049,8	+2,7	0,0	-0,2 0,0	0,0	0,0

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,4	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,4	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,5	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,2	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,4	0,4	0,4
2012	+1,4	0,4	0,6	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,1	0,6	0,2	0,4
2016	+1,1	0,6	0,0	0,4
2017	+1,2	0,7	0,0	0,4

 $<sup>^1</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

## 

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt'	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1960	689,7		166,7			
961	721,6	+4,6	186,4	+11,8		
962	755,3	+4,7	207,0	+11,1		
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9		
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9		
965	872,6	+5,4	266,9	+9,7		
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7		
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8		
968	942,9	+5,5	298,5	+9,8		
969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1		
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8		
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0		
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0		
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4		
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2		
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8		
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4		
977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6		
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7		
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6		
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9		
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9		
994	1 936,6	+2,5	1782,2	+5,0		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7		
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4		
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0		
998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5		
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1		

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

# noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nomina	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 467,7	+0,7	2 643,9	+2,0
2013	2 478,9	+0,5	2 701,6	+2,2
2014	2 519,6	+1,6	2 791,4	+3,3
2015	2 555,0	+1,4	2 875,0	+3,0
2016	2 590,8	+1,4	2 961,1	+3,0
2017	2 627,1	+1,4	3 049,8	+3,0

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).$ 

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
960	54632			59,9	32 275	
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
 1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
 1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7	
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3	
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6	
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9	
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3	
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1	
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6	
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7	
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2	
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1	
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6	
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4	
2012	63 205	-0,0	69,4	69,5	41 613	+1,1	
2013	63 108	-0,2	69,7	69,8	41 813	+0,5	
2014	62 884	-0,4	70,0	70,0	41 933	+0,3	
2015	62 587	-0,5	70,3	70,3	42 016	+0,2	
2016	62 250	-0,5	70,6	70,6	42 100	+0,2	
2017	61 957	-0,5	70,9	70,9	42 184	+0,2	
2018	61 734	-0,4	71,1	71,1			
2019	61 507	-0,4	71,4	71,3			
2020	61 381	-0,2	71,6	71,6			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
1960			2 165	•	25 095	,	1,4	
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,7
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,:
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,!
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 3 1 9	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,!
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,0
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,3
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,:
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,:
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
1996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden in % ggü. Vorjahr		Stunden in % ggü. Vorjahr		in Tsd. in % ggü. Vorjahr		personen	INAVVKO
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 402	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,8
2011	1 399	-0,2	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,3
2012	1 396	-0,2	1 397	-0,7	37 067	+1,2	5,3	5,7
2013	1 395	-0,1	1 389	-0,6	37 287	+0,6	5,1	5,1
2014	1 394	-0,0	1 393	+0,3	37375	+0,2	4,8	4,5
2015	1 394	+0,0	1 394	+0,1	37 450	+0,2	4,5	4,2
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 524	+0,2	4,2	4,1
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 599	+0,2	4,0	4,0
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1				
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	427,8	-2,5	2,4
2013	12 528,5	+1,1	426,9	-0,2	2,3
2014	12 661,0	+1,1	444,3	+4,1	2,5
2015	12 798,6	+1,1	456,7	+2,8	2,5
2016	12 947,8	+1,2	469,4	+2,8	2,5
2017	13 106,0	+1,2	482,5	+2,8	2,5

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4395
1981	-7,4270	-7,4295
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4076
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3679
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3365
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2838
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2533
1994	-7,2351	-7,2406
1995	-7,2238	-7,2295
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2101
1998	-7,2001	-7,2010
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1631
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1469
2005	-7,1532	-7,1395
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1114
2011	-7,1084	-7,1070
2012	-7,1083	-7,1026
2013	-7,1071	-7,0978
2014	-7,0982	-7,0924
2015	-7,0900	-7,0865
2016	-7,0822	-7,0801
2017	-7,0745	-7,0734

## 

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987						
1988	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7		+1,9		
1990	79,5	+2,9	74,9 77,1	+3,9	728,0 787,6	+4,6
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

## 

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,1	+1,3	110,2	+1,6	1 375,5	+3,7
2013	109,0	+1,7	112,1	+1,7	1 416,3	+3,0
2014	110,8	+1,7	114,2	+1,9	1 459,7	+3,1
2015	112,5	+1,6	116,2	+1,7	1 499,4	+2,7
2016	114,3	+1,6	118,2	+1,7	1 539,8	+2,7
2017	116,1	+1,6	120,2	+1,7	1 581,3	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbsta	ätige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,1	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,3	17,9

 $<sup>^{1}</sup>$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\,</sup> Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,9	+1,1	-0,4	+1,4	+1,5	+1,6	+2,1

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2</sup> Arbeit nehmer entgelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,8	+4,6	146,0	163,7	48,0	42,1	5,8	6,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	V	eränderung in % p.a	1.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	70,8	70,8		•
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,8	-0,4	+3,0	65,9	67,3	+2,2	+0,6

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver\"{a}nderung}$  in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Lond					jährliche\	Veränderun	ıgen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8
Belgien	+1,7	+3,1	+22,9	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,3	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+3,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+2,0	+0,0	-0,1	+1,1
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,7	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	-2,6	+2,9	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8
Niederlande	+2,5	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,9	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2
Bulgarien	-	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,7	+1,6	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+3,7	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,1	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,7	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Fr\"{u}hjahrsprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ Mai\ 2013.$ 

Stand: Mai 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Prognosewerte.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderungei	n in %		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2013.

<sup>1</sup>Prognosewerte.

Stand: Mai 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,6	8,0	8,0
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	13,8	16,9	12,5	10,2	9,7	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,0	27,0	26,4
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,6	10,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	12,0	13,9	14,7	14,7	14,2	13,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,7	11,8	12,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	5,4	6,3	7,9	11,9	15,5	16,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,1	5,5	5,8
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,4	6,3	6,1
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,3	6,9	7,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,9	18,2	18,5
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	14,0	14,5	14,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,9	10,0	10,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	9,6	10,1	10,2	11,4	12,2	12,1
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,3	12,5	12,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,5	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	14,9	13,7	12,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	13,6	18,0	15,3	13,3	11,8	10,5
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	8,1	9,7	9,7	10,1	10,9	11,4
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,0	6,9	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,6	7,8	8,0	8,3	8,1
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,5	7,4
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,9	11,4	11,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,9
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	11,1	11,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,3	4,3	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,1	7,7	7,2

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Prognosewerte.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no ruttoinlan	ominalen idprodukts	<b>i</b>
	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,6
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,8
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,9
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,6
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,3
Malaysia	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,7
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,1
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,0
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,5
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,2
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,6
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

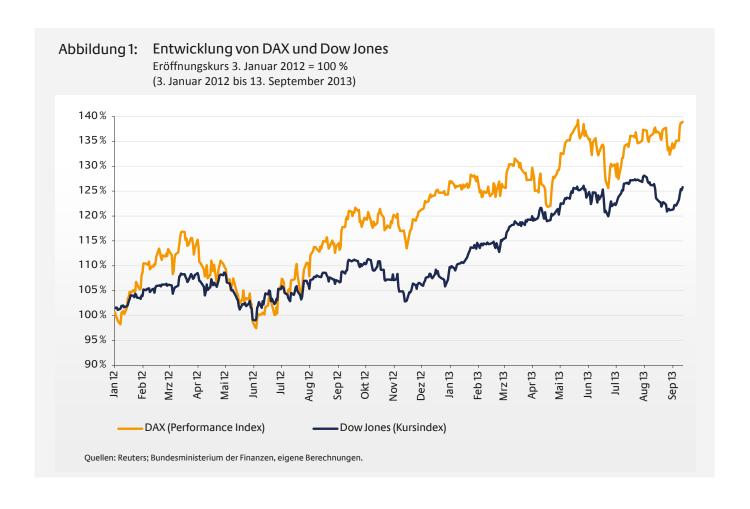
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.09.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 301	13 104	+16,8	12 101	15 658
Euro Stoxx 50	2 862	2 636	+8,6	2 069	2 863
Dax	8 494	7 612	+11,6	5 9 6 9	8 531
CAC 40	4 107	3 641	+12,8	2 950	4124
Nikkei	14387	10 395	+38,4	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	12.09.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,93	1,77	-	1,39	3,02
Deutschland	1,96	1,32	-1,0	1,14	2,05
Japan	0,73	0,79	-2,2	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,99	1,83	+0,1	1,42	3,05
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.09.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,33	1,32	+0,7	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	99,54	86,74	+14,8	76,18	103,18
Yen/Euro	132,18	113,61	+16,3	94,63	133,26
Pfund/Euro	0,84	0,82	+2,6	0,78	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6	5,9	5,5	5,4	5,3
OECD	+3,1	+0,9	+0,4	+1,9	+2,5	+2,1	+1,6	+2,0	5,7	5,3	5,0	4,8
IWF	+3,1	+0,9	+0,3	+1,3	+2,5	+2,1	+1,6	+1,7	6,0	5,5	5,7	5,6
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1	8,9	8,1	7,7	7,2
OECD	+1,8	+2,2	+1,9	+2,8	+3,1	+2,1	+1,6	+1,9	8,9	8,1	7,5	7,0
IWF	+1,8	+2,2	+1,7	+2,7	+3,1	+2,1	+1,8	+1,7	8,9	8,1	7,7	7,5
Japan												
EU-KOM	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8	4,6	4,3	4,3	4,2
OECD	-0,6	+2,0	+1,6	+1,4	-0,3	-0,0	-0,1	+1,8	4,6	4,3	4,2	4,1
IWF	-0,6	+1,9	+2,0	+1,2	-0,3	-0,0	+0,1	+3,0	4,6	4,4	4,1	4,1
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,0	-0,1	+1,1	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7	9,6	10,2	10,6	10,9
OECD	+1,7	+0,0	-0,3	+0,8	+2,3	+2,2	+1,1	+1,0	9,2	9,9	10,7	11,1
IWF	+2,0	+0,0	-0,2	+0,8	+2,1	+2,0	+1,6	+1,5	9,6	10,2	11,2	11,6
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5	8,4	10,7	11,8	12,2
OECD	+0,5	-2,4	-1,8	+0,4	+2,9	+3,3	+1,6	+1,2	8,4	10,6	11,9	12,5
IWF	+0,4	-2,4	-1,8	+0,7	+2,9	+3,3	+2,0	+1,4	8,4	10,6	12,0	12,4
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5	8,0	7,9	8,0	7,9
OECD	+1,0	+0,3	+0,8	+1,5	+4,5	+2,8	+2,8	+2,4	8,1	7,9	8,0	7,9
IWF	+1,0	+0,3	+0,9	+1,5	+4,5	+2,8	+2,7	+2,5	8,0	8,0	7,8	7,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+1,8	+1,4	+2,3	+2,9	+1,5	+1,3	+1,7	7,5	7,3	7,1	6,9
IWF	+2,5	+1,7	+1,7	+2,2	+2,9	+1,5	+1,5	+1,8	7,5	7,3	7,3	7,2
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1
OECD	+1,5	-0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,5	+1,2	10,0	11,2	12,1	12,3
IWF	+1,5	-0,6	-0,6	+0,9	+2,7	+2,5	+1,7	+1,5	10,2	11,4	12,3	12,3
EZB	+1,5	+0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,4	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7	9,7	10,5	11,1	11,1
IWF	+1,7	-0,2	-0,1	+1,2	+3,1	+2,6	+1,9	+1,8	-	_		-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013; Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 2. Juli 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Juni 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung)

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,0	+1,2	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6	7,2	7,6	8,0	8,0
OECD	+1,9	-0,3	+0,0	+1,1	+3,4	+2,6	+1,4	+1,2	7,2	7,6	8,4	8,8
IWF	+1,8	-0,2	+0,2	+1,2	+3,4	+2,6	+1,7	+1,4	7,2	7,3	8,0	8,1
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1	12,5	10,2	9,7	9,0
OECD	+8,3	+3,2	+1,5	+3,6	+5,1	+4,2	+3,4	+2,9	12,5	10,1	9,7	9,3
IWF	+8,3	+3,2	+3,0	+3,2	+5,1	+4,2	+3,2	+2,8	11,7	9,8	7,8	6,2
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2	7,8	7,7	8,1	8,0
OECD	+2,8	-0,2	-0,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,6	+2,4	7,8	7,7	8,2	8,1
IWF	+2,8	-0,2	+0,5	+1,2	+3,3	+3,2	+2,9	+2,5	7,8	7,7	8,1	8,1
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,3	27,0	26,0
OECD	-7,1	-6,4	-4,8	-1,2	+3,1	+1,0	-0,7	-1,7	17,7	24,2	27,8	28,4
IWF	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,5	24,2	27,0	26,0
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,7	14,2	13,7
OECD	+1,4	+0,9	+1,0	+1,9	+1,2	+1,9	+1,0	+1,1	14,6	14,7	14,3	14,1
IWF	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,6	14,7	14,2	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7	4,8	5,1	5,5	5,8
OECD	+1,7	+0,3	+0,8	+1,7	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	5,6	6,1	6,7	6,7
IWF	+1,7	+0,1	+0,1	+1,3	+3,7	+2,9	+1,9	+1,9	5,7	6,0	6,3	6,4
Malta												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9	6,5	6,4	6,3	6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+2,5	+3,2	+2,4	+2,0	6,5	6,3	6,4	6,3
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5	4,4	5,3	6,9	7,2
OECD	+1,1	-1,0	-0,9	+0,7	+2,5	+2,8	+2,7	+1,5	4,3	5,2	6,4	7,0
IWF	+1,0	-0,9	-0,5	+1,1	+2,5	+2,8	+2,8	+1,7	4,4	5,3	6,3	6,5
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8	4,2	4,3	4,7	4,7
OECD	+2,7	+0,8	+0,5	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,5	4,1	4,3	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,8	+0,8	+1,6	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,6	4,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,9	15,9	18,2	18,5	
OECD	-1,6	-3,2	-2,7	+0,2	+3,6	+2,8	-0,0	+0,2	12,7	15,6	18,2	18,6	
IWF	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,7	15,7	18,3	18,5	
Slowakei													
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,5	14,1	
OECD	+3,2	+2,0	+0,8	+2,0	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	13,5	14,0	14,6	14,7	
IWF	+3,2	+2,0	+1,4	+2,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,3	14,3	
Slowenien													
EU-KOM	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4	8,2	8,9	10,0	10,3	
OECD	+0,6	-2,3	-2,3	+0,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,2	8,2	8,8	10,2	10,3	
IWF	+0,6	-2,3	-2,0	+1,5	+1,8	+2,6	+1,8	+1,9	8,2	9,0	9,8	9,4	
Spanien													
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8	21,7	25,0	27,0	26,4	
OECD	+0,4	-1,4	-1,7	+0,4	+3,1	+2,4	+1,5	+0,4	21,6	25,0	27,3	28,0	
IWF	+0,4	-1,4	-1,6	+0,0	+3,1	+2,4	+1,9	+1,5	21,7	25,0	27,0	26,5	
Zypern													
EU-KOM	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	7,9	11,9	15,5	16,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,5	-2,4	-	-	+3,5	+3,1	-	-	7,9	12,1	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6	11,3	12,3	12,5	12,4
OECD	-	-	_	-	_	-		-	_	-	_	-
IWF	+1,8	+0,8	+1,2	+2,3	+3,4	+2,4	+2,1	+1,9	11,4	12,4	12,4	11,4
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6	7,6	7,5	7,7	7,6
OECD	+1,1	-0,5	+0,4	+1,7	+2,8	+2,4	+0,8	+1,4	7,6	7,5	7,4	7,3
IWF	+1,1	-0,6	+0,8	+1,3	+2,8	+2,4	+2,0	+2,0	7,6	7,6	7,6	7,2
Kroatien												
EU-KOM	+0,0	-2,0	-1,0	+0,2	+2,2	+3,4	+3,1	+2,0	13,5	15,9	19,1	20,1
OECD	-	-	_	-	_	_	_	-		-	_	_
IWF	-0,0	-2,0	-0,2	+1,5	+2,3	+3,4	+3,2	+2,3	13,7	15,0	15,2	14,7
Lettland	-											
EU-KOM	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	-	-	_	-	_	-		-	_	-	_	-
IWF	+5,5	+5,6	+4,2	+4,2	+4,2	+2,3	+1,8	+2,1	16,2	14,9	13,3	12,0
Litauen						· ·						
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7	15,3	13,3	11,8	10,5
OECD	-	-	-	-	-	-	_	-	_	-	_	_
IWF	+5,9	+3,6	+3,0	+3,3	+4,1	+3,2	+2,1	+2,5	15,2	13,2	12,0	11,0
Polen												
EU-KOM	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0	9,7	10,1	10,9	11,4
OECD	+4,5	+2,0	+0,9	+2,2	+4,2	+3,6	+0,7	+1,0	9,6	10,1	10,8	11,3
IWF	+4,3	+2,0	+1,3	+2,2	+4,3	+3,7	+1,9	+2,0	9,6	10,3	11,0	11,0
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,2	+0,3	+1,6	+2,0	+5,8	+3,3	+4,6	+2,9	7,4	7,0	7,0	6,9
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4	7,8	8,0	8,3	8,1
OECD	+3,8	+1,2	+1,3	+2,5	+3,0	+0,9	+0,2	+1,3	7,8	8,0	8,2	8,1
IWF	+3,8	+1,2	+1,0	+2,2	+3,0	+0,9	+0,3	+2,3	7,8	7,9	8,1	7,8
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2	6,7	7,0	7,5	7,4
OECD	+1,8	-1,2	-1,0	+1,3	+1,9	+3,3	+1,6	+1,3	6,7	7,0	7,3	7,5
IWF	+1,9	-1,2	+0,3	+1,6	+1,9	+3,3	+2,3	+1,9	6,7	7,0	8,1	8,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1	10,9	10,9	11,4	11,5
OECD	+1,6	-1,8	+0,5	+1,3	+3,9	+5,7	+2,8	+3,5	10,9	10,9	11,4	11,5
IWF	+1,7	-1,7	-0,0	+1,2	+3,9	+5,7	+3,2	+3,5	11,0	11,0	10,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013. OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO), April 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,4	81,9	81,1	78,6	5,6	6,4	6,3	6,1
OECD	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,5	81,9	80,6	77,8	6,2	7,1	6,7	6,0
IWF	-0,8	0,2	-0,3	-0,1	80,5	82,0	80,4	78,3	6,2	7,0	6,1	5,7
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-3,3	-3,0	-2,8	-3,0
OECD	-10,2	-8,7	-5,4	-5,3	102,3	106,3	109,1	110,4	-3,1	-3,0	-3,1	-3,3
IWF	-10,0	-8,5	-6,5	-5,4	102,5	106,5	108,1	109,2	-3,1	-3,0	-2,9	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6	232,0	237,5	243,6	242,9	2,0	1,1	1,8	2,5
OECD	-8,9	-9,9	-10,3	-8,0	210,6	219,1	228,4	233,1	2,0	1,0	1,0	1,9
IWF	-9,9	-10,2	-9,8	-7,0	230,3	237,9	245,4	244,6	2,0	1,0	1,2	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	85,8	90,2	94,0	96,2	-2,6	-1,8	-1,6	-1,7
OECD	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	86,0	90,7	94,5	97,2	-1,9	-2,3	-2,2	-1,9
IWF	-5,2	-4,6	-3,7	-3,5	86,0	90,3	92,7	94,0	-2,0	-2,4	-1,3	-1,4
Italien												
EU-KOM	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	120,8	127,0	131,4	132,2	-3,1	-0,5	1,0	1,1
OECD	-3,7	-2,9	-3,0	-2,3	120,8	127,0	131,7	134,3	-3,1	-0,6	0,9	2,0
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,3	120,8	127,0	130,6	130,8	-3,1	-0,5	0,3	0,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	85,5	90,0	95,5	98,7	-1,3	-3,7	-2,7	-2,0
OECD	-7,9	-6,5	-7,1	-6,5	85,5	90,0	93,9	97,9	-1,3	-3,7	-2,9	-2,5
IWF	-7,9	-8,3	-7,0	-6,4	85,4	90,3	93,6	97,1	-1,3	-3,5	-4,4	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,0	-3,2	-2,9	-2,1	83,4	85,5	85,2	85,3	-3,0	-3,7	-3,7	-3,4
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,3	83,4	85,6	87,0	84,6	-3,0	-3,7	-3,5	-3,4
Euroraum												
EU-KOM	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	88,0	92,7	95,5	96,0	0,3	1,8	2,5	2,7
OECD	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	88,1	92,8	95,4	96,3	0,7	1,9	2,5	2,8
IWF	-4,1	-3,6	-2,9	-2,6	88,1	92,9	95,0	95,3	0,6	1,8	2,3	2,3
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	83,1	86,9	89,8	90,6	0,1	0,9	1,6	1,9
IWF	-4,4	-4,1	-3,4	-3,0	82,8	87,0	89,0	89,6	0,4	1,0	1,2	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

 ${\sf OECD: Wirtschafts ausblick, Juni\,2013.}$ 

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	97,8	99,6	101,4	102,1	1,0	0,9	1,4	1,4	
OECD	-3,9	-4,0	-2,6	-2,3	97,7	99,8	100,4	100,2	-1,1	-1,4	-1,2	-0,8	
IWF	-3,9	-4,0	-2,6	-2,1	97,8	99,6	100,3	99,8	-1,4	-0,5	-0,1	0,2	
Estland													
EU-KOM	1,2	-0,3	-0,3	0,2	6,2	10,1	10,2	9,6	0,6	-3,1	-2,2	-2,0	
OECD	1,2	-0,3	0,0	0,3	6,2	10,1	11,4	10,8	2,1	-1,2	-3,0	-2,6	
IWF	1,7	-0,2	0,4	0,4	6,1	8,5	9,7	9,1	2,1	-1,2	0,0	0,1	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	49,0	53,0	56,2	57,7	-1,3	-1,6	-1,7	-1,8	
OECD	-1,1	-2,3	-2,3	-1,8	49,0	53,1	56,0	59,7	-1,6	-1,9	-1,6	-0,9	
IWF	-0,9	-1,7	-2,0	-1,3	49,0	53,3	56,9	58,4	-1,6	-1,7	-1,7	-1,8	
Griechenland													
EU-KOM	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	170,3	156,9	175,2	175,0	-11,7	-5,3	-2,8	-1,7	
OECD	-9,6	-10,0	-4,1	-3,5	170,3	157,0	175,1	180,6	-9,9	-3,4	-1,1	0,9	
IWF	-9,4	-6,4	-4,6	-3,4	170,6	158,5	179,5	175,6	-9,9	-2,9	-0,3	0,4	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	106,4	117,6	123,3	119,5	1,1	5,0	3,1	4,0	
OECD	-13,3	-7,5	-7,5	-4,6	106,4	117,6	123,6	120,7	1,1	4,9	5,0	5,2	
IWF	-13,4	-7,7	-7,5	-4,5	106,5	117,1	122,0	120,2	1,1	4,9	3,4	3,9	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	18,3	20,8	23,4	25,2	7,1	5,6	6,3	6,4	
OECD	-0,2	-0,8	-0,7	-0,6	18,3	20,8	22,8	24,4	7,1	5,6	4,1	5,5	
IWF	-0,3	-1,9	-1,0	-1,3	18,3	21,1	23,3	25,7	7,1	6,0	6,6	6,8	
Malta													
EU-KOM	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	70,3	72,1	73,9	74,9	-0,5	-0,8	0,0	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	70,3	72,5	73,3	73,0	-0,5	0,3	0,5	0,8	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	71,2	74,6	75,8	8,3	8,2	8,6	8,9	
OECD	-4,4	-4,0	-3,7	-3,6	65,4	71,1	72,8	74,2	10,1	9,9	9,4	9,0	
IWF	-4,5	-4,1	-3,4	-3,7	65,5	71,7	74,5	75,9	9,7	8,3	8,7	9,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	72,5	73,4	73,8	73,7	2,1	3,0	3,1	3,2	
OECD	-2,4	-2,5	-2,3	-1,7	72,5	73,5	75,3	75,5	1,4	1,8	2,4	2,9	
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,5	72,4	73,7	74,2	73,7	0,6	2,0	2,2	2,3	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo					
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	108,3	123,6	123,0	124,3	-7,2	-1,9	0,1	0,1
OECD	-4,4	-6,4	-6,4	-5,6	108,3	123,6	127,7	132,1	-7,0	-1,5	-0,9	0,5
IWF	-4,4	-4,9	-5,5	-4,0	108,0	123,0	122,3	123,7	-7,0	-1,5	0,1	-0,1
Slowakei												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	43,3	52,1	54,6	56,7	-2,5	2,0	2,5	3,3
OECD	-5,1	-4,3	-2,6	-2,2	43,3	52,1	54,4	55,8	-2,1	2,3	2,1	2,3
IWF	-4,9	-4,9	-3,2	-3,0	43,3	52,3	55,3	56,4	-2,1	2,3	2,2	2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	46,9	54,1	61,0	66,5	0,1	2,7	4,8	4,7
OECD	-6,4	-4,0	-7,8	-3,4	46,9	54,1	63,8	68,1	0,0	2,5	4,1	4,8
IWF	-5,6	-3,2	-6,9	-4,3	46,9	52,6	68,8	71,7	0,0	2,3	2,7	2,5
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	69,3	84,2	91,3	96,8	-3,7	-0,9	1,6	2,9
OECD	-9,4	-10,6	-6,9	-6,4	69,3	84,1	91,4	97,0	-3,7	-1,1	2,1	3,5
IWF	-9,4	-10,3	-6,6	-6,9	69,1	84,1	91,8	97,6	-3,7	-1,1	1,1	2,2
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	71,1	85,8	109,5	124,0	-4,8	-4,8	-1,9	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-5,6	-	-	71,1	86,2	-	-	-4,7	-4,9	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013. OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo Staatsschuldenquote Leistungsbild							bilanzsald	ilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	16,3	18,5	17,9	20,3	0,1	-1,1	-2,6	-3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-0,5	-1,4	-0,6	15,4	18,5	17,8	20,2	0,3	-0,7	-1,9	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	46,4	45,8	45,0	46,4	5,6	5,2	4,5	5,0
OECD	-2,0	-4,1	-1,8	-1,8	46,4	45,7	45,5	45,2	5,6	5,6	5,0	4,7
IWF	-2,0	-4,4	-2,8	-2,3	46,4	50,1	51,8	52,4	5,6	5,3	4,7	4,7
Kroatien												
EU-KOM	-5,7	-3,8	-4,7	-5,6	46,7	53,7	57,9	62,5	-0,9	-0,1	0,4	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,2	-4,1	-4,0	-4,5	47,2	56,3	59,5	61,9	-1,0	-0,1	0,0	-0,5
Lettland												
EU-KOM	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	41,9	40,7	43,2	40,1	-2,4	-1,7	-2,1	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-	-
IWF	-3,2	0,1	-1,3	-0,8	37,5	36,4	41,0	36,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9
Litauen												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	40,7	40,1	39,4	-3,7	-0,5	-1,0	-1,5
OECD		-		-		-	_	_	_	-	-	-
IWF	-5,5	-3,0	-2,6	-2,3	38,5	39,6	40,0	39,8	-3,7	-0,9	-1,3	-1,7
Polen												
EU-KOM	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	56,2	55,6	57,5	58,9	-4,5	-3,3	-2,5	-2,4
OECD	-5,0	-3,9	-3,4	-2,7	56,3	55,6	57,7	58,7	-4,8	-3,5	-3,1	-2,6
IWF	-5,0	-3,5	-3,4	-2,9	56,4	55,2	56,8	56,2	-4,9	-3,6	-3,6	-3,5
Rumänien		-,-		_,-				5 5,2	1,10	-,-	-,-	-,-
EU-KOM	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	34,7	37,8	38,6	38,5	-4,5	-4,0	-3,9	-3,8
OECD	-	-,-	_,-	-, -		-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	36,9	36,6	-4,5	-3,8	-4,2	-4,5
Schweden	.,-	_,-		-,-	,-	- 1,1			1,10	-,-	-,-	.,-
EU-KOM	0,2	-0,5	-1,1	-0,4	38,4	38,2	40,7	39,0	7,3	7,0	7,0	7,2
OECD	0,0	-0,7	-1,6	-1,1	38,4	38,2	42,1	42,1	7,0	7,2	7,1	7,0
IWF	0,1	-0,4	-0,8	-0,5	38,3	38,0	37,7	36,5	7,0	7,1	6,0	6,8
Tschechien	0,1	٥, .	0,0	0,0	30,3	30,0	3.,.	30,3	.,0	.,.	0,0	0,0
EU-KOM	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	40,8	45,8	48,3	50,1	-3,9	-2,6	-2,4	-2,5
OECD	-3,3	-4,4	-3,3	-3,0	41,1	45,9	49,3	51,9	-2,7	-2,5	-3,0	-2,9
IWF	-3,2	-5,0	-2,9	-2,8	40,8	43,1	44,8	46,1	-2,9	-2,7	-2,1	-1,8
Ungarn	٥,٤	5,0	2,3	2,0	70,0	73,1	7-7,0	70,1	2,3	۷, ۱	۷,۱	-1,0
EU-KOM	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	81,4	79,2	79,7	78,9	1,0	1,9	2,5	2,6
OECD	4,2	-2,0	-2,8	-3,2	81,1	79,0	78,7	78,7	0,8	1,5	2,4	3,2
IWF	4,3	-2,5	-3,2	-3,4	81,4	79,0	79,9	80,3	0,9	1,7	2,1	1,8

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, September 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X